

2006

Rundbrief 1

- Nachbarschaftsheime • Bürgerzentren • Soziale Arbeit •
- Erfahrungen • Berichte • Stellungnahmen •



In dieser Ausgabe:

- Mehrgenerationenhäuser: Gedanken zum Bundesprogramm
- Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen
- Umbau –Geschichte einer Neuorientierung (Berlin-Weißensee)
- Patenprojekt (Wuppertal)
- Stadtteilkantine (Greifswald)
- Die Jugendarbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost



**Verband für
sozial-kulturelle Arbeit e.V.**

Der Rundbrief wird herausgegeben vom
Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
Tucholskystr. 11, 10117 Berlin

Telefon: 030 280 961 03
Fax: 030 862 11 55
email: bund@sozkult.de
internet: www.vska.de

Redaktion: Herbert Scherer
Gestaltung: newsign Werbeagentur GmbH
Druck: Druckerei Alte Feuerwache GbR, Berlin

Der Rundbrief erscheint halbjährlich
Einzelheft: 5 Euro inkl. Versand

Das Titelfoto wurde im Hof des
Nachbarschaftshauses Prinzenallee 58 in Berlin
aufgenommen. Wir danken der Initiative Gattel-
Stiftung für die Abdruckerlaubnis.

Inhalt

<i>Georg Zinner</i> „Mehrgenerationenhäuser“: Ein Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Schaffung neuer Nachbarschaftseinrichtungen	4-6
<i>Herbert Scherer</i> Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen. Notizen nach einer zweitägigen Rundfahrt.	7-18
Aufgespießt – ein Leserbrief aus dem Jahre 1963	18
<i>Christof Lewek</i> Umbau. Die Geschichte einer Neuorientierung im FreizeitHaus Weißensee (Berlin)	19-20
<i>Manuela Salem, Britta Lenders</i> Das Wuppertaler Patenprojekt – Generationsübergreifend gut!	21-22
<i>Bengt Jacobs</i> Die Stadtteilkantine im Labyrinth (Greifswald)	22-24
<i>Georg Pohl, Annette Ullrich</i> Bericht über die Mitspieltagung (Leipzig)	25
Leben in Nachbarschaft Stadtteilzentren in Berlin – CD-Texte	26-31
<i>Elvira Berndt, Herbert Scherer</i> Wenzel Holek und die Jugendarbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (1916-1933) – eine Spurensuche	32-40
Under one Roof – Unter einem Dach Nachbarschaftshäuser als Brücken zwischen den Generationen Einladung zur IFS-Konferenz in Berlin vom 4.-8.10.2006	41
Community Care – Leben in Nachbarschaft bis ins hohe Alter Flyer der Modellprojekte aus Wiesbaden, Köln und Berlin	42-43

Vorwort

Generationen unter einem Dach – das ist der rote Faden, der sich durch diesen Rundbrief zieht. Er enthält als erstes Gedanken und Anregungen unseres Vorsitzenden Georg Zinner zum Mehrgenerationenhäuserprogramm der neuen Bundesregierung, dann Eindrücke von einem Besuch mehrerer real existierender „Mehrgenerationenhäuser“ in Niedersachsen. Aus Berlin-Weißensee stammt der Bericht über den architektonischen und programmatischen „Umbau“ einer von Senioren geschaffenen Einrichtung zu einem generationsübergreifenden Nachbarschaftshaus sowie über Schwierigkeiten und Chancen dieses Prozesses. Vom Nachbarschaftsheim Wuppertal werden erstaunliche Erfahrungen berichtet, die im generationsübergreifenden „Patenprojekt“ gemacht wurden. Aus Greifswald können wir erfahren, welchen Beitrag die Schaffung einer Stadtteilkantine auf die Öffnung einer Jugendeinrichtung für Menschen anderer Generationen im Stadtteil leisten kann. Dass schon die Jugendarbeit unserer „Ahnen“ in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost vor 90 Jahren im Kontext von Bemühungen zu einer generationsübergreifenden Arbeit stand, geht aus dem Aufsatz über Wenzel Holek hervor. Flyer aus dem Projekt „Leben in Nachbarschaft bis ins hohe Alter – Community Care“ runden das Ganze ab – und dann folgt passgenau der Aufruf unseres Internationalen Verbandes IFS zur Teilnahme an der Konferenz „Under one Roof“, die vom 4. – 8. Oktober in Berlin – auch aus Anlass des 80jährigen Bestehens von IFS - stattfindet

„Mehrgenerationenhäuser“: Ein Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Schaffung neuer Nachbarschaftseinrichtungen

Gedanken und Anregungen

Eigentlich haben wir allen Grund zum Jubeln. Was wir seit Jahrzehnten vertreten, ohne dass die bundesrepublikanische Gesellschaft und ohne dass die Fachöffentlichkeit davon so richtig Notiz genommen hätten, das hat die neue Bundesregierung bemerkt:

Nachbarschaftszentren, Stadtteilzentren, Bürgerhäuser, Nachbarschaftsheime, sozial-kulturelle Zentren, wie immer sie sich auch nennen mögen, haben den klassischen Ansätzen sozialer Arbeit einiges voraus: den generationenübergreifenden Arbeitsansatz, die lokale Verankerung, das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement, die professionelle Dienstleistung, das Bauen von Brücken zwischen den Kulturen, die Nutzung von Potentialen, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Initiativen, die Öffnung dieser Häuser für alle und ihre Offenheit für Ideen.

Ein Programm, ausgestattet mit 88 Millionen

Und so hat die Regierung ein Programm beschlossen und mit 88 Millionen Euro für die nächsten Jahre ausgestattet, um die Institutionalisierung von Mehrgenerationenhäuser bundesweit flächendeckend zu erreichen. In Berlin, in Bremen, vielleicht in Köln, gehören die Nachbarschaftszentren zu den „Regeleinrichtungen“ sozialer Arbeit. So wie Kindertagesstätten, Jugendfreizeitheime und Seniorentagesstätten haben sie in diesen Städten eine gewisse Selbstverständlichkeit und sind für große Teile Bevölkerung so etwas wie eine soziale Heimat, die sie durch das ganze Leben begleitet: ob bei der Geburtsvorbereitung, in Fragen der Erziehung und Familienbildung, dem Kindertagesstättenbesuch, der Vorbereitung und Begleitung des Schulbesuchs, den mitunter turbulenten, aber eben auch besonders spannenden Zeiten des Jugendalters und natürlich auch bei Freizeit- und Kulturaktivitäten, bei gesundheitlichen und sozialen Problemen im Rahmen von Selbsthilfeaktivitäten, bei der Diskussion um Stadtentwicklung und schließlich auch im Alter: bei aktiver Gestaltung oder bei Hilfebedarf bis in die letzten Lebensstage. Den Arbeitslosen und Migranten werden Brücken gebaut, den bürgerschaftlich Engagierten der Weg frei gemacht und denen, die Kommunikation und einen Treffpunkt suchen, das „niedrigschwellige“ Angebot präsentiert. Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe eben. Ein wenig wie auf dem Dorf und vielleicht ein bisschen so wie es früher gewesen sein mag, als die Mehrgenerationenfamilie und die Dorfgemeinschaft aneinander gebunden auch füreinander einstanden. Nur, dass sich heute eher freiwillige, interessen- oder „lebensweltorientierte“ Gemeinschaften zusammenfinden.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Klar ist: das System der ausschließlich professionellen Hilfe und Dienstleistung hat sich nicht nur als unbezahlbar, sondern auch als von unvollkommener Wirkung erwiesen: die Dimensionen emotionaler Zuwendung und Zuneigung, der Sympathie und der Betroffenheit vertragen sich mit professioneller Hilfe nur begrenzt, ja können sogar kontraproduktiv wirken. Der Mensch lebt nicht nur vom Brot alleine und nicht nur von der sachverständigen professionellen Dienstleistung, die gleichwohl unverzichtbar ist. Er lebt auch von der Zuwendung, der Nähe, der Gemeinschaft, der Wertschätzung, dem eigenen Beitrag für die Gemeinschaft. Dies umso mehr, als Familie und viele anderen soziologisch lange Zeit intakten Gemeinschaften heute nicht mehr „binden“ und deshalb auch nicht mehr dauerhaft Gemeinschaft stiften und wirksam können.

Einpersonenhaushalte und Kleinfamilien prägen unsere Gesellschaft nicht mehr nur in den Großstädten. Die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis oder der Weg in den Ruhestand, der Umzug in eine andere Stadt, die Einsamkeit des späten Alters fordern natürlich den Einzelnen selbst heraus, aber sie fordern auch die Institutionen: wenn sie sich nur als Reparaturbetriebe und als Einzelfallhelfer betätigen, spielen sie eine überholte Rolle und agieren zwangsläufig tretmühlenartig.

Dass dieses Wissen um die Begrenztheit professioneller Hilfeleistung sozusagen „regierungsamtlich“ geworden ist, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Tragweite der dadurch aufgeworfenen Fragen ist auf dem ersten Blick noch nicht zu erfassen und möglicherweise auch den Akteuren selbst gar nicht bewusst:

Fragen

Erste Frage:

haben wir es mit der Professionalisierung und Spezialisierung sozialer Dienste und Hilfen nicht übertrieben. Können wir nicht feststellen, dass entsprechend dem Ausmaß, in dem professionalisierte Fachdienste angeboten werden, auch die Probleme ansteigen? Einfach und banal und sicher nicht korrekt ausgedrückt: steigen mit der Anzahl der Sozialarbeiter auch die sozialen Probleme? Verlernen die einzelnen Bürger und die Gemeinschaften, sich selbst zu helfen, weil sie auf den zuständigen Fachdienst vertrauen, so wie beim Autounfall auf ihre Versicherung?

Zweite Frage:

haben wir in diesem Zusammenhang die „Adressaten“ der Hilfen nicht zu weitgehend entmündigt und ihnen falsche Versprechungen und Hoffnungen in der Weise gemacht, dass wir ihnen gegenüber den Eindruck vermittelt haben, wir lösen ihre Probleme? Haben sich nicht überall in den deutschen Landen Bürger ihr „Terrain“ durch die Initiierung von Bürgerinitiativen, Selbsthilfe und im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements bereits zurückerobert, nachdem sie sich der „fürsorglichen Belagerung“ oder „versorgenden Entmündigung“ bewusst geworden sind?

Dritte Frage:

Haben wir als Fachleute vergessen, dass den Bürgern vor allem hilft, was für sie einen unmittelbaren „Nutzwert und Gebrauchswert“ hat: die Kindertagesstätte, die Schularbeitshilfe, die gut ausgestattete Schule, das attraktive Jugendfreizeitheim, die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe, der Besuchs- und Pflegedienst aus der Nachbarschaft. Der Nutzen der starken, gut ausgestatteten Regeleinrichtung: des Nachbarschafts-kindergartens, der Nachbarschaftsschule, kurz aller Institutionen, die sich der nächsten Gemeinschaft öffnen und sich ihr in den Dienst stellen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Und diese Einrichtungen gewinnen, wenn sie ihre institutionelle Macht mit der Gemeinschaft teilen und die Verfügungsmacht den zentralen Instanzen aus der Hand genommen wird.

Vierte Frage:

Damit liegt die zentrale Frage eines demokratischen Gemeinwesens auf dem Tisch. Die Institutionen und ihre Verwalter, vor allem auch die politisch dafür Verantwortlichen, haben sich übernommen und müssen nun konsequenterweise eingestehen, dass sie die Machbarkeit eines umfassend fürsorglichen, versorgenden und technokratisch-verwaltungsmäßig funktionierenden Sozialstaates überschätzt haben und lernen, dass weder die „fürsorgliche Belagerung“ noch viel Geld allein Probleme lösen und die Bevölkerung glücklich machen können. Der Bürger selbst muss (und ich möchte sagen: darf und hat das Recht dazu) gestalten und Verantwortung übernehmen. Zunächst - auf dem Sektor sozialer Arbeit - beim Mehrgenerationenhaus. Und danach? Dass wir es mit einer gesellschaftlichen Bewegung zu tun haben, das zeigt die Geschichte der letzten Jahrzehnte: Bürgerinitiativbewegung, Selbsthilfebewegung, aktuell die Diskussion um die Bürgergesellschaft, ja, selbst die Expansion von Stiftungen und Bürgerstiftungen sind davon Ausdruck und verdeutlichen, dass immer mehr Personen und Gemeinschaften dazu bereit, aber auch willens und fest entschlossen sind, gesellschaftliche Angelegenheiten nicht mehr an Instanzen zu delegieren, sondern selbst zum Akteur und zur gestaltenden Kraft zu werden.

Wie gut der Gestaltungswille und die Gestaltungskraft der Bürger/innen den Nachbarschaften bekommt, davon zeugen Nachbarschaftshäuser, Selbsthilfekontaktstellen, Mütterzentren bundesweit. Der Rundbrief hat darüber immer wieder berichtet und gute Beispiele dokumentiert. Dass es sich nicht nur um eine Bürgerbewegung handelt, sondern auch Länder, Kommunen, Verbände und Vereine darüber nachdenken, wird aus den jüngsten Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zum Thema „Niedrigschwelliger Zugang zu familienunterstützenden Angeboten in Kommunen“ (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Februar 2006, S. 77 ff.) deutlich, wenngleich den dort skizzierten „richtigen“ Schritten nach wie vor der Glaube an die fast alleinige Handlungskompetenz der Fachinstitutionen anhaftet.

„Mehrgenerationenhäuser“

Was will die Bundesregierung und welche Ziele verfolgt speziell die zuständige Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen mit den Mehrgenerationenhäusern? Zunächst ist aus der Koalitionsvereinbarung erkennbar, dass die Schwächung bisher typischer Sozialisationsnetze, der Verlust an Erziehungsfähigkeit und die Trennlinien zwischen den Generationen als Schlussfolgerung die Suche nach „ersetzenden Instanzen“ erfordern. Im Sinne eines offenen, gemeinwesenorientierten, intergenerativen, eben bürgernahen Ansatzes, sollen Häuser geschaffen werden, in denen sich sozusagen die verlorengegangene Großfamilie widerspiegelt und die gleichen Wirksamkeitssysteme greifen. Fördern und Fordern, Alltagssolidarität praktizieren und Lebenshilfe anbieten sind genauso Programm wie die Funktion als Anlaufstelle für Frühförderung, für Schularbeitshilfen, für Dienstleistungen und für Krisenintervention.

Die Häuser sollen der Einsamkeit vorbeugen, bürgerschaftliches Engagement generieren und professionelle Hilfe und Dienstleistung verfügbar machen und Schnittstelle zu den Regelsystemen der Bildung (Schule) und Jugendhilfe (beispielsweise Kindertagesstätte) herstellen. Natürlich sollen sie vernetzen und am örtlichen Bedarf orientiert sich unterschiedlich ausprägen.

Jedes Haus - und in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis in Deutschland soll ein gefördertes Mehrgenerationenhaus entstehen, und dieses wird mit 40.000 pro Jahr fünf Jahre lang von der Bundesregierung gefördert. Ein Starthilfe-Programm also, das Kommunen und Landkreise verpflichtet wird, mit eigenen Leistungen zur Substanz eines solchen Hauses beizutragen. Träger der Häuser können Kommunen oder freie Träger sein.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses ist noch nicht endgültig geklärt, auf welche Weise die Mittelvergabe

erfolgen wird. Klar ist, die Nachfrage ist groß und nicht zuletzt kirchliche Träger sind sehr daran interessiert, sich zu engagieren, da es der Bundesministerin vor allem um die Stärkung der Familie geht und damit um eine Aufgabenstellung, der sich die Kirchen seit jeher besonders verbunden fühlen.

Der Bundesregierung ist zu gratulieren

Der Bundesregierung ist zu gratulieren zu diesem Programm. Es ist zeitgerecht, ja überfällig und eine gute Antwort auf unsere vor allem in der Jugendhilfe „versäulten“ Hilfestrukturen, die sich längst in den Fallstricken eines Zuständigkeitswirrwarrs verfangen hat (unser Kinder- und Jugendhilfegesetz ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie gesetzlich normierte Rechtsansprüche, gepaart mit Haushaltsrecht, zum Gegenteil von dem werden, was beabsichtigt war: nämlich flexible und vielfältige Hilfeformen zur Verfügung zu stellen). Wir haben der Ministerin und dem Ministerium als Verband unsere fachliche Unterstützung bei der Umsetzung des Programms zugesichert und darauf aufmerksam gemacht, dass mit den Nachbarschaftszentren auf nationaler und internationaler Ebene Mehrgenerationenhäuser bereits existieren und wir es sehr begrüßen, wenn sie Teil des Regelsystems sozialer Arbeit auch in der Bundesrepublik werden könnten.

Mit unserem Dachverband, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, sind wir uns als Fachverband darin einig, dass es nicht so sehr um die Schaffung neuer, als um die Weiterentwicklung bestehender Institutionen wie Mütterzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorentagesstätten, ja, auch von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, gehen soll und gehen kann. Die hier genannten Einrichtungen sollen sich zu Familien- und Nachbarschaftszentren „qualifizieren“ und dadurch an Funktionalität und Bürgerfreundlichkeit gewinnen. Sie sollen vor allem das bürgerschaftliche Engagement, die Selbsthilfe, die Kompetenz des Nutzers und dessen Potentiale zum Grundelement ihrer Aktivitäten machen und eng mit anderen Initiativen und Institutionen der Nachbarschaft zusammenwirken.

Freie Träger mit örtlicher Kompetenz

Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit spricht sich dafür aus, ausschließlich freie Träger, möglichst solche mit örtlicher Kompetenz, am besten örtliche Initiativen, mit der Trägerschaft solcher Häuser zu beauftragen, auch im Sinne einer klaren Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen Kommune, Landkreis und Mehrgenerationenhaus. Das Mehrgenerationenhaus als Bürgerhaus muss weltanschaulich und politisch neutral und unabhängig agieren können. Diese Gewähr bieten am ehesten eigenständige und unabhängige Vereine von Bürgern oder Initiativen.

Weder Agentur noch verlängerter Arm

Keinesfalls dürfen Mehrgenerationenhäuser als Agenturen oder verlängerter Arm von Politik und Verwaltung agieren. Sie müssen ihre Aufgabenstellungen und Zielsetzungen selbst entwickeln dürfen und sollen sich hierzu auch mit den Kommunen und Landkreisen abstimmen, aber sie sollen nicht abhängig werden oder abhängig bleiben. Deshalb hält der Autor es auch für sehr wichtig, dass Träger von Mehrgenerationenhäusern möglichst auch Dienstleistungen anbieten, die sie finanziell stärken. So könnten sie Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Pflegedienste u.a. mehr betreiben und gleichzeitig deren Bürgernähe und Offenheit für neue Entwicklungen sichern. Auf diese Weise können sich Kommunen und Landkreise, Städte und Gemeinden von Aufgaben entlasten und Bürger Verantwortung übernehmen und - ganz im Sinne einer Bürgergesellschaft, in der der Staat sich beschränkt auf Sicherstellung, Gewährleistung, Kontrolle, Steuerung - und Bürgervereinigungen, in welcher Form auch immer, bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. So gesehen sind die Mehrgenerationenhäuser auch ein Programm zur Demokratieentwicklung: Mehrgenerationenhäuser fordern und fördern Bürgerbeteiligung. Eine Politik, die dem Bürger vertraut: davon wünscht man sich mehr!

Verfasser:

Georg Zinner, Dipl.-Sozialarbeiter, Dipl.-Soziologe, Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. in Berlin, Vorsitzender des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e.V.

Zum „Aktionsprogramm“ der Bundesregierung zur Schaffung von „Mehrgenerationenhäusern“ im ganzen Bundesgebiet gibt es eine Vorgeschichte im Bundesland Niedersachsen. Die neue Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen hat als damalige Niedersächsische Sozialministerin ein Vorläuferprogramm aufgelegt, das bereits unter der Überschrift „Mehrgenerationenhäuser“ lief und das in Begründung sowie Förderstruktur große Ähnlichkeiten mit dem geplanten Bundesprogramm aufweist.

Was liegt für einen sympathisierenden Interessierten da näher, als sich einmal aus der Nähe anzusehen, was in den letzten Jahren unter dieser Bezeichnung in Niedersachsen entstanden ist und welche Probleme sowie Entwicklungsperspektiven von den Akteuren vor Ort gesehen werden.

Die folgenden Notizen sind als Kurzprotokolle von Begegnungen mit solchen Akteuren zu sehen. Deswegen enthalten sie jeweils die Namen der Gesprächspartnerinnen des Autors und Angaben zu Ort und Zeit des Gesprächs. Die Texte erheben nicht den Anspruch einer umfassenden Darstellung oder Analyse der Einrichtungen, aber sie vermitteln hoffentlich einen lebendigen ersten Einblick – die Adressangaben und Informationen über die Webpräsenz bieten Möglichkeiten zur intensiveren Bekanntschaft mit den Einrichtungen.

Herbert Scherer

Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen

Notizen nach einer zweitägigen Rundfahrt

11.04.2006

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Annette Köppel

(Geschäftsführerin und 1. Vorsitzende)

Mehrgenerationenhaus Pattensen

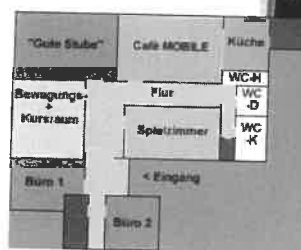
Mobile e.V.

Göttinger Str. 25a

30982 Pattensen

<http://www.mobile-pattensen.de/start.htm>

info@mobile-pattensen.de



Grundriss



Mehrgenerationenhaus Pattensen

Annette Köppel hat bei Dieter von Kietzell in Hannover Gemeinwesenarbeit studiert. Ende der 80er Jahre ist sie von Hannover nach Pattensen gezogen und hat mit einer anderen Frau zusammen die Initiative gestartet, „Familienbildung im ländlichen Raum“ zu veranstalten. Es gab eine potentielle, dann auch tatsächliche Nachfrage, weil es auch hier viele Frauen gab, die nach einer Phase der Berufstätigkeit Mütter wurden und diese neue Rolle „professioneller“ angehen wollten, als das traditionell auf dem Lande gewesen war. Dazu muss man wissen, dass Pattensen ein kleiner Ort ist (8.000) Einwohner, weitere Dörfer im Einzugsbereich bringen es noch einmal auf 6.000 Menschen. Aber: Pattensen liegt im Einzugsbereich von Hannover, das Bauland ist hier verhältnismäßig preiswert. Viele junge Familien, deren Arbeitsmittelpunkt in Hannover ist, ziehen ins Umland. Es sind also nicht nur die traditionellen Landbewohner, die hier zu finden sind.

Die Familienbildungsangebote (Start 1994) wurden gut angenommen: von der Geburtsvorbereitung über Babymassage und Pekip-Kurse bis zu Eltern-Kind-Gruppen.

Es wurde bald deutlich, dass es über die zeitlich befristeten Angebote der Familienbildung hinaus ein vehementes Interesse daran gab, einen Treffpunkt als Kommunikationsort zu haben, an dem man sich öfter und auch ohne bestimmten Zweck aufhalten könnte.

Zu dieser Zeit (1996) hatte das Konzept der Mütterzentren bereits bundesweit Verbreitung gefunden, das es seit den 80er Jahren gab und das insbesondere in Niedersachsen Anfang der 90er Jahre unter der grünen Frauenministerin Waltraud Schoppe große Verbreitung fand.

Dieses Programm, das auf die Förderung der Eigeninitiative von Müttern (von Müttern für Mütter) und die Schaffung von Treffpunkten für ihre Aktivitäten setzte, schien den Frauen in Pattensen geradezu ideal zu ihren Vorstellungen zu passen.

Allerdings definierten sie die Einrichtung, die sie nun mit viel Eigeninitiative (auch baulicher) aufzubauen begannen, von vornherein nicht nur als Mütterzentrum (trotz Förderung aus dem betreffenden Topf) sondern als Mütter- und Familienzentrum. Sie wollten Väter und andere Familienangehörige durchaus mit in die Aktivitäten des Zentrums einbeziehen.

Das Zentrum wurde nach dem Umbau einer ehemaligen Tischlerei im Jahre 1999 eröffnet. Es hatte von Anfang an 3 Standbeine:

- o Familienbildungskurse
- o Einen offenen TREFF (als Herzstück des Hauses) – mehrfach geöffnet in der Woche
- o Hort für Grundschul Kinder

Im Jahre 2003 kam im Obergeschoss des Hauses noch eine Kindertagesstätte (in eigener Trägerschaft) für 70 Kinder hinzu (der Verein hat hier einen zunehmenden Bedarf – eher als die Behörden – wahrgenommen, der damit zusammenhängt, dass viele Mütter schneller als noch vor 10 Jahren wieder in den Beruf zurückdrängen).

Unter den „Mehrgenerationenhäusern“ hat die Einrichtung in Pattensen einen besonderen Status, weil sie das erste über das niedersächsische Landesprogramm geförderte Projekt ist (seit 1. Oktober 2003) und deswegen den Charakter eines „Referenzprojektes“ hat, das man/frau sich gerne ansieht, um herauszufinden, was so ein Mehrgenerationenhaus ist (es gibt hier nach wie vor viele Besucher/innen).

Während die Mütterzentrumförderung keine Mittel für festangestelltes Personal enthielt sondern nur für Honorare und/oder und Aufwandsentschädigungen, ist bei der MGH-Förderung die Beschäftigung von hauptamtlichem Personal (in geringem Umfang) möglich.

Die jährliche Fördersumme beträgt 40.000 Euro, die Förderung ist auf 5 Jahre begrenzt, danach soll sich die Einrichtung „selbst tragen“. Der Jahresetat des MGH in Pattensen beträgt insgesamt 400.000 Euro, wovon 40 % schon heute aus Eigeneinnahmen (vor allem Entgelte und Beiträge, aber auch Erlöse und Spenden) bestritten werden. Von den insgesamt 8 hauptamtlich Beschäftigten (= Arbeitsvertrag über mehr als 20 Stunden) sind 6 Erzieherinnen der Kita.

<Beobachtung: Die Koalitionsvereinbarung scheint das Konzept MGH gegenüber dem Niedersächsischen Programm leicht zu modifizieren, indem der Gedanke des Verknüpfens unterschiedlicher Dienste stärker hervorgehoben wird – der ist in Pattensen schon Grundlage, aber nicht in allen MGH's>

Wie steht es um die „Konkurrenz“ mit anderen Anbietern sozialer Dienste, u.a. der Kirchen? Anfangs gab es schon einige Ängste, z.B. waren Eltern-Kind-Gruppen ehemals eine Domäne der Kirchen, die dem allerdings nicht so eine große Bedeutung zugemessen und ein sehr viel reduzierteres Angebot gemacht hatten. Die jungen Familien sind schon in Richtung des Mütter- und Familienzentrums abgewandert. Aber inzwischen gibt es eine gute gegenseitige Akzeptanz und eine Abstimmung der Angebote aufeinander.

Die Absprachen finden auf Treffen der „sozialen Agenda“ statt, einer Runde, die als Teil der Agenda 21 entstanden ist und an der eigentlich alle sozialen Akteure aus Pattensen sich beteiligen. Die Absprachen finden an der Basis, auf Ebene der Mitarbeiter/innen statt. Das relativiert Konkurrenzen, die eher auf Trägerebene auftreten.

Diese Linie gilt nicht nur gegenüber den kirchlichen Akteuren sondern auch gegenüber dem DRK, das traditionell der größte Anbieter sozialer Dienste auf dem Lande und in Pattensen vor allem in der Seniorenbetreuung tätig ist.

Inzwischen hat sich das Mehrgenerationen-Haus/Mütter- und Familienzentrum allgemeine Anerkennung und Akzeptanz erworben. Es gilt für Pattensen durchaus als Standortfaktor (insbesondere für die jungen Familien aus Hannover, die sich eher hier als anderswo in der Umgebung ansiedeln wollen, weil hier für die Familien optimale Bedingungen herrschen). Das war nicht immer so und hat ein paar Jahre gedauert, am Anfang wirkte das Zentrum in den sehr festgefahrenen traditionellen Strukturen wie ein kleiner bunter Fremdkörper. Hier gab es zwar durchaus ein entwickeltes Vereins- und Verbandswesen. Eigenaktivitäten der Bewohner konnten sich allerdings nur in recht vorstrukturierter Art und Weise entfalten. Demgegenüber ist das Mehrgenerationenhaus durch eine prinzipielle Offenheit – für neue Menschen, für neue Problemwahrnehmungen und für neue Ideen geprägt.

Das symbolisiert sich insbesondere durch den OFFE-NEN TREFFPUNKT, in dem es an jedem Wochentag ein Frühstücksbuffet gibt (von 9.30 – 12.00 Uhr) – ca. 500 Besucher/innen im Monat – 150 qm Raumangebot mit angrenzenden Spielzimmern. Nachmittags gibt es 3 x die Woche (Di, Do, Fr) Kaffee und Kuchen – zwei Mal als offenes Angebot, 1 x (Fr) als „Café Zeitlos“, als spezielles Angebot für Demenzzranke und ihre Angehörigen.

Das Café wird durch Ehrenamtliche/Freiwillige betrieben (während der Öffnungszeiten sind immer 2 anwesend, 1 für die Bewirtung und als Ansprechpartnerin für die Besucher-innen, 1 für Kinderbetreuung im Nebenraum). Die Ehrenamtlichen bekommen eine kleine Aufwandsentschädigung (5 Euro / Stunde). Die Altersspanne der Ehrenamtlichen reicht von 14 bis Ende 70. Im Etat sind für diese Aufwandsentschädigungen insgesamt ca. 8.500 Euro im Jahr vorgesehen.

Noch ein paar Zahlen: 100 Menschen sind im Mehrgenerationenhaus aktiv, davon sind 50 Freiwillige, von denen etwa die Hälfte regelmäßig im Haus tätig ist, während die andere Hälfte sich zu bestimmten Anlässen engagiert. 25 Menschen üben eine bezahlte Tätigkeit aus (hauptsächlich geringfügige Beschäftigung), nur 8 Beschäftigte (s.o.) haben eine Tätigkeit, die eine halbe Stelle oder mehr ausmacht. Weitere 25 Menschen sind freie Mitarbeiter (insbesondere Dozenten in Kursen und Bildungsveranstaltungen). Es gibt im Haus eine halbprofessionelle Küche, in der täglich 40 Essen (für Kita-Kinder) zubereitet werden.

Sporadisch gibt es auch Interessenten an einem Mittagstisch im Haus, das ist aber (noch) kein Angebot, das wirklich läuft. Es ist geplant, die Küche noch etwas besser auszustatten, damit dieser Bereich weiter entwickelt werden kann.

Das Café wird als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb des Vereins geführt. Bisher waren die Umsätze noch nicht so hoch, dass Umsatzsteuer angefallen wäre. Die Preise sind niedrig, aber trotzdem trägt sich das Café wegen der geringen Personalkosten selbst und wirft noch einen kleinen Überschuss ab.

Relativ neu im Programm, aber gut angenommen ist ein Sonntags-Nachmittags-Café, das vor allem von älteren Menschen besucht wird (weniger Kinder).

Das Haus wird täglich von einer professionellen Reinigungskraft geputzt und wirkt sehr gepflegt. Es hat sich gezeigt, dass das besonders für ältere Besucher ein sehr wichtiger Faktor für ihr Wohlbefinden und die Akzeptanz des Hauses ist.

Die Förderung als Mehrgenerationenhaus hat die Entwicklung neuer, sehr gut angenommener Angebote möglich gemacht – wobei die Aufgabe der Festangestellten vor allem im Organisatorischen (Management) liegt, die Angebote selbst leben von den Aktivitäten der Menschen, die sich auf die eine oder andere Weise engagieren.

So ist z.B. der „Wunsch-Großelterndienst“ entstanden, bei dem das MGH die Vermittlung übernimmt, der sich ansonsten aber selbstständig weiter entwickelt – so werden z.B. die Vereinbarungen zwischen „Großeltern“ und Eltern von diesen völlig selbstständig getroffen, insbesondere auch über Ja oder Nein sowie Art und Umfang von „Entschädigungs“-Zahlungen. Hierfür gibt das MGH nur eine Empfehlung ab (ca. 4 Euro die Stunde für die Kinderbetreuung). Die Hälfte der beteiligten älteren Menschen verzichten gerne auf eine solche „Entlohnung“, die andere Hälfte ist froh, sich die Rente etwas aufbessern zu können. Von Seiten der älteren Menschen steht das Bedürfnis nach Kontakten zu Jüngeren, zu „Wunsch-Enkeln“ meist im Vordergrund, während die Familien sich vor allem Entlastung versprechen. In vielen Fällen sind sehr enge freundschaftliche Beziehungen aus diesem generationsübergreifenden Kontakt entstanden, die sich z.B. darin zeigen, dass gemeinsam Weihnachten gefeiert wird. Z.Zt. betreuen 10 Großeltern(-Paare) insgesamt 15 Kinder. Das MGH nimmt eine Aufnahmegebühr von 10 Euro und eine Vermittlungsgebühr von 2,50 Euro. Das ist nicht kostendeckend aber bringt ein Moment von Verbindlichkeit in dieses Dienstleistungsangebot. Viele Angebote im Haus werden von Nicht-Profis gemacht, die die richtige Art haben, die Menschen anzusprechen und Vertrauen zu wecken. Das A und O ist die Atmosphäre, die im Offenen Bereich zu spüren ist. „Ohne offenen Treff wäre das Haus nicht so lebendig“. Der offene Bereich ist das Herzstück des Hauses, die Projekte gruppieren sich wie äußere Kreise um diesen inneren Kreis.

Das Wichtigste ist die Freundlichkeit, die alle spüren, die das Haus betreten – und die ihnen von allen Aktiven entgegen gebracht wird.

Was sich sehr bewährt hat, ist auch die Annahme, dass jeder Menschen Ressourcen hat und etwas geben kann. Das neue Augenmerk auf ältere Menschen, das durch die Aufgabenstellung Mehr-Generationenhaus provoziert wurde, hat schon sehr schöne Ergebnisse hervorgebracht, insgesamt profitiert das Haus sehr vom Engagement der älteren Menschen. Ein besonderes Beispiel ist die nahezu erblindete ältere Frau, die 14-tägig zu den Kindern kommt, um ihnen Märchen zu erzählen. Sie nimmt gewaltige Anstrengungen auf sich (z.B. lässt sie sich von einer Bekannten das Märchen, das sie erzählen will, vorher noch einmal vorlesen, um es präsent zu haben), sie hat einen beschwerlichen Anfahrtsweg, aber diese ihre Anstrengung bringt große Freude in ihr Leben (und eine besondere Erfahrung in das Leben der Kinder).

11.04.2006

16.00 – 17.00 Uhr

Heike Bothe

(Leiterin)

Mütterzentrum/Mehrgenerationenhaus

Querstr. 22

30519 Hannover-Döhren

<http://people.freenet.de/muetterzentrum.doehren>

muetterzentrum.doehren@freenet.de



Als Mütterzentrum gibt es diese Einrichtung schon seit 20 Jahren (gegründet am 6.12.1985), die Initiative ging von einigen Müttern aus, die sich auf dem Spielplatz kennengelernt hatten und sich einen Treffpunkt schaffen wollten. Das haben sie zuerst in einer 3-Zimmer-Wohnung realisiert (Startkapital der Initiative 46 DM). Es handelt sich um eines der ersten Mütterzentren, die – angeregt durch das Beispiel Mütterzentrum Salzgitter – in den 80er Jahren entstanden sind.

Seit 1990 verfügt die Einrichtung über ein kleines Hinterhaus mit zwei Etagen und einer Freifläche (Spielplatz). Die Raum- und Betriebskosten werden von der Stadt Hannover übernommen (incl. Telefon). Über die MGH-Förderung (40.000 Euro im Jahr für zweckgebundene Personalkosten) werden eine halbe Personalstelle und eine 400 Euro-Kraft bezahlt sowie Aufwandsentschädigungen für ca. 15 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen (4 Euro / Stunde – Etatansatz für diese Position 13.000 Euro pro Jahr).

Auch heute noch hat dies Zentrum den Charakter einer Selbsthilfeinitiative von „Müttern für Mütter“. Es wird getragen von einem Verein mit einem fünfköpfigen gleichberechtigten Vorstand (Mütterzentrum Hannover-Döhren e.V.) Der Treffpunkt bietet Raum für einen offenen Bereich mit Cafecharakter und für Veranstaltungen bis zu 25 Teilnehmer/innen (Bauchtanz, Kurse, Selbsthilfegruppen, Vorträge). Es gibt einen an jedem Wochentag geöffneten Second-Hand-Shop und einen Miniclub (in der ersten Etage), der an jedem Tag von 10 Kindern im Alter von 1,5 bis 3 Jahren besucht wird (im Wechsel, die Kinder können höchstens 2 x in der Woche kommen). Der Miniclub wird nicht subventioniert. Er trägt sich durch die Elternbeiträge von 60 Euro im Monat selbst (Betreuung durch eine professionelle Erzieherin und abwechselnde Praktikant/inn/en).

Auch das „Mütze“ in Doehren wurde zum 1. Oktober 2004 in das MGH-Programm aufgenommen.

Nach außen stellt sich die Einrichtung immer noch als Mütterzentrum dar („das neue Schild ist bestellt, aber noch nicht da“), aber die Menschen im Stadtteil wissen um das neue Profil und nehmen die entsprechenden Angebote an. Viel Anklang finden z.B. der

Werk- und Bastelnachmittag für Erwachsene („Kreativ am Nachmittag“) mit gleichzeitiger Kinderbetreuung und das wöchentlich einmal stattfindende Seniorencafe (mit Erzählprogramm).

Am Nachmittag gibt es einen „Kindertisch“ mit Hausaufgabenunterstützung, der von einer MAE-Kraft betreut wird, die sich auch um Menschen mit Behinderungen kümmert.

Dass es im Haus keine gänzlich unbezahlte freiwillige Arbeit gibt, ist Prinzip: „Seit 20 Jahren haben wir dafür gekämpft, dass diese Arbeit anerkannt wird, ein Verzicht auf das kleine Entgelt, das eigentlich nur ein Ersatz für die Aufwendungen ist, wäre deswegen ein Rückschritt“.

<Die Förderung der Mütterzentren hat diesen Ansatz begünstigt. Sie hat sich anscheinend auf die Zahlung von Honoraren und Aufwandsentschädigungen beschränkt, so dass es Mütterzentren geben soll, die ihre Betriebskosten nur dadurch decken können, dass die Frauen ihre Honorare der Einrichtung „zurückspenden“. Das ist in Doehren nicht notwendig, weil hier die Betriebskosten von der Stadt Hannover übernommen werden.>

Frau Bothe hat, seit es die Förderung als MGH gibt, eine halbe Stelle, sie ist ansonsten seit 18 Jahren dabei. Sie hat sich durchgehend um die Erziehung ihrer Kinder gekümmert und ist in dieser Zeit nicht wieder berufstätig geworden.

Die (kleine) Honorierung der Frauen für ihre Tätigkeit hat in der Regel einen positiven Nebeneffekt bei den (Ehe-)partnern, die damit vermittelt bekommen, dass ihre Frauen dort wohl nicht nur „rumhängen“, sondern etwas Anerkanntes (und deswegen vielleicht auch wirklich Anerkennenswertes) tun.

In der Erweiterung ihres Angebotsspektrums als MGH sieht die Einrichtung auch eine Chance, etwas gegen die verbreitete Kinderfeindlichkeit in unserer Gesellschaft zu tun, indem sie zu einem neuen besseren Verständnis zwischen den Generationen beiträgt. Die Mütterzentren sind nach wie vor über ihren Bundesverband (Jahresbeitrag 65 Euro) gut vernetzt, auf

Landesebene gibt es jährlich mindestens 2 Treffen der Zentren (1-3 Tage, ca. 30 Teilnehmer/innen). Neben der Möglichkeit zum niederschweligen Erfahrungsaustausch bieten diese Treffen auch Inputs mit Fortbildungscharakter an.

In Niedersachsen werden inzwischen 25 Einrichtungen (nicht nur Mütterzentren) als Mehrgenerationenhäuser gefördert, weitere 25 sollen noch dazu kommen.

<Es scheint dabei seltsame Förderungspraktiken zu geben: zum einen wird nach strikter Fehlbedarfs-Finanzierungslogik verlangt, dass der Verein am 31.12. kein Geld mehr auf dem Konto haben darf, zum anderen wird vor Verabschiedung des Haushaltes –z.B. im April des Folgejahres- keine Vorschusszahlung geleistet, so dass eine mehrmonatige extrem schwierige Überbrückungsphase entsteht>. Die Stadt Hannover ist sich dieser Problematik bewusst und zahlt wenigstens schon zum 15.02. eine erste Zuwendungsrate für

12.04.2006

9.00 bis 10.20 Uhr

Hannelore Knost

(Ehrenamtliche Vorstandsmitglied, vertritt während ihres Urlaubs die Leiterin des Mehrgenerationenhauses)

Mehrgenerationenhaus Barnstorf

Gesundheitsladen IGEL e.V.

Kampstr. 19

49406 Barnstorf

www.igel-barnstorf.de

igel_ev@web.de

Der IGEL wurde 1989 als Gesundheitsladen gegründet von 10 Leuten aus Barnstorf, die aus verschiedenen Ecken kamen und sich (in der Tradition der Gesundheitsbewegung) für gesundheitliche Fragen, zum Teil auch professionell, interessierten (mit dabei z.B. ein Arzt und ein Psychologe). Diejenigen, die sich daraus auch berufliche Perspektiven versprachen, haben sich bald aus der aktiven Mitarbeit zurückgezogen, als sie merkten, dass es darum nicht ging.

Heute hat der Verein 60 Mitglieder. Anfangs war es reine Eigeninitiative, jeder brachte z.B. einen Stuhl mit. Gemeinsam suchte man nach einem Raum, um Kurse anbieten zu können. Ab und zu gab es dann auch mal projektgebundene Fördergelder und schließlich auch eine Förderung durch das Frauenministerium (in Niedersachsen) als Frauenprojekt.

Frau Knost ist seit 1998 dabei, ein Jahr vorher war der IGEL in sein neues Haus umgezogen, in dem er auch jetzt noch sitzt.

einen „vorzeitigen Maßnahmebeginn“ aus, sodass die Jahresanfangs-Zahlungsrückstände überschaubar bleiben.

Für die Erweiterung des Angebotsspektrums dieses Mehrgenerationenhauses sind die Chancen im Stadtteil nicht sehr groß, weil er mit Einrichtungen und Diensten so gut bestückt ist, dass es keinen entsprechenden Bedarf gibt.

Bei Döhren handelt es sich um einen sehr alten „gemischten Stadtteil“ mit großer Fluktuation der Einwohner: günstige Mieten, halb-ländliche Umgebung (Grün von drei Seiten) und gute Verkehrsanbindung an die Innenstadt machen das Wohnen hier durchaus attraktiv. Viele Familien haben sich allerdings durch die sehr günstigen subventionierten Mieten im neu entstandenen Stadtteil Kronsberg (EXPO) verlocken lassen, dorthin zu ziehen (4 km entfernt). Inzwischen werden die Mieten in Kronsberg nach Fortfall der Subventionierung so teuer, dass es eine Bewegung zurück nach Döhren gibt („Einmal Döhren – immer Döhren“).



IGEL ist eine anerkannte Selbsthilfekontaktstelle und bekommt als solche Förderung durch die Krankenkassen. Davon kann für die Koordinationsarbeiten eine 400 Euro - Kraft bezahlt werden.

Im Laufe der Zeit lief das Kursangebot nicht mehr so gut. Im Verein machte man sich darüber Gedanken, was das für Ursachen hätte und wie man darauf am Besten reagieren könnte. Eine Vermutung war, dass die Menschen ein über das engere Kursangebot hinausgehendes Bedürfnis nach Geselligkeit hätten.

Dass gleichzeitig das Programm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern aufgelegt wurde, war ein Glücksfall, weil das wie eine Antwort auf die Fragen der Vereinsaktiven war. Der IGEL bewarb sich um diese Förderung, seit November 2004 ist er das 12. als MGH geförderte Projekt in Niedersachsen.

Um für seine neue Funktion optimal gerüstet zu sein, wurde das Haus gründlich umgebaut, insbesondere wurde im Erdgeschoss ein großzügiger OFFENER BEREICH (für einen niedrig schwelligen Cafebetrieb) geschaffen (zu Lasten von vorher bestehenden Gruppenräumen).

Hier findet jetzt an jedem Werktag ein offener Betrieb statt. Das Café wird von 3 MAE-Kräften bewirtschaftet, die jeweils für 20 Wochenstunden beschäftigt sind. Öffnungszeiten sind 9-17 Uhr. (Das Konzept MGHs setzt auf die Aktivierung von viel freiwilligem Engagement, aber es hätte nicht genügend Freiwillige gegeben, um solche Öffnungszeiten anbieten zu können).

Das Caféangebot wird dann gerne angenommen, wenn es mit einem zusätzlichen inhaltlichen Angebot verbunden ist (Vortrag, thematisch angekündigtes Gesprächsangebot o.ä.). Bis zu 25 Personen können bei Veranstaltungen im Café bequem Platz finden. Beim thematischen Gesundheitstreff ist inzwischen die Kapazitätsgrenze erreicht, es gibt mehr Anfragen als Sitzgelegenheiten. Deswegen muss man sich inzwischen für diese Veranstaltungsreihe (die eigentlich auch sehr niedrig schwellig konzipiert ist) vorher anmelden.

Aus der MGH-Förderung wird eine Kraft mit 25 angelehnt an den BAT bezahlt, zusätzlich eine Verwaltungskraft auf 400 Euro-Basis, zusätzlich stehen (in geringem Umfang) Honorarmittel aus dieser Förderung zur Verfügung (Zuwendungsbedingung: die Honorare dürfen höchstens 8 Euro/ Stunde betragen).

Die Miete (monatlich 1.000 Euro) muss aus anderen Mitteln aufgebracht werden, das ist seit 1989 Jahr für Jahr eine große Anstrengung. Es gibt nur geringe Zuschüsse von der Gemeinde. Der Paritätische Wohlfahrtsverband (IGEL ist Mitglied seit ca. 1997) hilft ab und an mit Sachmitteln für Anschaffungen aus. Er macht IGEL auf Förderprogramme aufmerksam, die für ihn in Frage kommen, so war er es auch, der den Hinweis auf das MGH-Programm gemacht hatte.

Die fast völlig offenen Angebote („Spielenachmittag“) klappen nicht so gut – außer wenn sich Gruppen vorher verabreden, gemeinsam zu kommen.

Erfahrungen mit MAE („1 Euro-Jobs“): Beim ersten Durchgang (Selbstmelder) lief alles prima, sie waren sehr motiviert und zuverlässig. Beim zweiten Durchgang („Zugewiesene“) gab es einige Probleme, insbesondere weil der IGEL durch die Erfahrungen mit dem 1. Durchgang „verwöhnt“ war und zuviel an Interesse der Beschäftigten vorausgesetzt hatte. Beim jetzigen 3. Durchgang hat sich das gut eingependelt. IGEL ist direkter Kooperationspartner des Job-Centers und bekommt deswegen auch selbst die Overhead-Mittel für Anleitung und Fortbildung.

Zur Situation in Barnstorf: die Arbeitslosigkeit beträgt 10-12 Prozent, die Samtgemeinde hat 12.000 Einwohner/innen. Die Kreisstadt Diepholz ist 15 km entfernt. Die Menschen fahren zur Arbeit bis ins 50 km entfernte Bremen (gute Bahnverbindung), einige sogar bis ins 70 km entfernte Oldenburg. In der Nähe gibt es nicht viele Arbeitsmöglichkeiten (nur 2 Industriebetriebe in der näheren Umgebung).

Neben denen, die gezielt Gesundheitsangebote wahrnehmen, besteht die „Laufkundschaft“ des IGEL vor allem aus Menschen im Rentenalter. Die Zielgruppe Frauen mit Kindern wird gezielt wieder aufgebaut (Geburtsvorbereitungskurs). Vor dem Umbau wurde das Haus auch von 5-6 Mutter(bzw. Eltern)-Kind-Gruppen genutzt. Die sind aber weggeblieben, als ihnen – im Interesse der Weiterentwicklung zu einem Mehr-Generationen-Haus der alleinige Zugriff auf ihre „angestammten Räume“ genommen wurde. Sie haben sich dann Räume bei der Kirche gesucht, in denen sie sich nicht mit anderen Besuchergruppen arrangieren müssen.

In Barnstorf gibt es ein sehr aktives „Lokales Bündnis für Familie“, das vor allem von Trägern der Familien- und Erwachsenenbildung getragen wird (LEB – Ländliche Erwachsenenbildung, VNB – Verein Niedersächsischer Bildungsstätten, IGEL). Die Wirtschaft beteiligt sich nicht im erhofften Umfang. Der IGEL wurde von der Gemeinde dazu motiviert, bei dem Bündnis mitzumachen. Es gab hier anfangs eine gewisse Zurückhaltung (zusätzliche Arbeit ohne zusätzliches Geld). Es entspricht der allgemeinen Tendenz, mit der der IGEL zu kämpfen hat: immer wieder hoch gelobt und beansprucht zu werden, aber bei der Ressourcenverteilung nicht so ausgestattet zu werden, dass die Ansprüche locker erfüllt werden können.

Eine Spenden/Finanzierungs-idee: es gibt 25 Frauen, die sich verpflichtet haben, jeweils 1 x im Monat einen KUCHEN zu backen und ihn dem IGEL zu spenden, der ihn über das Café verkaufen kann. Das macht allen Spaß, überfordert niemand und bringt gutes Geld.

Der IGEL wird von einer selbst organisierten Gruppe von Barnstorfer Migrantinnen (aus der Türkei, aus Afrika und aus Ex-Jugoslawien) für die Durchführung eines „Interkulturellen Nachbarschaftscafés“ genutzt. Die Gruppe gab es schon vor dem MGH. Jetzt passt sie gut ins neue Anforderungsprofil.

Im letzten Jahr wurde der IGEL auch über ein regionales Strukturprogramm der Europäischen Union gefördert, was ihn (letztlich) in die Lage versetzt hat, die Mietzahlungen bis Ende 2006 einigermaßen abgesichert zu haben. Allerdings war es auch mit viel Stress verbunden, die 50%ige Eigenleistung einbringen zu können („Spenden sammeln ohne Ende“).

Das Schild, das den IGEL als Mehrgenerationenhaus ausweisen soll, ist in Arbeit und wird in Kürze angebracht. Im Selbstverständnis und in der Selbstdarstellung wird der Gesundheitsaspekt weiterhin im Vor-

12.04.2006

12.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Frau Sabine Genther
(Leiterin)

SOS Mütterzentrum

38259 Salzgitter

Braunschweiger Str. 137

mz-salzgitter@sos-kinderdorf.de

http://www.sos-kinderdorf.de/einrichtungen/portal/loader_frame.php?root_system_id=130&seite=87

Das SOS-Mütterzentrum Salzgitter verfügt seit dem Jahre 2000 über einen großzügigen Neubau, der als weltweites Vorzeigeprojekt „SOS-Mütterzentrum 2000“ der EXPO 2000 Hannover für den vorgesehenen Zweck geschaffen wurde und auch architektonisch umsetzt, was die Konzeption des Hauses ist. Überall gibt es offene Bereiche, Berührungspunkte und Anlässe, sich „über den Weg zu laufen“ und zu begegnen. Die Bereiche und Räume sind nicht voneinander abgeschottet sondern möglichst transparent (fast alle Türen haben „Bullaugen“ und bieten die Möglichkeit, in die dahinter liegenden Räumlichkeiten hineinzusehen).

Das Mütterzentrum gibt es seit 25 Jahren. Es war damals das „Ergebnis“ einer Forschungsarbeit des Deutschen Jugendinstituts, die sich mit der Frage beschäftigt hatte, wie Menschen aus einkommensschwachen und eher bildungsfernen Schichten an „Familienbildung“ herangeführt werden könnten. Ergebnis der Studie war damals: die traditionellen Ansätze der Familienbildung greifen hier nicht. Drei Elemente müssten für ein niedrigschwelliges einschlägiges Angebot vorhanden sein:

- o Teilnahme ohne vorherige Anmeldung
- o Kein „Zwang zum Lernen“ (es darf nicht an Schule erinnern)
- o Kinder müssen mitgenommen werden können (= Kinderbetreuung muss Bestandteil des Angebots sein)

In der Folge wurden Mütterzentren als Bundesmodellprojekt an drei Standorten initiiert: Salzgitter, Darmstadt, München

Das Mütterzentrum Salzgitter war in der dreijährigen Modellphase in der Trägerschaft des „Deutschen Hausfrauenverbandes“, die wegen unterschiedlicher

Gründe stehen. Allerdings ist der IGEL der festen Überzeugung, dass die Entscheidung, sich zu einem Mehrgenerationenhaus weiter zu entwickeln, richtig war.



Schwerpunkte und Zielsetzungen nicht auf Dauer geeignet schien. Das Mütterzentrum schloss sich deswegen in der Folge dem SOS-Kinderdorf an, das in der Modellphase die Verantwortung für das Münchener Projekt übernommen hatte.

Kern des Konzeptes war die Schaffung offener niedrigschwelliger Treffpunkte, die nicht den Charakter einer Einrichtung, sondern eher eines öffentlichen Wohnzimmers haben sollten. Von vornherein spielten dabei alltagspraktische Dienstleistungen eine wichtige Rolle, wie z.B. gemeinsame Mahlzeiten:

- o Frühstücks- und Mittagessen-Angebot
- o Second-Hand-Laden
- o Friseur-Laden

Ein generationsübergreifender Aspekt hat sich im Laufe der Zeit dadurch ergeben, dass ältere Menschen von sich aus die entsprechenden Angebote für sich entdeckt und angenommen haben.

Den Grundideen des Mütterzentrums kam das entgegen. Genutzt wurde die unabhängig von beruflicher Vorbildung in der Regel vorhandene Fähigkeit der Mütter, sich um Menschen zu kümmern. Gleichzeitig bot es sich an, an der entstehenden Nachfrage entlang auch neue berufliche Perspektiven für Mütter zu entwickeln, die auf ihre Kompetenzen aufbauten. Das betraf z.B. häusliche Dienstleistungen, aber auch die Zubereitung von Essen.

Im Laufe der Zeit wurden die entsprechenden Arbeitsbereiche ausgebaut. Vorübergehend ging das bis zur Schaffung eines Pflegedienstes, dieser Bereich wurde kürzlich aber wieder aufgegeben, weil die formalen Anforderungen zu restriktiv waren. Es wurde als passender angesehen, sich auf die einfacheren Hilfenformen zu beschränken.

Die meisten Arbeitsfelder sind aus kleinen Anfängen entstanden, die jeweils auf einen konkret an das Mütterzentrum herangetragenen Bedarf reagiert haben – z.B. die Betreuung von Demenzkranken älteren Menschen, die heute in einer Tagesgruppe mit 12 Plätzen stattfindet.

Auch die Kinderbetreuungsangebote sind unmittelbar aus der Nachfrage der Mütter entstanden, die das Zentrum besucht haben, zuerst ging es vor allem um Hort- und Krippenbetreuung. Heute hat die Kita im Haus des Mütterzentrums 72 Plätze. Darüber hinaus gibt es einen offenen Kinderbetreuungsbereich, für den es keiner Anmeldung bedarf.

Als die ersten älteren Menschen ins Mütterzentrum kamen (unter dem Gesichtspunkt „Gibt es hier auch etwas für uns?“) gab es von Seiten vieler Mütter eher eine abwehrende Haltung („das ist unser Haus, was wollen die hier?“). In dieser Situation war es die Aufgabe der Verantwortlichen des Hauses, ein Verständnis für die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieser (zunächst ungeplanten) Entwicklung zu wecken und die Begegnung der Generationen zum Programm zu erheben.

<Begründung: in unserer Gesellschaft ist die Begegnung von Jung und Alt in weiten Bereichen verloren gegangen, WIR wollen dem gegensteuern. Es geht darum, wieder neu zu erlernen, miteinander zurecht zu kommen.>

Das Haus ist so organisiert, dass die verschiedenen Nutzergruppen immer wieder darauf angewiesen sind, sich miteinander zu verständigen (z.B. bei der Nutzung von Räumen, aber auch von Gerätschaften, die bewusst nicht mehrfach angeschafft werden).

Das SOS-Kinderdorf als Träger mit Sitz in München mischt sich in die inhaltliche Ausgestaltung der Arbeit nicht ein, es entlastet von Verwaltungsaufgaben (Personalbuchhaltung, Korrespondenz mit dem Finanzamt etc.). Es achtet auf die Wirtschaftlichkeit des Hauses, aber ist über sein Spendenaufkommen notfalls auch in der Lage, ggf. einmal ein Defizit zu decken.

Ein wesentlicher Teil des Hauses ist der Bereich: „Beratung – Beschäftigung – Ausbildung“. Hier bringt sich der Träger als erfahrener Ausbildungs- und Maßnahmeträger ein. So gibt es allein im Bereich Hauswirtschaft, Küche, Gastronomie sieben Auszubildende. Darüber hinaus gibt es Teilnehmer an beruflichen Orientierungsmaßnahmen, Menschen mit „Zusatzjobs“ (MAE) und junge Erwachsene, die in der Jugendwerkstatt über eine ESF-Förderung beschäftigt sind. Insgesamt sind im Haus zwischen 60 und 70 Menschen über div. Maßnahmen tätig (50 % unter 25 – es gibt aber auch Maßnahmen für über 50jährige und für über 58jährige).

Die Maßnahme-TeilnehmerInnen - die MitarbeiterInnen genannt werden - werden in allen Bereichen des Hauses eingesetzt, so auch im Café. Hier werden die Speisen und Getränke nicht verschenkt oder subventioniert, sondern zu realistischen und angemessenen Preisen abgegeben. Ein Mittagessen kostet z.B. (mit Nachspeise) für Abonnementsesser 3,60 Euro (4,50 Euro für „Einzelesser“, 2,65 Euro für Mitarbeiter/innen des Hauses). Einige der anderen Mütterzentren und Mehrgenerationenhäuser gehen an diese Frage anders heran, sie meinen, ihren Besuchern keine solchen normalen Preise abverlangen zu können – damit schaffen sie aber auch keine überlebensfähigen nachhaltigen Strukturen. Unter den Mehrgenerationenhäusern gibt es zu diesem Punkt immer wieder hitzige Debatten. Im SOS-Mütterzentrum Salzgitter gilt die These: „Was nichts kostet, ist auch nichts wert.“ Es wird sehr viel geworben, auch für das Essensangebot. Das Image soll (z.B.) sein: „Da gibt es ein super-leckeres Frühstück!“, (und weniger: „Hier kann man billig frühstücken.“).

Das Angebotsspektrum des Mütterzentrums ist multifunktional und extrem vielseitig („Es gibt im Stadtteil fast nichts, was wir nicht anbieten.“). Alle Räume sind für multifunktionale Nutzung vorgesehen. Es gibt nur einen großen Veranstaltungsraum, der von allen Bereichen genutzt wird (für bis zu 100 Besucher/innen).

Im Haus sind 30-50 Freiwillige tätig – als Freiwillige gelten Menschen, die ohne jegliche monetäre Gegenleistung tätig sind. Manche machen täglich und ganztags mit, manche sporadisch oder nur zu bestimmten Anlässen. Ihnen wird vom Haus das zur Verfügung gestellt, was ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, das kann z.B. ein Schreibtisch mit Internet-Anschluss sein, kostenlose Kinderbetreuung oder ein kostenloses Mittagessen). Alle Freiwilligen können sich verbindlich einbringen (z.B. Teilnahme an Dienstbesprechungen und Fortbildungen).

Terminologie: Für diese Menschen wird der Terminus „Freiwillige MitarbeiterInnen“ benutzt, es wird abgelehnt, sie als „Ehrenamtliche“ zu bezeichnen. Statt von „Hauptamtlichen“ und „Ehrenamtlichen“ wird von „angestellten“ und „freiwilligen“, „Mitarbeiter/innen“ gesprochen. Davon unterschieden werden die „Maßnahmeteilnehmer/innen“ und die „Mitarbeiter/innen mit Aufwandsentschädigung“. Bei letzteren handelt es sich vor allem um (ca. 40) Frauen, die gegen eine Entschädigung von 6,20 Euro / Stunde für einen Höchstbetrag von 148 Euro im Monat Gruppenbetreuungsaufgaben (im Sinne der steuerrechtlichen Übungsleiterpauschale) übernehmen. Es gehört zur hierarchiearmen Kultur des SOS-Mütterzentrum Salzgitter, dass alle MitarbeiterInnen neben ihren bezahlten Stunden auch unbezahlte leisten, dafür stehen ihnen die div. Dienstleistungen von der Kinderbetreuung bis zum

Frisiersalon in der Arbeitszeit als Ausgleich zur Verfügung. Das SOS-Mütterzentrum Salzgitter, die „Mutter oder Keimzelle aller Mehrgenerationenhäuser“ (MGH) wird selbst nicht als MGH über das Landesprogramm gefördert. Das hat folgende Logik: Das Förderprogramm soll dazu dienen, MGHs neu zu entwickeln und bestehende Einrichtungen durch eine Anschubförderung auf diesen Weg zu bringen. Eine Einrichtung wie das SOS-Mütterzentrum Salzgitter, die dieses Selbstverständnis und diesen Ansatz schon voll entwickelt hat, bedarf einer solchen Anschubförderung nicht.

Im SOS-Mütterzentrum Salzgitter sollen nicht nur Menschen unterschiedlicher Generationen miteinander in Kontakt gebracht, sondern auch Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten und Bildungshintergründe angesprochen werden. Es gibt deswegen seit Neuestem ein relativ anspruchsvolles Bildungsangebot in Philosophie in Kooperation mit der Fachhochschule, das mit einem Fachhochschulprofessor realisiert wird. Gleichermaßen sind Angebote (insbesondere in der Kindertagesbetreuung) auf die Bewohner des „sozialen Brennpunkts“ ausgerichtet, der sich auf der anderen Seite der Straße befindet und in dem der Migrant/inn/en-Anteil bei 50 % der Bevölkerung liegt. „Hier treffen Welten aufeinander“.

Die verschiedenen Arbeitsbereiche des Hauses müssen div. behördliche Ansprüche (Hygiene, Heimaufsicht) erfüllen. Das Haus hat auch dazu eine Philosophie entwickelt: „Wir richten uns nach allen Gesetzen und Vorschriften, aber wir folgen ihnen nicht unterwürdig, sondern nutzen die Spielräume, die es in der Regel in der Auslegung gibt. Auch Aufsichtsbehörden haben Ermessensspielräume und sind in der Regel nicht daran interessiert, die Arbeit unmöglich zu machen“.

Wer ist der Ideenträger und wie sieht die Organisationsstruktur des Hauses aus?

Die Ideen werden nicht vom Träger vorgegeben, sondern im Haus selbst und in seinen Entscheidungsstrukturen weiter entwickelt. Es gibt eine Gesamtleitung und jeweils verantwortliche Mitarbeiterinnen in den insgesamt 5 definierten Arbeitsbereichen. Die „Bereichsleitungen“ haben jeweils auch koordinierende Aufgaben für das gesamte Haus. Dies Leitungsteam trifft sich wöchentlich zu einer Teamsitzung.

Daneben gibt es einmal monatlich eine „MüZen“-Sitzung, jeweils am 1. Mittwoch im Monat von 19-21 Uhr. Die Teilnahme an dieser Sitzung, die für interessierte Besucher/innen des Hauses offen ist, ist für alle fest angestellten Mitarbeiterinnen <im Prinzip> Pflicht. Die Veranstaltung hat auch einen gewissen geselligen Charakter (sie ist mit gemeinsamem Essen verbunden), in der Regel gibt es darüber hinaus einen the-

matischen Schwerpunkt (das kann ein gemeinsames Arbeitsvorhaben sein – Planung einer Gartenaktion z.B. – oder auch ein Impulsreferat zu einem Thema, das viele anspricht). In der Regel kommen zu dieser monatlichen Sitzung ca. 30-40 Personen (davon etwa 2/3 angestellte Mitarbeiterinnen und 1/3 andere Interessierte). <Es gibt im Haus insgesamt 35 Festangestellte.>

Das Alltagsgeschäft wird auch über ein sog. „Hausteam“ koordiniert, dem zur Hälfte freiwillige Mitarbeiter/innen angehören. Darüber soll sicher gestellt werden, dass die Perspektive der Festangestellten in strukturierter Form durch eine Besucherperspektive ergänzt wird („Die Angestellten sollen nicht nur unter sich sein, die müssen sich anhören, was die Leute zu sagen haben“).

Dabei hat das Haus kein in strengem Sinne „basisdemokratisches“ Selbstverständnis. Darin würde eher die Gefahr einer gewissen Unbeweglichkeit gesehen. Man/frau will nicht nur das machen, was von vornherein die Zustimmung von allen hat, sondern es geht auch darum, immer wieder neue Dinge auszuprobieren und auszuwerten, nachdem Erfahrungen vorliegen. Es geht darum, sich über alles freimütig auszutauschen, aber sich durch Skepsis nicht blockieren zu lassen. Kritiker/innen werden deswegen motiviert, nicht in einer Negativposition zu verharren sondern eigene Alternativvorschläge zu machen.

Einmal im Jahr gibt es ein Wochenendseminar zur Konzeptentwicklung. Insgesamt wird viel Zeit für Gespräche und Fortbildung eingeplant. Dahinter steckt die Einsicht, dass es niemals möglich sein wird, sich mit der Feststellung zurückzulehnen, das Haus habe seine Ziele nunmehr erreicht und die Dinge könnten von alleine laufen. Es wird immer darum gehen, die Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen und Nutzergruppen zu halten und aufzupassen, dass die einen nicht wegbleiben, weil die anderen dominieren – und umgekehrt.

Der Cafébereich ist der zentrale niedrigschwellige Kommunikationsbereich des Hauses. Er hat eine Fläche von 120 qm. Die meisten (runden) Tische sind sehr groß, so dass die Besucher/innen sanft dazu „verführt“ werden, sich mit anderen zusammen zu setzen. Niemand wird zur Kommunikation mit anderen genötigt, aber das Arrangement ist so, dass es Begegnungen fördert.

Zubereitung und Genuss von Mahlzeiten wird als gemeinschaftsbildender Prozess verstanden. Es geht um viel mehr als nur die „Versorgung mit Nahrungsmitteln“.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass z.B. die Einbeziehung ausländischer Frauen sehr gut gelingt, wenn sie über

ihre Liebe zum Kochen angesprochen werden – wenn sie z.B. gebeten werden, Gerichte für ein Fest zuzubereiten. Dadurch entstehen eher Kontakte als über Gesprächsangebote.

Im gastronomischen Bereich wird ein jährlicher Umsatz von 273.000 Euro erzielt.

Frau Genther macht seit 20 Jahren beim SOS-Mütterzentrum Salzgitter mit. Anfangs als Studentin der Betriebswirtschaft mit einem Kleinkind, die sich im traditionellen Angebot für junge Mütter, das sich eher am Hausfrauenleitbild orientierte, nicht wiederfand. Am Anfang hat sie nur in einem Spielkreis mitgemacht, danach die Leitung des Spielkreises übernommen und sich immer mehr in die Angelegenheiten des Zentrums eingemischt – und sich schließlich auch selbst das geschaffen, was das Zentrum für alle Mütter erreichen wollte, nämlich einen mütterfreundlichen Arbeitsplatz. Frau Genther (vorher stellvertretende Leiterin) hat die Leitung des Hauses übernommen, nachdem seine Gründerin, Hildegard Schooß, im Jahre 2004 in den Ruhestand gegangen war.

Die Leitungspositionen des Hauses werden von Frauen mit ganz unterschiedlichen beruflichen Vorgeschichten besetzt, so gibt es z.B. eine ehemalige Architektin und eine Frau, die vorher im Warenhaus gearbeitet hat. Für das Haus zählen vor allem Kompetenzen, über die man/frau auch sehr gut als „Laie“ verfügen kann. Ausgebildete Fachkräfte werden da eingestellt, wo es Förderrichtlinien verlangen (z.B. bei bestimmten Funktionen in den Pflegediensten oder in der Kindertagesstätte). Angestrebt wird, dass sich Kompetenzen aus der Fachausbildung mit Laienkompetenzen ergänzen und dass beide Seiten in der Wertschätzung nicht gegeneinander ausgespielt werden.

12.04.2006

15.00 – 16.00 Uhr

Frau Rindels

(Mitarbeiterin Mehrgenerationenhaus)

Mütterzentrum Braunschweig e.V. / Mehrgenerationenhaus

Hugo-Luther-Straße 60A

38118 Braunschweig

<http://www.muetterzentrum-braunschweig.de/>

info@muetterzentrum-braunschweig.de

Die Einrichtung besteht (ursprünglich in anderen Räumlichkeiten) seit 1987 als Mütterzentrum. Seit dem 1. April 2004 ist das Mütterzentrum Braunschweig e.V. Träger eines Mehrgenerationenhauses. Das Mütterzentrum wird von der Stadt Braunschweig mit einem Zuschuss zur Miete und einer Stelle gefördert, die sich zwei Frauen teilen (25/15 Wochenstunden). Aus der Mehrgenerationenhaus-Zuwendung

Für die Bezahlung der Mitarbeiterinnen gelten nichtsdestoweniger die Bedingungen des Besserstellungsverbot gegenüber dem BAT, d.h. dass Kräfte mit einer Fachausbildung in der Regel besser bezahlt werden als Mitarbeiterinnen ohne „einschlägige“ Ausbildung.

Das niedersächsische Landesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern wurde wesentlich vom SOS-Mütterzentrum Salzgitter inspiriert. Am Anfang stand ein Besuch der damaligen niedersächsischen Sozialministerin Ursula von der Leyen in diesem Haus. Sie war insbesondere von der generationsübergreifenden großfamilienähnlichen Atmosphäre im offenen Bereich des Hauses beeindruckt.

Die damalige Leiterin, Hildegard Schooß, wurde deswegen vom Sozialministerium mit der Fachberatung für den Aufbau der Mehrgenerationenhäuser beauftragt. Dass damit ein Teil der Steuerungsfunktion gewissermaßen „ins Feld“ abgegeben wurde, war ungewöhnlich und wurde von der Ministerin gegen gewisse Widerstände durchgesetzt.

Bei den bisher bekannt gewordenen Planungen zum neuen Bundesprogramm wird die Gefahr einer Konzeptverwässerung gesehen, weil möglicherweise zu viele Interessen und Sichtweisen gleichzeitig bedient werden sollen. Das deutet sich in der Aufzählung der möglichen Träger/Institutionen an, die sich zu Mehrgenerationenhäusern weiter entwickeln sollen und die von Eltern-Kind-Zentren bis zu Sportvereinen gehen. Wenn zu vieles gleichzeitig erreicht werden soll (Reaktion auf Pisa-Debatte und Kindesvernachlässigung ...) und zugleich lobbyistische Interessen bedient werden sollen, kann das Spezifische leicht verloren gehen.



des Landes wird eine Stelle mit 22 Wochenstunden finanziert, dazu zwei geringfügig Beschäftigte auf 400 Euro Basis (eine für den Mittagstisch, eine für die Öffentlichkeitsarbeit).

Die Funktionserweiterung (MGH) erfolgte zeitgleich mit dem Umzug in ein neues Haus (ehemaliges Gemeindezentrum), das sich das Mütterzentrum heute

mit der evangelischen Kirche und dem Büro des Quartiermanagements (plankontor) für das „westliche Ringgebiet“ teilt. Der Umbau des Hauses wurde aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert.

Mittelpunkt des Hauses und zentrale Anlaufstelle ist der Cafébereich im Erdgeschoss. Um diesen herum gruppieren sich Funktionsbereiche / -räume

- o eine Sofaecke (eine Sofaecke mit Wohnzimmercharakter ist gedacht zum Verweilen, um zwanglose Kontakte zwischen Second-Hand, Kinderzimmer etc. zu ermöglichen)
- o ein Second-Hand-Laden (Kleiderbörse und Babybasar mit Kommissionsware, die im Quartalsturnus ausgewechselt wird, nicht Verkauftes geht an die Besitzerinnen zurück oder in eine Altkleidersammlung, 60 % des Erlöses geht an die Besitzerinnen, 40 % wird für Kosten der Einrichtung verwandt)
- o ein Kinder-Spielzimmer
- o eine Terrasse
- o ein Friseurladen

Im ersten Stock gibt es zwei Multifunktionsräume für Gruppentreffen, Beratung, Meditation, Kosmetik und unterschiedliche Bewegungsangebote.

Ein gut nachgefragtes Angebot des Zentrums ist der Wunsch-Großelterndienst. In der Einrichtung findet dessen Koordinierung (Aufnahme in die Vermittlungskartei, ausführliche Erfassung von Angebot und Nachfrage, Erstkontakt) statt. Details vereinbaren die Beteiligten danach in eigener Verantwortung (das betrifft auch die Frage, ob und ggfs. in welcher Höhe Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, das Mütterzentrum gibt hierzu nur eine Empfehlung ab).

Die ursprüngliche Idee, dass die Treffen der Wunsch-Großeltern und der Kinder im Mütterzentrum selbst stattfinden sollten, wurde aufgegeben, weil die Interessenlage eher nach einer Betreuung in der häuslichen Umgebung der Kinder oder der älteren Menschen verlangte.

Frau Rindels macht seit 13 Jahren im Mütterzentrum mit. Sie war erst auf Honorarbasis, dann über eine geringfügige Beschäftigung tätig. Eine feste Stelle mit 22 Wochenstunden hat sie, seit das Haus als Mehrgenerationenhaus zusätzlich gefördert wird (seit 1.04.2004).

Die Öffnungszeiten des Hauses werden auch von Mitarbeiterinnen mit Aufwandsentschädigung abgedeckt, die für den Second-Hand-Verkauf zuständig sind (die werktäglichen Öffnungszeiten von 9-12 und von 15-18 Uhr teilen sich dabei insgesamt 4 Frauen, die dafür 5,15 Euro / Stunde bekommen).

Auch für andere Dienste im Haus („Dienstfrauen“) gibt es Aufwandsentschädigungen, diese betragen 5,15 Euro / Stunde (das waren ursprünglich einmal 10,00 DM, deswegen die krumme Summe).

Zur Zeit gibt es zusätzlich 5 MAE (1Euro)-Kräfte. Für handwerkliche Hilfstätigkeiten oder Reinigungsarbeiten werden regelmäßig von der Gerichtshilfe oder Jugendgerichtshilfe zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtete Menschen in die Einrichtung geschickt.

Der Verein Mütterzentrum Braunschweig e.V. hat 150 Mitglieder, die einen Jahresbeitrag von 25 Euro zahlen. Ein Großteil dieser Mitglieder ist nicht mehr im Zentrum aktiv und besteht aus Müttern, die dessen Leistungen in der Vergangenheit genutzt haben und seine Arbeit jetzt weiter fördern wollen.

MigrantInnenarbeit im Mütterzentrum Braunschweig Aus dem Jahresbericht 2005

Das Westliche Ringgebiet ist ein Stadtteil mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Im Mütterzentrum gibt es schon seit Jahren Mitarbeiterinnen aus den unterschiedlichsten Ländern, z.B. aus der Türkei, der Ukraine, aus Polen, Russland, Kasachstan, und Besucherinnen, die durch einen anderen kulturellen Hintergrund geprägt sind.

Seit dem 01.01.2004 waren wir Kooperationspartner vom Büro für Migrationsfragen für das Modellprojekt „Kulturvermittler“, das im Westlichen Ringgebiet das Zusammenleben von Deutschen und EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund verbessern sollte, z.B. durch Übersetzungen, Bereitstellung von Informationshilfen und Broschüren, Fortbildungsangebote, Vernetzung der vorhandenen Institutionen. Diese Partnerschaft stellte eine echte Herausforderung für uns dar, denn der Anspruch einer interkulturellen Öffnung in den Stadtteil hinein stimmte mit der Realität im Alltag nicht immer überein. Wir bearbeiteten das Thema intensiv und nutzten die Chance, dies auch über Fortbildungen qualifiziert zu tun.

Ergebnis waren sehr unterschiedliche Angebote und Veranstaltungen.

So wurde von den Kulturvermittlerinnen ein bis zwei Mal im Monat ein türkisches Mittagessen angeboten.

Die Kulturvermittlerinnen nahmen regelmäßig an unseren Teamsitzungen teil.

Unser Flyer für den Second-Hand-Bereich wurde ins Türkische übersetzt.

Einige deutsche Frauen übernahmen Sprachpatenschaften für Frauen, denen die Sprachpraxis fehlte. Für diese Gruppe organisierte das Büro für Migrationsfragen einen Ausflug ins Mühlenmuseum nach Gifhorn.

Für alle Mitarbeiterinnen, einschließlich der Kulturvermittlerinnen, fand an zwei Vormittagen eine Fortbildung zur interkulturellen Kompetenz statt, die von Pauline Clapeyron, einer Referentin für interkulturelle Kompetenzen, geleitet wurde. Themen waren u.a. Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, Wahrnehmung der eigenen kulturellen Prägung, Kultur und eigene Identität, Konfrontation und Integration verschiedener Wertesysteme, verbale, nonverbale und paraverbale Kommunikation, Möglichkeiten und Eingrenzungen eines Lebens in der Migration, Integrationsförderung in der eigenen Einrichtung.

Am Ende des Modellprojektes „Kulturvermittler“ wurde im Haus eine Frauenparty gefeiert. Diese gehört zu den schönsten Veranstaltungen, die in unserem Haus bis jetzt stattgefunden haben. Ca. 100 schwarze und weiße, junge und alte, deutsche und nichtdeutsche, große und kleine, dicke und dünne Frauen mit Kopftuch und ohne sowie ca. 30 Kinder haben gemeinsam das köstliche Buffet genossen, die Bauchtanzvorführung einer Deutschen bewundert, bis spät getanzt, gelacht, also einen wunderbaren Abend verbracht.

Nach dieser erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Büro für Migrationsfragen und dem Ende des Modellprojektes „Kulturvermittler“ am 15.09. sind wir zum 01.10.2005 Kooperationspartner für das Projekt „Integratives Nachbarschaftsmanagement“ geworden. Dieses in der Weststadt angesiedelte Projekt soll in der von der Baugenossenschaft Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Wohnung einen Treffpunkt schaffen, internationale Nachbarschaften stabilisieren, MigrantInnen stützen und besser in den Stadtteil einbinden.

Die Begegnungen „von Mensch zu Mensch“ haben uns alle bereichert, verändert und Spuren hinterlassen. Insgesamt, das ist unser Eindruck, strahlt das Haus nun viel mehr die Offenheit anderen Kulturen gegenüber aus als vorher, und die Bereitschaft aller, die Andersartigkeit anzunehmen, ist größer geworden.

Fundsache aus dem Jahre 1963

Ein Leserbrief aus dem Nachbarschaftsheim Mittelhof an die Berliner Morgenpost (08.02.1963),

In Ihrer Ausgabe vom 5.2.63 informieren Sie über einen „Versuch des Senats: Jung und Alt unter einem Dach“. Es ist sehr zu begrüßen, dass nun auch der Senat ein Haus dieser Art in Berlin einrichten will, umso mehr, als dies in einem neuen Wohnbezirk geschehen soll, wo es sicher dringend gebraucht wird. Ungewöhnlich ist es nicht, denn „Häuser der Offnen Tür für Jung und Alt“ gibt es in Berlin schon seit mehr als 10 Jahren. 7 Berliner Nachbarschaftsheime in den Bezirken Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Charlottenburg, Neukölln und Kreuzberg haben Clubräume, Bibliotheken, Werkstätten und regelmässige Veranstaltungen für Menschen aller Altersstufen und haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter, die bereit sind, Fragen und Probleme mit den Besuchern zu erörtern, Anregungen für Freizeitgestaltung zu geben und dem Einzelnen zu helfen, Kontakt zum Mitmenschen zu finden.

Es ist sehr schön, dass nun auch der Senat die Initiative ergreifen wird, Einrichtungen dieser Art zu schaffen.

Hochachtungsvoll

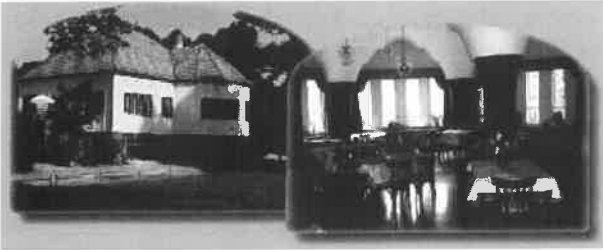
Helga Scharlack

Christof Lewek

Umbau.

Die Geschichte einer Neuorientierung im Frei-Zeit-Haus Weißensee

Von Ende 1995 an bis in das Jahr 1998 hinein, also fast ganze drei Jahre lang, wurde unser Haus gründlich saniert und zum Teil umgebaut. In der unteren Etage blieb kein Raum mehr in seiner ursprünglichen Form zurück. In dieser Zeit reiften bei uns viele inhaltliche Pläne. Mit dem äußeren Umbau veränderte und erweiterte sich unsere Arbeit.



Ein Stück Geschichte

Entstanden war unser Nachbarschaftshaus (im Nordosten Berlins) in den Wendezeiten. Eine Gruppe von etwa fünfzig beherzten und tatkräftigen ältere Weißenseer hatte das damals leerstehende Gebäude besetzt und ihre Begegnungsstätte eingerichtet. Für das Konzept eines Nachbarschaftshauses entschieden sie sich aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt auch, weil sie „nicht allein“ bleiben wollten als ältere Generation. Deswegen spielte der Slogan „Offen für alle“ eine wichtige Rolle. In diesem Sinne „öffnete man der Jugend das Haus“ und es entstand ein sogenannter Kinder- und Jugendbereich.

Angebote für Familien mit kleinen Kindern

Einige Jahre später in den Zeiten des Umbaus nun entstand ein neues Konzept: Schließlich waren inzwischen zwei Jugendclubs und ein Schülerfreizeitzentrum in unmittelbarer Nähe entstanden, nicht aber Angebote für Familien mit kleinen Kindern und Babys. Andererseits gab es junge Familien, die den „grünen Stadtteil Weißensee mit dem preiswerten Wohnraum“ für sich entdeckten.

Große Resonanz

Eine neue Bedarfslage war entstanden. Das neue Konzept konzentrierte sich auf die Arbeit mit Familien und Kindern (Schwerpunkt vor dem Kitaalter). Veranstaltungen von Schwangerengymnastik und Schwangerenberatung, über offene Krabbelgruppen, kreativen Angeboten für Mütter bei gleichzeitiger Kinderbetreuung, PEKiP-Kurse und manchem mehr bis hin zu thematischen Veranstaltungen zu pädagogischen und Ernährungsfragen wurden geplant. Es begann damit eine Zeit des rapiden Wachstums für unser Nachbarschaftshaus, aber auch eine Zeit der Konflikte. Und das in einer so nicht vorausgesehenen massiven Weise.

Einerseits ging das neue Konzept auf: Die Kurse und Gruppen für Eltern und Babys waren schnell belegt, und zogen wieder neue Planungen nach sich. Bald war das Haus zu klein und wir organisierten externe

Veranstaltungen wie Kleinkinderturnen in einer Turnhalle, Babyschwimmen in einem nahen Krankenhaus.

Freude und Skepsis

Andererseits waren nach den Einschränkungen in den Monaten und Jahren des Umbaus auch die länger bestehenden, die „angestammten“ Gruppen und Kurse gut genutzt und wuchsen. Man spürte die Freude der Älteren an dem „neu erstrahlenden Gebäude“, den neu gestalteten Räumen und den berechtigten Stolz der „alten Frei-Zeit-Häusler“, auf diesen Umbau: Nicht nur dass sie in den Anfangszeiten dieses Haus für sich „erobert“ hatten. Sie hatten auch durchgesetzt, dass der Bezirk einiges locker machte, um die gründliche Sanierung des Gebäudes zu ermöglichen.

Ja und gerade jetzt, gerade in diesem Zusammenhang tauchen nun immer mehr bisher nicht gesehene Besucher und Gruppen im Hause auf?

Zwar war über das neue Konzept im Vorstand und bei verschiedenen Gelegenheiten gesprochen wurden, zwar kannten alle langjährigen Besucher das Motto „offen für alle“ (der damalige Vorsitzende, sehr anerkannt unter den älteren Nutzern und Vereinsmitgliedern, sprach gern und oft darüber). Und doch: Die nun aufkeimende Wirklichkeit der Offenheit wirkte bedrohlich.

„Vor dem Umbau war das Haus gut genug für uns, auch in der Bauphase mit dem Dreck und den Staub und den Putzen wurden wir allein gelassen, und jetzt wo es neu saniert ist, kommen andere und wir sollen verdrängt werden.“ Man war an den Ausspruch mit dem gemachten Nest erinnert, in das sich jemand setzt.

Ängste

Gegen diese Gefühle (die mehr waren als Befürchtungen) half es keineswegs, sachlich darauf hinzuweisen, dass die Angebote, Veranstaltungen und Räume für die Senioren- und Erwachsenenarbeit keinesfalls gekürzt worden waren oder werden sollten. Es reichte auch nicht zu fragen und zu Ideen anzuregen, was wir denn gemeinsam für weitere Entwicklung „des Seniorbereiches“ tun könnten.

Sachliche Auseinandersetzungen griffen nicht.

Um das zu verstehen, sollte man auch an die noch frische traumatische Wendeerfahrung dieser Generation denken. Viele der ersten Nutzer, erst recht eine große Mehrheit der zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen waren sehr plötzlich Anfang der 90iger in den Ruhestand „abgewickelt“ worden. Es waren die, die als erste rausgeflogen waren, als Betriebe, die Arbeitsplätze, die Gesellschaft erneuert wurde.

Sie hatten im Frei-Zeit-Haus ihren Platz gefunden. Ihr Betätigungsfeld.

Die Zeit heilt nicht nur Wunden

Der Rest der Geschichte ist schnell erzählt.

Die Zeit löst, wenn nicht alle, so doch manche Probleme:

Mit der Zeit nämlich haben sich die Akteure kennen und akzeptieren gelernt. Zunächst in der gemeinsamen Nutzung der Räume, besonders der Küche und des Gartens, später bei gemeinsamen Festvorbereitungen bis hin zu schönen Dingen wie die gemeinsame „Fahrt der Ehrenamtlichen“.

Zum Teil ging und geht es über bloße Akzeptanz hinaus, wenn ich das richtig beobachte, zum Teil wird diese aber auch nicht erreicht.

Es bleiben Reste und es bleibt Konfliktpotential.

Kürzlich hörte ich wieder mal die in der Zeit der Krise oft gehörten Klage: „Die jungen Leute, die in unser Haus kommen, grüßen nicht mal!“

Gravierender ist das eigentliche Konfliktpotential:

Die junge Generation fügt sich nicht in die von den Älteren aufgebaute Struktur. Es ist nicht ihre Struktur. Der mit der Besetzung des Hauses gegründete Trägerverein hatte schon nach 3 – 4 Jahren 250 Mitglieder. Seither schrumpft er. Die Gründer hatten mit ihrer Begeisterung viele um sich her mit angesteckt. Es wirkte sich das damals (?) wichtige Zusammengehörigkeitsgefühl, das Heimatgefühl aus. Doch was sollte diesen Verein für die später Hinzukommenden attraktiv machen, für die jüngeren Generationen?

Konfliktpotenziale bleiben, Konflikte sind nicht alle ausgeräumt

Auch sind das Verständnis und die Motive zur ehrenamtlichen Arbeit unterschiedlich gelagert. Engagieren sich die Älteren, um „ihres Haus“ willen, um soziale Kontakte und „Heimat“ zu haben und zu pflegen, so die Jüngeren eher dort, wo es den Kindern gut geht (und entsprechend nur solange die Kinder in die Einrichtung passen).

Damit verwoben ist anderer Konfliktstoff:

Etwa das Gefühl der Älteren „Früher war viel mehr Wärme im Haus.“ Verständlich und eine treffende Beobachtung: Die Nestwärme der ersten Jahre ist durch die Betriebsamkeit (wir haben in normalen Wochen ca. 1.000 Besucher und Nutzer) weggeweht. Man begegnet Fremden, von denen man nicht weiß, was sie hier tun und treiben und „die grüßen nicht mal...“.

Konflikte gehören zum Leben

Mit diesen Konflikten sind wir bereits mitten im gegenwärtigen Prozess der Entwicklung unseres Nachbarschaftshauses. Und was ich in diesem Fall für uns wichtig halte, ist unter Umständen auch übertragbar auf andere Einrichtungen.

Spannungen und Konflikte sind nichts schlechtes für ein Nachbarschaftshaus, das ja den Kiez und das Lebensumfeld spiegelt. Jedenfalls so lange nicht, wie in diesem Haus auch die Bedingungen zur Konfliktlö-

sung oder Konfliktbewältigung vorhanden sind und wirken. Das ist der Punkt und aus ihm ergibt sich die wichtige Frage: Wie kann der Druck aus den Spannungen positiv, nämlich konstruktiv, genutzt werden? Bei uns ist aus dem Gefühl des Verlustes der „Wärme im Haus“ eine Bewegung entstanden, die mittels eines neu eingerichteten „Dielendienst“ die Zusammengehörigkeit, das Wohlfühlen und die persönliche Note im Haus (wieder) befördern will.

Ein anderer Punkt ist, dass im Vorstand (und/oder in anderen zentralen verantwortlichen Gruppen) die verschiedenen „Strömungen“ Platz haben sollten. So dass diese Gruppen wiederum Spiegel der Einrichtung werden. Das ist vielleicht eine Binsenweisheit, aber – wie ich aus leidvoller Erfahrung weiß – einfacher gesagt als umgesetzt.

Zum Schluss

Zum Schluss noch eine Erfahrung, die nicht erst wir mit unserem Umbau gemacht haben und die schon bei den Vorbereitungen zu einer solchen Umgestaltung beachtet werden sollte: Eins und eins ist dabei nicht zwei, sondern etwas anderes, etwas neues. Oder anders gesagt: der neu hinzukommende Teil kommt nicht einfach nur dazu, sondern er verändert die gesamte Einrichtung. Und dieser ganze Prozess der Umgestaltung ist meiner Meinung nach ab einer gewissen Größenordnung nicht mehr 100% steuerbar. Irgendwo kommt es unweigerlich zu Überraschungen. Deshalb sollte ein möglichst großer Teil der Ehrenamtlichen, der Nutzer und Besucher des Hauses von den Vorhaben wissen und sie unterstützen. Dadurch sind die Veränderungen und Erneuerungen erklärbar und zerstören nicht die Identifikation mit der bisher gekannten und „geliebten“ Einrichtung. Allerdings liegt auch in langen Diskussionen um die Zukunft eine Gefahr, nämlich die Mobilisierung von Widerständen bei den bisherigen Nutzern, die die angestrebte Entwicklung erschwert oder gar verhindert. Aber eine „zu vorsichtige Informationspolitik“ die diese Gefahr umgehen will, kann ebensolche oder noch größere Ängste schüren und so zu einer nicht mehr reparablen anhaltenden Blockadehaltung allem Neuen gegenüber führen.

So gehört es zu den wichtigen Vorbereitungen für den Umbau: für eine offensive Zukunftsdiskussion in der Einrichtung das richtige Maß und die richtige Ausrichtung zu finden, die möglichst viele für den mutigen Schritt nach vorn mobilisiert.

*Christof Lewek ist Leiter und Geschäftsführer des
FreiZeitHauses in Berlin-Weißensee*

Das Wuppertaler Patenprojekt Generationsübergreifend gut!



Die Idee erschien einfach: Junge Menschen auf ihrem Weg ins Berufsleben mit ehrenamtlichen Paten zu begleiten. Allerdings brauchte es für die Umsetzung - wie so oft im Leben - den richtigen Augenblick. Der kam, als die Möglichkeit bestand, über das Projekt „Lokales Kapital für soziale Zwecke - LOS“ eine Anschubfinanzierung für das Wuppertaler Patenprojekt zu bekommen.

Unser Stadtteil

Der Wuppertaler Stadtteil Ostersbaum in Wuppertal-Elberfeld, in dem das Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. seit 1948 gemeinwesenorientierte Arbeit leistet, zählt zu den „armen“ Stadtteilen in Wuppertal, bedingt durch eine hohe Arbeitslosenquote, viele Hartz-IV-Empfänger und einen hohen Migrantenanteil. Ostersbaum ist seit Dezember 1998 im Landesprogramm „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“.

Ehrenamtliche Paten aus anderen Stadtteilen

Das Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. arbeitet in fünf Fachbereichen generationsübergreifend an der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Stadtteil Ostersbaum: Kindergarten, Offene Tür für Kinder und Jugendliche, Stadtteilbüro, Seniorenforum und Internationales Begegnungszentrum. Vorrangige Zielgruppe potentieller Paten waren ursprünglich „junge Alte“, die gerade ihr Berufsleben abgeschlossen und Zeit für neue Projekte hatten. Überraschenderweise zeigte sich jedoch, dass vor allem Berufstätige - etabliert und erfolgreich in ihren jeweiligen Branchen - diejenigen waren, die jungen Menschen bei ihren ersten Schritten in den eigenen Beruf Hilfestellung leisten wollen. Faszinierend ist darüber hinaus, dass die Paten - im Durchschnitt Anfang vierzig - nicht im Stadtteil Ostersbaum wohnen oder ihn näher kennen; nun aber regelmäßig durch das Wuppertaler Patenprojekt in den Stadtteil kommen.

Die Patenkinder

Die Patenkinder besuchen weiterführende Schulen im Stadtteil, die sich zur Kooperation mit dem Wuppertaler Patenprojekt bereit erklärt haben. Die Jugendlichen streben entweder einen Haupt- oder einen Realschulabschluss an. Die kulturelle Herkunft oder die Schulnoten sind für die Teilnahme am Projekt zunächst irrelevant. Einzige Aufnahmebedingung für die Jugendlichen ist der persönliche Wunsch, sich mit Hilfe eines Paten aktiv eine berufliche Perspektive zu

erarbeiten. Zielgruppe sind in erster Linie Jugendliche, denen im Elternhaus aufgrund von Sprachschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen, die in der Berufsfindungsphase notwendige Unterstützung nicht gegeben werden kann und auch das für die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz notwendige Wissen fehlt.

Die Paten

Die Paten entstammen unterschiedlichen Branchen. Sie sind Architekten, Handwerker, Kaufleute oder Anwälte und bringen für die Ausbildungspatenschaft die nötige Berufs- und Lebenserfahrung mit. Gemeinsam ist allen die Bereitschaft, ehrenamtlich über zwei Jahre ihr Patenkind auf dem Weg in eine berufliche Zukunft zu begleiten. Von der gemeinsamen Suche nach dem passenden Ausbildungsberuf, über die aktive Bewerbungsphase bis hin zu praktischen Hilfestellungen bei den ersten Schritten ins Berufsleben fungieren sie als persönliche Ansprechpartner und Ratgeber.

100 Absagen und mehr

Die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt bringt es häufig mit sich, dass Jugendliche oft über 100 Absagen auf ihre Bewerbungen erhalten, bevor es mit einem Ausbildungsvertrag klappt. Hier sind insbesondere die Paten gefragt, ihre Patenkinder immer wieder neu zu motivieren. Besonders die Bereitschaft der Patenkinder, ihre Ferien für freiwillige Praktika - die sie mit Hilfe ihrer Paten finden - zu nutzen, um praktische Berufserfahrungen zu sammeln, führt dazu, dass sie ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz steigern können.

Bewerbungsmappen und Nachhilfe

innerhalb des Wuppertaler Patenprojektes erhalten die Jugendlichen kostenlose Berufsfindungstests, Bewerbungs- und Vorstellungstrainings, Kompetenzschulungen, individuelle Coachings und vor allem ansprechende und vollständige Bewerbungsmappen mit professionellen Fotos.

Darüber hinaus haben sich Paten bereit erklärt, selbst organisierte, ehrenamtliche Nachhilfen für die Patenkinder wöchentlich in den unterschiedlichsten Schulfächern zu geben. Die Nachhilfe zeigte oft spürbare Wirkungen auf die Noten und die Zeugnisse. Die meisten Patenkinder konnten sich um mindestens eine Durchschnittsnote verbessern und damit auch ansprechende Abschlussnoten erreichen.

42 Paten, 42 Patenkinder, 100 kleine Unternehmen

Innerhalb von zwei Jahren hat sich das Wuppertaler Patenprojekt beeindruckend entwickelt. In ihm arbeiten heute - unter der Schirmherrschaft des Wuppertaler Oberbürgermeisters Peter Jung - bereits 42 ehrenamtliche Ausbildungspaten. Ebenso viele Patenkinder werden auf ihrer Suche nach einer beruflichen Perspektive persönlich beraten und begleitet. Mittlerweile unterstützen ca. 100 kleine und große Unternehmen über ein umfassendes Netzwerk die Arbeit. Sie stellen Praktikumsplätze und Ausbildungsplätze bereit oder beteiligen sich als Sponsoren am Projekt. Maßgeblich finanziell unterstützt wird das Wuppertaler Patenprojekt seit Mai 2005 durch die Dr. Werner Jackstädt-Stiftung. Durch deren Beteiligung konnte, nach der LOS-Anschubfinanzierung, die weitere Projektförderung für weitere zwei Jahre gewährleistet werden.

Ehrungen und Preise

Im Sommer 2005 hat das Wuppertaler Patenprojekt den 1. Preis im Bundeswettbewerb „Fit-for-job“ der Wirtschaftsjuvenen gewonnen und wurde Stipendiat der Bundesinitiative der Wirtschaft „startsocial 2005“ zur Förderung sozialer Projekte und Ideen.

Das Wuppertaler Patenprojekt ist ein wegweisendes Beispiel für eine generationsübergreifende Hilfe. Ermöglicht wird die professionelle Umsetzung der Idee des Wuppertaler Patenprojektes durch die Unterstützung vieler Wuppertaler Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen. Das Projekt nutzt die vorhandene Ressourcen beruflich etablierter Menschen und engagierter Unternehmen zugunsten derer, die bei ihrem Start ins Berufsleben benachteiligt sind. Paten, Patenkinder und Unternehmen lernen miteinander und voneinander. Daher ist es unbedingt notwendig, das bis dahin aufgebaute Netzwerk weiter auszubauen, um weiteren Jugendlichen Chancen und Perspektiven für ihre berufliche Zukunft zu bieten.

Weitergehende Informationen erhalten Sie unter: www.patenprojekt.de



Bengt Jacobs

Die Stadtteilkantine im LABYRINTH

In der Vorweihnachtszeit des vergangenen Jahres wurde in Greifswald und Umgebung kräftig Geld gesammelt. Nicht für die Opfer einer fernen Naturkatastrophe oder eines grausamen Krieges, sondern für ein Projekt vor der Haustür sozusagen.

Die Lokalredaktionen der „Ostseezeitung“, der lokalen Tageszeitung im Nordosten Deutschlands, unternehmen seit mehreren Jahren die OZ-Weihnachtsaktion. Die Spenden kommen sozialen Einrichtungen unmittelbar vor Ort zu Gute. Und die Spendenbereitschaft der Leserinnen und Leser ist immens, obwohl wir uns in einem Gebiet der Bundesrepublik mit sehr geringen Nettoeinkommen, den wenigsten Spareinlagen und einer sehr hohen Arbeitslosigkeit befinden. Aber mit der Gewissheit, dass das Geld auch tatsächlich bei denen ankommt, für die es bestimmt ist, nimmt auch die Bereitschaft zum Geben zu. Im Laufe von nur vier Wochen kamen insgesamt 22.300,- Euro zusammen! Die meisten Spender waren Privatpersonen, und die Beträge lagen im zweistelligen Bereich. Nur wenige haben bisher um eine Spendenquittung gebeten. Einige Firmen gaben auch größere Beträge. Der Löwenanteil aber kam von den Einzelspendern.

Was für ein Projekt

Was war das für ein Projekt, für das so viele Menschen bereitwillig etwas von ihrem Geld abgeben wollten, um es zu unterstützen? Eigentlich eine ganz simple Sache: eine Kantine für einen Stadtteil von Greifswald, in der es preiswertes Essen geben sollte. Fast zu profan, als dass man die Idee ernst nehmen könnte, aber offensichtlich für viele eingängig und nachvollziehbar. Scheinbar gibt es ein Bewusstsein dafür, dass es in unmittelbarer Nachbarschaft Menschen gibt, denen mit einem preiswerten Essen sehr geholfen ist. Die Idee dazu gab es schon eine ganze Weile, mindestens anderthalb Jahre lang.

15jähriges Gründungsjubiläum

Und der Verein, der die Stadtteilkantine ins Leben gerufen hat, begeht in diesem Jahr sein 15jähriges Gründungsjubiläum. Die Initiative für sozialpädagogi-

sche und soziokulturelle Arbeit e.V. wurde unmittelbar nach der „Wende“ von einer Hand voll Menschen in Greifswald gegründet mit der Idee, in Schönwalde II, einem Neubauvorort der alten Hansestadt, das Stadtteilzentrum LABYRINTH für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen. Räume waren sofort vorhanden, denn in Greifswald wie auch in den übrigen Gemeinden der neuen Bundesländer standen innerhalb kürzester Zeit massenhaft Kindertagesstätten leer, da nach 1990 die Geburtenrate rapide zurückging. Allerdings suchten viele schulpflichtige Kinder und Jugendliche nach Anlaufpunkten, denn jetzt war die Schule nur noch für die Wissensvermittlung zuständig und nicht mehr für die Freizeit. Damit war die Hauptaufgabe für das neugegründete LABYRINTH klar. Und auch ein Auftraggeber war vorhanden. Das Jugendamt beauftragte den ISSA e.V., im LABYRINTH offene Jugendarbeit zu machen und förderte dies auch finanziell. Die eigentliche Idee der stadtteilbezogenen und generationsübergreifenden Gemeinwesenarbeit geriet dabei nicht aus den Augen. In den Räumen des LABYRINTH trafen und treffen sich Seniorinnen und eine Selbsthilfegruppe suchtkranker Menschen. Eine Volkstanzgruppe probt hier, es finden Gesundheitskurse und öffentliche Versammlungen statt. Die Anwohnerinnen und Anwohner können für Familienfeiern Räume mieten. Allerdings lag und liegt der Schwerpunkt der Arbeit des ISSA e.V. bei den Kindern und Jugendlichen. Und in der öffentlichen Wahrnehmung ist das LABYRINTH bis vor kurzem ein Offenes Kinder- und Jugendhaus gewesen.

Änderungen

Das ändert sich gerade mit dem Betrieb der Stadtteilkantine. Jetzt wird es mehr zu einem Stadtteiltreff. Der Wunsch, regelmäßig an den Wochentagen ein warmes Mittagessen anzubieten, entstammte ursprünglich auch der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Sehr häufig haben wir die Erfahrung machen müssen, dass Kinder nur unregelmäßig warme Mittagessenszeiten zu sich nehmen. Nach unserer Einschätzung ist die Ursache dafür in veränderten Lebensgewohnheiten der Familien zu suchen und dass dem Mittagessen oft kein hoher Stellenwert mehr beigemessen wird. Wir glauben erkennen zu können, dass die Ursache nicht vorrangig im Mangel an finanziellen Mitteln liegt. In der Regel verfügen die Kinder und Jugendlichen über das Geld, sich Pommes, Chips, Cola oder Döner zu kaufen. Immer, wenn wir diese Problematik mit anderen Verantwortlichen aus Schule, Jugendamt oder Gesundheitsfürsorge besprachen, liefen wir offene Türen ein.

Mittagessen für Kinder

Also lag es nahe, ein eigenes Konzept zu entwickeln, wie im LABYRINTH eine Mittagsversorgung möglich sein könnte. Erste Prämisse war, dass wir keine Ausschlusskriterien aufstellen wollten. Ziel sollte es sein,

dass jeder, der will, auch kommen und essen darf. Grundlegende Überlegung hierfür ist die Überzeugung, dass die Formulierung von Bedürftigkeitsregeln erstens diskriminiert, zweitens Kontrolle erforderlich macht und drittens unserem Ansatz von Integration entgegensteht. Des Weiteren sollte das Essen möglichst gut und trotzdem preiswert sein. Preiswert im Sinne von Jugendlichen bedeutet weniger, als ein Döner kostet, also unter 2,50 Euro. Und letzter Aspekt war, dass uns klar war, dass wir nicht selbst kochen können, weil uns dafür die räumlichen und personellen Bedingungen fehlen. Also blieb uns nur die Suche nach einem Partner, der bereit und in der Lage war, uns das gewünschte Essen regelmäßig zu einem Fixpreis zu liefern. Diese Suche gestaltete sich erwartungsgemäß schwierig. Das Problem bestand vor allem darin, dass wir eben keine Zugangsbeschränkungen errichten wollten. Damit kamen gemeinnützige Anbieter wie Ausbildungs- und Lehrküchen aus Wettbewerbsgründen als Lieferanten nicht in Frage. Wenn jeder bei uns essen kann, dann konkurrieren wir mit anderen Anbietern und dürfen deshalb kein „gefördertes“ Essen anbieten. So jedenfalls lautete die Argumentation der Industrie- und Handelskammer. Dass die Menschen, für die wir dieses Angebot entwickelten, auch sonst zu keinem anderen Anbieter gehen würden, war leider nicht vermittelbar.

Catering

Somit blieben nur die kommerziellen Großküchen als Alternative. Und hier hatten wir bei der Suche großes Glück. Eine auf Lieferdienste spezialisierte Küche ließ sich darauf ein, uns für 2,00 Euro (!!) pro Portion zu beliefern. Ohne langfristige Vertragsbindung, ohne Mindestabnahmeverpflichtung und bei Bestellung jeweils zum nächsten Tag. Diese Küche beliefert regelmäßig Kindergärten und Schulen, und wir hatten nur Gutes über das Essen gehört. Und dabei ist es bisher auch geblieben. Seit dem 03.02.2006 bieten wir im LABYRINTH immer montags bis freitags von 11.30 bis 14.00 Uhr ein warmes Mittagessen an. Der Speiseplan für die nächste Woche kommt immer donnerstags. Das Essen ist „Hausmannskost“ und abwechslungsreich. Wir haben keinen Einfluss auf die Plangestaltung, aber das wollen wir auch gar nicht. Wir müssen viel mehr darauf achten, dass wir mit unseren Bestellungen richtig liegen, denn das Risiko dafür ist bei uns. Wir reichen den Preis von 2,00 an unsere Gäste weiter. Das bedeutet, der ISSA e.V. hat keinen Gewinn am Essen und muss für alle weiteren Unkosten aufkommen. Das können wir, weil wir den Raum mitsamt der Einrichtung auch für private Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Mit den Raumnutzungsgebühren können wir die laufenden Kosten der Kantine decken.

Vollständig aus Spendenmitteln

Die Ausstattung der Kantine konnte vollständig aus den Spendenmitteln bezahlt werden. Wir mussten



zwar etliche Auflagen aus hygienischer Sicht erfüllen, die recht kostspielig waren. Aber mit dem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein. Und unsere Gäste sind es auch. Wir haben den Raum, der auch bis dahin für die Gemeinwesenarbeit genutzt wurde, neu eingerichtet. Es gibt jetzt fünf Tische mit je vier Plätzen, eine fahrbare Essenausgabe, eine Abwäsche und einen Personalbereich. Die Gruppen, die den Raum bisher genutzt haben, können dies auch weiterhin tun und finden jetzt sehr viel bessere Bedingungen vor. Damit

die Kantine überhaupt funktionieren kann, sind wir eine Kooperation mit einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft eingegangen. Diese koordiniert in Greifswald den Einsatz von Empfängern von Arbeitslosengeld II im Rahmen von Mehraufwandsentschädigung. Grundsätzlich haben wir mit der Idee, die hinter diesen so genannten „1-Euro-Jobs“ steht, große Schwierigkeiten. Die Unterstellung, Arbeitslose müssten nur wieder an Arbeit „gewöhnt“ werden, dann würden sie schon wieder Erwerbsarbeit finden, ist einfach haarsträubend. Die meisten Langzeitarbeitslosen, die uns aus unserer Arbeit bekannt sind, können auf dem sehr dünnen Arbeitsmarkt in Vorpommern keine Arbeit finden, weil es einfach keine Arbeitsplätze für sie gibt.

Unser Ansatz

Wir sehen unser Engagement in diesem Bereich in erster Linie als einen Beitrag zur sozialen Integration. Menschen, die in ihrer Erwerbsbiografie einen Bruch erleben mussten und die über Jahre ausschließlich im privaten Umfeld lebten, unterliegen der Gefahr, sich zu isolieren. Und der Eindruck, in der Gesellschaft nicht gebraucht zu sein, kann dies noch untermauern. Bisher haben wir immer Menschen kennen gelernt, die bereit waren, sich zu engagieren und sich über das übliche Maß hinaus einzubringen, wenn sie erlebten, dass ihre Leistung anerkannt und gewünscht wird. Auch dieses Mal haben wir wieder großes Glück gehabt, denn auf diesem Wege sind zwei Kolleginnen zu uns gestoßen, die die Kantine führen, als hätten sie bisher noch nie etwas anderes getan. Sie sind für die Essenausgabe verantwortlich, machen die Bestellungen, bereiten den Raum vor und übernehmen die Reinigung. Damit sind zwei Personen sechs Stunden

am Tag gut beschäftigt. Im Moment versuchen wir, für unsere beiden Kolleginnen diese MAE-Stellen nach Maßnahmeende als ABM-Stellen weiterzuführen, um ihnen eine Perspektive zu bieten und damit wir den Kantinenbetrieb weiterhin in guten Händen wissen.

Nicht nur Essen

Das Erstaunliche ist, dass wir derzeit insbesondere eine Zielgruppe erreichen, die wir zwar in der Planung durchaus im Blick hatten, allerdings eher am Rande. Die Kantine wird überwiegend von älteren Menschen genutzt! Zunehmend wird sie auch als kommunikativer Treffpunkt wahrgenommen. Die Menschen kommen nicht mehr nur zum Essen, sondern bleiben und trinken gemeinsam noch einen Kaffee, verabreden sich für den nächsten Tag. Damit hat sich unser Ansatz bewährt, allen die Möglichkeit zu geben, die Kantine zu besuchen und die Einrichtung nicht auf eine Personengruppe zu beschränken. Wir sind sehr froh, dass dieses Projekt solch eine Dynamik entwickelt hat. Das LABYRINTH ist damit plötzlich im Gespräch bei vielen Menschen im Stadtteil und unsere Arbeit wird jetzt neu wahrgenommen. Jugendarbeit ist nicht immer von allen wohl gelitten, und die Kommunikation zwischen Jung und Alt könnte manchmal besser sein.

Auf gutem Weg mit Jung und Alt

Mit diesem neuen Projekt sind wir auf einem guten Weg dahin. Nicht nur die Liebe geht manchmal durch den Magen. Unsere Perspektive sehen wir insbesondere in der generationsübergreifenden Arbeit im Stadtteil. Und im Ehrenamt, denn die dauerhafte Förderung solcher Projekte ist kaum zu erwarten, auch wenn Frau von der Leyen, die Ministerin für Jugend, Familie und Senioren, Mehrgenerationenhäuser als neue Lösung proklamiert und wohl auch modellhaft und in der Fläche fördern will. Es wäre zu wünschen, dass diese Idee sich durchsetzt. Denn bisher sind die Fördermöglichkeiten fein säuberlich nach Zielgruppen und altersspezifisch getrennt. Und noch einmal so eine Spendenaktion wie in der vergangenen Adventzeit wird es für das LABYRINTH wohl nicht so schnell geben. Aber mit dem jetzt Vorhandenen können wir vorerst sehr gut arbeiten. Und das große Interesse sowie der starke Zulauf ist für uns ein Signal, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Greifswald, April 2006

Bengt Jacobs, Teamleiter im LABYRINTH

E-Mail: leitung@im-labyrinth.de

Der ISSA e.V. ist seit 2005 Mitglied im Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.

Das LABYRINTH befindet sich in der Maxim-Gorki-Strasse 1 in 17491 Greifswald/ Mecklenburg-Vorpommern. Mehr Informationen finden Sie unter <http://www.im-labyrinth.de>.

Bericht über die mitSPIELtagung *Fachtagung zu spielerischen Verfahren vom 20.2. bis 21.2.2006, Leipzig*

Ziel: Förderung von Kreativität, Kommunikation und Kooperation in Städten und Dörfern, in Unternehmen sowie in der Jugendarbeit, in Schule und Nachbarschaft; Spartenübergreifender Erfahrungsaustausch zu allen Bereichen des Themas Spiel.



Spielen macht Spaß
...und kann neue
Impulse setzen.

Die mitSPIELtagung,
die das Netzwerk
Südost e.V. vom 20.
bis 21.02.2006 in

Leipzig veranstaltete, setzte einen neuen Akzent in der „spielerischen“ Verbindung der Bereiche Spiel, integrierte Stadt- und Regionalentwicklung und methodische Instrumente im Training.

75 Teilnehmer und Referenten aus Deutschland, Österreich, Schweiz, Ungarn, Belgien und Frankreich spielten, diskutierten miteinander und knüpften dabei neuartige Netzwerke. Gerade die Verbindung der Fachbereiche Stadt- und Regionalentwicklung/Stadtmarketing, Personal- und Kommunikationstraining in Unternehmen sowie Jugendarbeit/Nachbarschaftsbildung erwies sich als außergewöhnlich produktiv.

Interdisziplinäre Fachlichkeit

Entscheidend dafür waren die fachlich gemischte Teilnehmerschaft und erstklassige Referenten wie z.B. Dr. Carlheinrich Heiland, Hochschullehrer für Marketing an der Universität Hamburg, oder Tom Werneck, Mitglied der Jury „Spiel des Jahres“. „Die verschiedenen Disziplinen auf dem Spielesektor driften mit zunehmender Spezialisierung immer weiter auseinander. Die Veranstaltung in Leipzig ist der erste erfolgreiche Ansatz, Erfahrungen auszutauschen und über den Tellerrand zu blicken“, so Werneck zur mitSPIELtagung.

Das Thema Lernspiele ist nicht neu.

Neu aber war der gemeinsame Arbeitsprozess, Kriterien für die Methodenauswahl von Spielen als Instrumente zur Förderung von Kreativität, Kommunikation und Kooperation aufzustellen und damit Impulse für die Spielanwendung sowie auch Spielneuentwicklungen zu setzen.

Gemeinsam wurden dazu Spiele als Lerninstrumente ausprobiert und ihre Einsatzmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen diskutiert. Das Spiel-Spektrum reichte von „Leben. Lieben. Kreuzchen machen.“, einem Planspiel zur Kommunalwahl vom Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. über Brettspiele zur Stadtentwicklung wie der Prototyp „BürgerMeister“ von raumtaktik, Berlin, bis zum „Endlos-Spiel“ und anderen fachlichen Lernspielen im Busi-

ness-Kontext, vorgestellt durch Axel Rachow, Spiel erfahrener Trainer und Spieleautor von DART-Consulting aus Köln. Input für die Diskussion zu Möglichkeiten und auch Grenzen von Spielen als Instrumente gaben Referate wie „Lernen durch Spiele - Physiologische und psychologische Prozesse während eines Spiels“ von Dr. Marion Bönsch-Kauke, Psychologin und Privatdozentin aus Berlin.

„Das war super-interessant und hat auch noch richtig Spaß gemacht. Die mitSPIELtagung in Leipzig war definitiv die erste Konferenz zum Thema Spiel, auf der Interessierte aus unterschiedlichen Fachbereichen zusammengekommen sind. Das hat der Spieleszene bisher gefehlt, und keiner hat's gemerkt. Ich war total überrascht, wo überall Spiele zum Einsatz kommen und habe viele neue Kontakte geknüpft und Anregungen mitgenommen. Das sollte unbedingt regelmäßig wiederholt werden, denn durch die Vernetzung der Leute entstehen ganz neue Ideen und Möglichkeiten für den Einsatz von Spielen.“, meinte Holger Scheibig, Raumplaner von conceptfabrik, Berlin, Spieleautor und Teilnehmer der mitSPIELtagung.

Neuer Termin

Die mitSPIELtagung - so die einhellige Meinung vieler begeisterter Teilnehmer - wird sich in Deutschland/Österreich/Schweiz etablieren, nicht weil ein Träger eine weitere Veranstaltung erfunden hat, sondern weil der Bedarf an einem hochklassigen Podium zum Erfahrungsaustausch und einer Kontaktbörse zur Verbindung von Praxis und Grundlagen des Spieles außerordentlich groß ist. Das Team der mitSPIELtagung plant eine Neuauflage im Februar 2007 in Leipzig. Interessenten können sich über www.mitspieltagung.de bereits jetzt in den Einladungsverteiler aufnehmen lassen.

Weitere Informationen zum Programm mit den Abschnitten „Entdecken“, „Lernen“, „Unternehmen“, zu Referenten und Teilnehmern sowie Fotos von der mitSPIELtagung unter www.mitspieltagung.de Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Georg Pohl, Annette Ullrich

Stötteritzer Str. 43

04317 Leipzig

Tel.: 0049-341-9902309

Email: nw-suedost@t-online.de

Leben in Nachbarschaft

Stadtteilzentren in Berlin - eine mediale Präsentation -

Die folgenden Seiten dokumentieren die gesprochenen Texte einer „Präsentation“ zur Arbeit der Berliner „Stadtteilzentren“ (unter diesem Begriff werden in Berlin programmatisch und förderungstechnisch Nachbarschaftshäuser und Selbsthilfekontaktstellen zusammengefasst).

Zusammen mit Bilderserien, die sie begleiten, vermitteln die Texte einen „emotionalen Einstieg“ in die wesentlichsten Arbeitsbereiche und Denkansätze der Nachbarschaftshäuser. Ob dies Vorhaben gelungen ist, lässt sich am besten beurteilen, wenn man sich das gesamte Produkt ansieht und anhört.

Wer über eine schnelle Internetanbindung und einen PC mit Soundkarte verfügt, braucht dafür nur den folgenden Link anzuklicken: <http://datenbank.spinnenwerk.de/vska/praesentation/>

Die Präsentation, die neben den „emotionalen Einstiegen“ umfangreiches Informationsmaterial und Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Arbeit der Stadtteilzentren enthält, gibt es aber auch auf CD und kann beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit bestellt werden (Details dazu auf S. 31)

Mit der Präsentation wurde die bewährte Zusammenarbeit mit der Medienwerkstatt Berlin e.V. fortgesetzt, mit der der Verband für sozial-kulturelle Arbeit schon die DVD zum bürgerschaftlichen Engagement in Nachbarschaftshäusern gemeinsam produziert hatte.

Hilfe zur Selbsthilfe

Schenkt den Menschen keine Fische, sondern lehrt sie das Fischen

Ein ganz normaler Tag: Menschen auf den Straßen, auf dem Weg zu Arbeit, beim Einkauf, im Gespräch. Menschen mit ihren Sorgen und Problemen, mit ihren Krankheiten und Konflikten. Wie gehen sie damit um?

Sie haben gelernt, sie zu delegieren: die Konflikte an den Anwalt und die Steuererklärung an den Steuerberater, für die seelischen Probleme ist der Therapeut und für die Krankheiten ist der Arzt zuständig.

Doch der Preis dafür ist hoch. Wer kann die fremden Dienste bezahlen? Und wo bleibt unsere eigene Kompetenz? Mit der fremden Leistung verlieren wir an Einfluss. Wir bezahlen mit dem Verlust an Selbstvertrauen, verlieren den Glauben an die eigene Kraft.

Was ist die Alternative?

Eine Selbsthilfegruppe auf ihrem monatlichen Treffen. Ihre Krankheit hat sie zusammen gebracht und der Wille, gemeinsam etwas zu tun. Gespräche über die eigene Krankheit stoßen auf Interesse, weil die anderen sie auch haben. In der Gruppe werden Erfahrungen ausgetauscht, neuer Mut wird geschöpft. Es wird gelernt, mit der Krankheit zu leben.

Hilfe zur Selbsthilfe. Das Leben wird wieder in die eigene Hand genommen. Gesundheit und Lebensumstände werden aus eigener Kraft verbessert. Betroffene werden zu Helfern.

Hilfe zur Selbsthilfe schließt professionelle Hilfe von Experten nicht aus, im Gegenteil. Das Wissen der Experten und die Erfahrungen von Betroffenen, sie machen die eigene Entscheidung nur kompetenter.

Doch Hilfe zur Selbsthilfe ist kein Selbstläufer, sie muss angeregt, gefördert und begleitet werden. Sie braucht den Raum für Zusammenkünfte und Gespräche, sie braucht Gelegenheiten für den Austausch von Erfahrungen und Informationen. Hilfe zur Selbsthilfe braucht den Rückhalt in der Gruppe und Möglichkeiten, neue Verhaltensweisen zu entdecken und auszuprobieren.

Stadtteilzentren in Berlin: sie bieten die Umgebung, in der Hilfe zur Selbsthilfe entstehen und wachsen kann. Hier gibt es die Räume für Gespräche und Treffen. Hier werden Betroffene beraten, wird die Gründung und Arbeit von Selbsthilfegruppen unterstützt. In den Stadtteilzentren können Selbsthilfegruppen ihre Einladungen und Flyer herstellen und im Internet nach Informationen und Partnern recherchieren.

Bürgerschaftliches Engagement *... weil es auch Spaß macht*

Es ist Sonntag und Markt. Auf diesem Markt wird nicht gehandelt, hier wird getauscht. Selbstgemachte Marmelade gegen ausgelesene Bücher, Computerstunde gegen Thai-Massage. Einmal im Monat trifft sich der Tauschring im Nachbarschaftszentrum.

Am Anfang war die Idee: Leistung gegen Leistung tauschen. Ein Angebot für Menschen, die sich vieles nicht leisten können. Am Wohlstand der Gesellschaft teilhaben.

Das Nachbarschaftszentrum greift die Idee auf. Der Tauschring wird gegründet. Die Idee funktioniert und übertrifft alle Erwartungen. Der Tauschring wird zum Ort, wo Menschen ihre Fähigkeiten einbringen, wo Kreativität und Engagement ihren Tauschwert haben. Werte, die in Erwerbsarbeit oft nicht gefragt sind.

Gymnastik für ältere Leute. Vorsorge, die sich auszahlt und vom Gesundheitssystem kaum noch bezahlt wird. Die Gymnastik findet statt, weil die ehemalige Ärztin hier eine neue Aufgabe gefunden hat. Im Nachbarschaftshaus kann die 80jährige ihre Kompetenz und Erfahrungen aus vielen Berufsjahren einbringen. Und sie findet die Anerkennung, die ihr zukommt.

Die Buchhaltung, für viele eher eine unangenehme Arbeit. Frau Fritsche macht sie freiwillig für das Nachbarschaftszentrum. Sie hat als Krankenschwester gearbeitet und fünf Kinder groß gezogen. „Ich kann die Hände nicht in den Schoß legen“, sagt sie, „aber heute bestimme ich selbst, was ich tue, und das muss Spaß machen“.

Die KITA im Nachbarschaftszentrum. Die jährliche Weihnachtsfeier. Die Eltern haben so viel Spaß wie ihre Kinder. Darum beteiligen sie sich auch an der Vorbereitung. Die Eltern gehören zur KITA, sie begleiten die Kinder ins Schwimmbad, packen an bei Reparaturen, gestalten die Räume und springen schon mal ein, wenn eine Kindergärtnerin ausfällt. Warum ihr Engagement? Damit es ihrem Kind gut geht?

Bürgerschaftliches Engagement: Menschen bringen sich ein, freiwillig und unentgeltlich. Was sind ihre Motive? Am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Wo Menschen ins Abseits geraten, weil sie alt sind, einer anderen Kultur angehören, raus aus der Erwerbsarbeit sind. Engagement gegen Ausgrenzung. Andere entdecken das bürgerschaftliche Engagement als Freiraum, eigene Interessen zu verwirklichen, Kreativität zu entfalten. Ein Engagement, das die Erwerbsarbeit oft nicht zulässt.

Stadtteilzentren in Berlin: sie sind der Ort, wo bürgerschaftliches Engagement entstehen und sich entfalten kann.

Das beginnt bei der Beratung von Menschen, die sich engagieren wollen. Nachbarschaftszentren fragen nach ihren Interessen und Wünschen, bereiten Ehrenamtliche auf ihre neue Aufgabe vor, begleiten sie in ihrer freiwilligen Arbeit.

Nachbarschaftszentren sind offen für Ideen, stellen Räume zur Verfügung, leisten finanzielle Unterstützung, bringen Projekte auf den Weg.

Bürgerschaftliches Engagement ist so vielfältig wie die Menschen selbst: es findet statt in Selbsthilfegruppen und Hospizarbeit, in der Tanz- und Theatergruppe, beim jährlichen Herbstfest oder im Kiezladen um die Ecke.

Nachbarschaftszentren bringen die Menschen zusammen: die helfen wollen mit denen, die Hilfe brauchen, Menschen mit Ideen mit denen, die mitmachen.

Bürgerschaftliches Engagement funktioniert, weil es ein Geben und Nehmen ist, weil Menschen Spaß am Leben suchen und weil sie Verantwortung übernehmen wollen.

Generationsübergreifende Arbeit

Man kann das Leben nur rückwärts verstehen, aber man muss es vorwärts leben
Sonntagsausflug. Die Jungen schieben, führen, begleiten die Alten. Die haben sich rausgewagt und sind in Bewegung.

Es hat sie keine Familienbande zusammen geführt, die Jungen und die Alten. Sie sind freiwillig auf Sonntagsausflug. Das Nachbarschaftszentrum hat es organisiert.

Wo kommen Generationen heute noch zusammen? Familienfeste werden zu den seltenen Gelegenheiten in einer Zeit, wo der Generationenvertrag so nicht mehr funktioniert.

Im Arbeitsleben steigen die Jungen immer später ein, die Alten werden immer früher herausgedrängt. In der Familie sind die jungen Menschen frühzeitig selbstständig, die Alten sind es immer länger.

Jede Generation schafft sich ihren Raum. Das ist gut so, doch was geht uns dabei verloren?

Das Theater der Erfahrungen. Ein Projekt der Nachbarschaftsarbeit. Die Faszination am Theater hat Menschen ganz unterschiedlichen Alters zusammen gebracht. Das Stadtteilzentrum bietet den Raum. Im gemeinsamen Spiel kommen sie zusammen, die Spontaneität und Neugierde der Jungen mit den Erfahrungen und der Besonnenheit der Alten. Dem Theater tut das gut, den Schauspielern und Zuschauern auch.

Hilfe bei den Schularbeiten, die Lesestunde für Kinder. Die Älteren haben die Geduld und die Zeit. Und sie werden gebraucht, in einer Zeit, wo 50jährige in der Arbeitswelt schon keinen Platz mehr haben.

Und so werden Nachbarschaftszentren zu Orten, wo Junge und Alte zusammenkommen, weil es freiwillig ist, weil Interessen verbinden, weil es Spaß macht und weil jeder davon Nutzen hat.

Und auch auf dem Sonntagsausflug scheint jeder auf seine Kosten zu kommen. Die Alten kommen mal raus. Werden wieder jung, wenn sie Geschichten aus ihrem Leben erzählen. Die Geschichten sind lustig, wenn man sie nicht jeden Tag hört. Und im Stillen denkt der Junge: Auch ich bin einmal alt.

Soziale Dienste *Mehr wert als sie kosten ...*

Besuch im Pflegeheim. Geredet wird über die Welt da draußen und hier drin: Über das Essen, über die Schwestern und über eine neue Brille, die fällig ist. Der Besucher hört zu, fragt nach und wird sich um die neue Brille kümmern. Bis zum nächsten Besuch.

Die regelmäßigen Besuche im Pflegeheim gelten keinem Verwandten oder nahem Freund. Erwin Preitsch ist einer der vielen ehrenamtlichen Betreuer. Gesetzlich eingesetzt übernehmen Betreuer die Verantwortung für Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen.

Er will etwas zurückgeben, sagt Erwin Preitsch, als er nach seiner Pensionierung eine neue Aufgabe sucht. Er findet sie im Betreuungsverein eines Nachbarschaftszentrums. Im Betreuungsverein wird er auf seine neue Aufgabe vorbereitet.

Betreuungsvereine, einer der vielen sozialen Dienste von Nachbarschaftszentren. Die sozialen Dienste kommen aus der Tradition der Nachbarschaftsarbeit: Soziale Probleme aus der Nachbarschaft aufgreifen und in der Nachbarschaft Hilfe organisieren. Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, von Familien, von Alten und Kranken.

Heute reicht das Angebot der Nachbarschaftszentren von der KITA bis zur Senioren-Tagesstätte, von der sozialen Beratung bis zur Sozialstation, von der Jugendarbeit bis zur Hospizarbeit.

Die KITA im Nachbarschaftszentrum. Hier findet Karsten Grefe die Tagesstätte für seine Kinder. „Das pädagogische Konzept der Erzieherinnen hat mich überzeugt“, sagt der Informatiker, „hier können sich meine Kinder entwickeln“. Und dafür bringt er sich selbst mit ein: Begleitet die Kinder ins Schwimmbad, gestaltet die Räume oder springt ein, wenn eine Erzieherin ausfällt.

Die Eltern mit einbeziehen, Kinderbetreuung nach den Interessen der Familien gestalten, das ist der Anspruch von Kindertagesstätten in Nachbarschaftszentren. Und es funktioniert, weil die KITA in der Nachbarschaft ist und weil man mit einander redet.

Warum sind Menschen bereit, sich in sozialen Diensten der Nachbarschaftszentren zu engagieren? Barbara Kapteyn hat sich vor Jahren für die Arbeit in der sozialen Hospizbewegung entschieden. Sie trifft die Entscheidung nach dem Tod einer Freundin, will anderen zur Seite stehen. Die Hospizarbeit hat ihr Leben verändert, sagt sie heute, sie kann besser mit Krankheit und Tod umgehen.

Für viele Menschen wird die Arbeit in sozialen Diensten zu einer wichtigen Erfahrung in ihrem Leben.

Das monatliche Treffen der Hospizmitarbeiter. Wer in den sozialen Diensten arbeitet wie in der Hospizbewegung braucht die Gruppe, die Qualifizierung für die neue Aufgabe, den Austausch von Erfahrungen mit anderen, die Diskussion von Problemen.

Soziale Dienste in Nachbarschaftszentren, dazu gehört auch die Vorbereitung der Mitarbeiter auf ihre schwierige Aufgabe, die Begleitung ihrer Arbeit.

Damit sichern die sozialen Dienste in Nachbarschaftszentren ihre hohe Professionalität. Was dazu kommt ist das Engagement der Mitarbeiter: Menschen, die Hilfe brauchen, ernst nehmen, ihre Interessen und Wünsche aufnehmen, Zeit für sie haben. Soziale Dienste der Stadtteilzentren beziehen Menschen, die sie betreuen, aktiv mit ein.

Stadtteileben *Hier bin ich zu Hause*

Leben und Wohnen im Kiez. Noch vor wenigen Jahren war hier ein so genannter Problemkiez von Berlin. Es fehlte, was einen Kiez mit Leben erfüllt: Geselligkeit, Geschäfte, Grünflächen.

Das Gebiet wurde in das Stadtentwicklungsprogramm die „Soziale Stadt“ aufgenommen. Mit Erfolg wie man sieht. Doch was bleibt nach der Förderung? Wird der Kiez aus eigener Kraft seine neue Lebensqualität erhalten?

Nachbarschaftszentren sind Partner in der Stadtentwicklung. Ihre Strategie: Stadteilarbeit, die auf Kontinuität setzt, weil sie die Menschen, die dort leben, mit einbezieht.

Stadteilarbeit: Der kleine Laden im Kiez. Fremden fällt er kaum auf. Für die Nachbarn gehört er längst dazu. Das war nicht immer so. Da mussten Menschen angesprochen werden. Dann kamen die Ersten, suchten Beratung; es ging um Ämter, Miete, Wohnung. Andere kamen wegen der Geselligkeit, hier war der Kaffee preiswert. Die Beratung ist geblieben und der Kaffee auch. Dazu gekommen sind kulturelle Angebote, soziale Dienstleistungen, Angebote von Nachbarn für Nachbarn.

Stadteilarbeit, die mitten im Kiez einen Ort hat, an dem die Anwohner miteinander ins Gespräch kommen, Probleme besprechen, Lösungen finden, Angebote wahrnehmen und selber machen.

Ein Nachbarschaftszentrum im Osten Berlins. Entstanden in der Wendezeit. Ältere Bürger besetzen das Haus, wollen ihren Ort für Treffen, für Geselligkeit und sinnvolles Tun. Das Engagement der Alten ist kein Zufall, der Anteil älterer Bürger in diesem Stadtteil ist hoch. Das hat sich geändert. Junge Familien entdecken den Bezirk. Und mit dem Bezirk verändert sich das Nachbarschaftszentrum. Neue Angebote für

Mütter, Kinder und Familien kommen dazu. Und so wird das Haus zu einem Ort, wo Generationen zusammenkommen und wo jeder seinen Raum hat.

Das Spektrum der Stadtteilarbeit ist breit, von Angeboten für Mütter, Familien und ältere Bürger über Kinderbetreuung und Jugendarbeit bis zu sozialen Diensten und kulturellen Veranstaltungen.

Bei aller Vielfalt: Das Lebensumfeld lebenswert machen, das ist die Philosophie von Stadtteilarbeit der Nachbarschaftszentren. Gemeinsam mit den Bewohnern und für alle, die dort leben.

Bewohner auf dem morgendlichen Weg zur Arbeit. Nicht selten ist der Arbeitsplatz im anderen Bezirk oder außerhalb der Stadt. Wer Arbeit hat muss mobil sein, flexibel und leistungsfähig. Mit der Mobilität wächst die Sehnsucht nach Stabilität, der Wunsch, nach Hause zu kommen. Und so gewinnen Stadtteile in Zeiten der Mobilität eine ganz neue Bedeutung

Integration

Integration lässt sich nicht verordnen

Karneval der Kulturen. Die bunte Vielfalt anderer Kulturen, ein Erlebnis für die Sinne. Internationale Kulturen. Sie gehören längst zum Alltag einer Großstadt wie Berlin.

Tausende ausländischer Bürger leben in unserer Stadt. Viele von ihnen seit Jahren und Jahrzehnten. Doch wie gut kennen wir sie? Was wissen wir darüber, in einem anderen Land zu leben, mit einer anderen Sprache, einer anderen Kultur, mit anderen Gesetzen und Regeln? Was wissen wir über ihre Probleme, in unserer Stadt Fuß zu fassen? Was wissen wir von ihren Interessen und ihren Träumen?

Die Freizeiteinrichtung eines Stadtteilzentrums, mittlerweile ein beliebter Treffpunkt türkischer Jugendlicher. Das Zentrum liegt im Kiez. Es bietet Unterhaltung und vielfältige Betätigungen. Hier können die Jugendlichen ihre Ideen und Talente entfalten, und hier können sie reden, über ihre Probleme und Erwartungen, über das Leben als Türke in Berlin.

Freizeiteinrichtungen: ein Ort, wo deutsche und ausländische Jugendliche zusammentreffen, freiwillig und zwanglos. Bei gemeinsamer Musik oder am Computer kommen sie ins Gespräch, lernen sich kennen und entdecken bei allen Unterschieden die gemeinsamen Interessen.

Das Cafe im Nachbarschaftszentrum. Ein Treffpunkt auch für türkische Frauen aus der Nachbarschaft. Wo das öffentliche Cafe tabu ist, findet sich hier die Gelegenheit zum Gespräch, unter Frauen und jenseits der Familie. Hier trifft man den deutschen Nachbarn, kommt ins Gespräch. Die Besuche im Nachbarschaftszentrum: nicht selten sind die der Anstoß für einen Deutschkurs. So lernen die Frauen die deutsche Sprache, gehen eigenen Interessen nach. Und ganz langsam entwickeln sie eine ganz neue Selbstständigkeit.

Eine Siedlung in Berlin-Kreuzberg. Wie kann hier Integration stattfinden, wenn ausländische Familien unter sich sind? Das Nachbarschaftszentrum hat eine Beratungsstätte eingerichtet. Hier im Kiez ist die Hürde geringer. Die Anwohner kommen mit ihren Sorgen und Fragen. Es geht um Wohnung und Arbeit, um Hilfen für die Familie. Andere Migranten bringen ihre Erfahrungen ein, und so wird die Beratungsstätte auch zu einem Ort, um Erfahrungen auszutauschen.

Integration in Stadtteilzentren: Sie beginnt bei den Jüngsten, bei der zweisprachigen Erziehung in der Kita. Sie geht von der Jugendarbeit bis zum Deutschkurs für Frauen, von der Beratung in Lebensfragen bis zum zwanglosen Gespräch zwischen Nachbarn.

Integration, die funktioniert, weil Nachbarschaftszentren offen sind für alle.

Nachbarn treffen zusammen mit ihren alltäglichen Sorgen und ihren ganz eigenen Interessen. Und so nimmt man die Unterschiede wahr und stellt zugleich fest, dass man im Alltag viel gemeinsam hat und das verbindet.

Kulturelle Arbeit Der Traum vom Salsatanzen

Berlin, eine Stadt der Kultur und Kunst, der Wissenschaft und Bildung. Kaum überschaubar die täglichen Angebote: Theater und Konzerte, Buchlesungen und Straßenfeste. Für jeden etwas, für jeden, der es sich leisten kann.

Das Herbstfest im Nachbarschaftszentrum. Hier kommen sie zusammen, die Familie mit ihren Kindern, der Rentner, der Künstler, der Lehrer, der Arbeitslose. Eben Nachbarn. Die Gespräche sind zwanglos, manchmal verabredet, manchmal zufällig.

Das Ereignis beginnt lange vor dem Fest. Wochen vorher läuft die Vorbereitung, wird der Dienst für Kuchen und Kaffee organisiert, das Programm erstellt, werden die Einladungen geschrieben

Kulturelle Arbeit in Nachbarschaftszentren, das ist kulturelle Arbeit zum Anfassen und Mitmachen.

Die Salsa-Tanzgruppe. Wer hat nicht schon einmal davon geträumt, auf der Bühne zu stehen, als Schauspieler, als Tänzerin? In Stadtteilzentren werden Träume wahr.

Das funktioniert, weil Interessen zusammenfinden: Da ist die Tänzerin, die anderen das Tanzen beibringen will, und da sind die Laien, die Tanzen lernen wollen. Und alle träumen vom Salsatanzen.

Der Aushang in einem Nachbarschaftszentrum. Eine bunte Vielfalt von kulturellen Angeboten. Sie entstehen, weil Menschen etwas aus ihren künstlerischen Neigungen, ihrem kulturellen Interesse machen wollen. In Nachbarschaftszentren können sie auf Unterstützung zählen. Sie stellen Räume bereit und informieren über die kulturellen Angebote.

Kulturelle Arbeit in Stadtteilzentren. Sie hat nicht den Anspruch, mit der großen Welt von Kultur, Kunst und Bildung zu konkurrieren. Es ist Kultur im Kleinen, gleich nebenan, oftmals ohne die ganz großen Erwartungen. Dafür ist sie zwanglos, offen für alle und eine Kultur die erschwinglich ist. Es ist kulturelle Arbeit, die Eigeninitiative braucht und dafür Lebensqualität bietet.



Die CD kann bei der Berliner Landesgruppe des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit gegen einen Unkostenbeitrag von 5 Euro incl. Versand bestellt werden:

Tucholskystr. 11
10117 Berlin
Tel. 030 8610191
Fax 030 8621155
Mail: berlin@sozkult.de

SELBSTHILFE ENGAGEMENT GENERATIONEN DIENSTE STADTTEIL INTEGRATION KULTUR



Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit sieht sich mit seinen Mitgliedseinrichtungen in einer Traditionslinie, die sich von den Settlements in Großbritannien und den USA über die ersten deutschen Nachbarschaftshäuser der Volksheimbewegung und der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (bei Unterbrechung durch die Nazizeit) bis in die heutige Zeit ziehen lässt. Dabei gibt es für die strategische Entscheidung, eine generationsübergreifende Arbeit aus der Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln, bis heute viele spannende (und gelungene) Beispiele in den Nachbarschaftseinrichtungen.

Der folgende Artikel ist mit freundlicher Genehmigung des IKO-Verlages (Verlag für Interkulturelle Kommunikation) dem Buch „Einmischungen, Beiträge zu Theorie und Praxis Sozialer Arbeit“, Frankfurt am Main und London 2005 (S.93-11) entnommen.

Elvira Berndt und Herbert Scherer

Wenzel Holek und die Jugendarbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (1916-1933). Spurensuche in einem fast vergessenen Kapitel aus unserer Vorgeschichte

Biographisches

Wenzel Holek (1864-1935), wohl einer der ersten professionellen Jugendarbeiter in Deutschland, sicher aber der erste Praktiker einer „aufsuchenden“ Jugendarbeit, ist eine bemerkenswerte und doch wenig bekannte Ausnahmegehalt.

Holek wird 1864 in Böhmen als Kind einer armen Tagelöhnerfamilie geboren, Nationalität tschechisch, Staatsangehörigkeit österreichisch. Schon früh muss Holek, dem es nicht vergönnt ist, mehr als drei Jahre die Volksschule zu besuchen, zum Lebensunterhalt der Familie beitragen: Kinderarbeit, Betteln, Straßenmusik. Holek wird dann selbst „Handarbeiter“, das heißt ungelerner Arbeiter, Das bedeutet körperlich schwerste Arbeit bei größter sozialer Unsicherheit. Sein beruflicher Lebensweg führt Holek zum Eisenbahnbau, in Ziegeleien, Glasfabriken und in den Tagebau. Er gründet eine Familie und wird im Laufe der Zeit Vater von sechs Kindern. Arbeitslosigkeit und drängende Not zwingen ihn als Vierzigjährigen im Jahre 1904 dazu, seine Heimat Böhmen zu verlassen und im sächsischen Dresden nach Arbeit zu suchen. Auch hier bleibt es bei niedrig bezahlter, häufig wechselnder Tätigkeit in unterschiedlichen Industriezweigen. Schon in Böhmen ist Holek Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden, er will sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen abfinden. Er beginnt, sich mit den theoretischen Positionen der Sozialdemokratie zu beschäftigen, wird Versammlungsredner und schreibt Artikel für sozialdemokratische Zeitungen. Sein Leseifer führt dazu, dass er eine der Arbeiterbiographien in die Hände bekommt, die der ehemalige Pfarrer Paul Göhre im Eugen-Diederichs-Verlag in Jena herausgegeben hat: Carl Fischers „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters“. Das motiviert ihn dazu, einem befreundeten Schweizer Intellektuellen (Theodor Greyerz), der zu dieser Zeit als Hauslehrer in Dresden tätig ist, den Plan zu unterbreiten, auch eine solche Autobiographie zu schreiben. Greyerz ermuntert ihn, das wirklich zu tun,

und hilft ihm bei der Rechtschreibung. Holek schafft es tatsächlich, neben seiner schweren körperlichen Arbeit das Manuskript zu vollenden und so erscheint im Mai 1909, ebenfalls herausgegeben von Paul Göhre und ebenfalls bei Eugen Diederichs sein Buch „Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters“. Das Buch vermittelt mit seiner Unmittelbarkeit und Authentizität einen unverstellten Einblick in das Leben und Denken der unteren Schichten der Arbeiterklasse. Es stößt auf ein großes Interesse vor allem bei reformwilligen Kreisen des Bürgertums; Holeks Arbeitskollegen sind eher befremdet, die organisierte Sozialdemokratie ablehnend (Franz Mehring schreibt in der „Neuen Zeit“ den einzigen „Verriss“ des Buches, das in den Rezensionen der bürgerlichen Presse äußerst positiv bewertet wird). Auch nach dem Erscheinen der Autobiographie bleibt Holek der Hilfsarbeiter, als der er sein Buch geschrieben hat, aber es gibt jetzt eine Reihe von philanthropisch gesinnten Bürgerlichen, die immer wieder versuchen, wenigstens ihm und seiner Frau zu helfen, ihre individuellen sozialen Probleme besser zu bewältigen, sei es, dass sie ihnen finanziell unter die Arme greifen, sei es, dass sie ihre Beziehungen spielen lassen, um ihm etwas besser bezahlte Arbeitsmöglichkeiten zu vermitteln. Und ab und an wird er zu Vortragsveranstaltungen eingeladen, um als Kronzeuge über „Die geistige Lage der Arbeiter“ zu berichten (vgl. Holek 1921: 81 ff.).

Eine dieser Vortragsveranstaltungen ist es schließlich, die Wenzel Holek im Jahre 1912 (achtundvierzigjährig) den Weg in eine ganz neue berufliche Richtung eröffnet. Ein Leipziger Pfarrer lädt Holek zu einem Vortrag ein und ist von Holeks Äußerungen so angetan, dass er ihm die gerade vakante Leitungsstelle des Leipziger „Volksheimes“ anbietet. Das Volksheim, 1909 gegründet, ist einer der Versuche, auch in Deutschland nach dem Vorbild der britischen Settlements in den Arbeiterbezirken Begegnungshäuser zu errichten, in denen wohlmeinende Angehörige aus bürgerlichen Kreisen mit Angehörigen der arbeitenden Klassen zusam-

mentreffen sollen (Zweck des Vereins ist es, „geistigen Verkehr zwischen allen Bevölkerungsschichten (...) herzustellen“ (Holek 1921: 141).

Das Volksheim ist in einer desolaten Lage, als Holek die Leitung übernimmt. Die aktive Mitgliedschaft schrumpft, die Einrichtung wird von den Arbeitern, deren Organisationsgrad in Leipzig besonders hoch ist, boykottiert. Holek beschreibt die Situation drastisch: „Das Volksheim galt als eine Verdummungs-anstalt“ (Holek 1921: 144). Die sozial-demokratische Presse weigert sich, Veranstaltungen des Volksheims anzukündigen - Begründung eines Redakteurs: „das Volksheim sei ein von England und Hamburg herübergebrachter Schwindel; wer sich damit abgebe, sei kein anständiger Mensch“ (Holek 1921: 144). Keine gute Grundlage für Menschen aus dem Bürgertum, die den Dialog mit den Arbeitern suchen, wenn sie diese im Volksheim nicht antreffen können. Holek beschließt, alle Energie auf die Gewinnung der Jugend zu richten. Das erweist sich als erfolgreich. Holek erreicht innerhalb eines halben Jahres eine Verzehnfachung der jugendlichen Mitglieder des Volksheims, die jetzt als Publikum dessen Bildungsveranstaltungen dominieren.

Es spricht sich herum, dass es Holek gelingt, an die Jugendlichen heranzukommen und sie für Vortragsthemen zu interessieren, bei denen das wahrhaftig nicht selbstverständlich ist, zum Beispiel „Wilhelm Busch als Philosoph“, „Deutsche Kunst im achtzehnten Jahrhundert“, „Grundlagen der Ethik“, „Bau des menschlichen Auges“ (Holek 1921: 145). Die Kunde von Holeks Geschick in der Jugendarbeit erreicht so auch den Amtshauptmann von Leipzig, Herrn von Nostiz-Wallwitz, der in einem der Stadtteile, für die er zuständig ist, nach englischem Vorbild ein Settlement errichten will, das einen besonderen Schwerpunkt in der Jugendpflege haben soll. Er wirbt Holek aus dem Volksheim ab und erteilt ihm den Auftrag, im Leipziger Vorort Thekla eine entsprechende Einrichtung aufzubauen. Wir schreiben inzwischen das Jahr 1914 und der Ausbruch des Krieges macht einen dicken Strich durch diese hochfliegenden Pläne. Holek, der seinen Arbeitsplatz im Leipziger Volksheim aufgegeben hat, hängt in der Luft. Von Nostiz-Wallwitz bemüht sich darum, Holek ersatzweise einen anderen Job in der Jugendarbeit zu verschaffen. Das gelingt schließlich in einem anderen Leipziger Vorort (Großzschocher) — und so kann Holek, nun als staatlicher Angestellter, weitere Erfahrungen in der Jugendarbeit machen. Relatives Desinteresse und weitgehende Unerfahrenheit seiner Auftraggeber führen dazu, dass man Holek freie Hand in seiner Arbeit lässt. So kann er konzeptionell an die Jugendarbeit im Leipziger Volksheim anknüpfen und die dort begonnenen Ansätze weiterentwickeln, obwohl die institutionellen Voraussetzungen und die Anforderungen der vorgesetzten Stellen sich erheblich von denen im Volksheim unterscheiden.

Insbesondere gibt es nicht mehr den ideellen Rahmen, der für die unterschiedlichen Arbeitsbereiche

des Volksheims eine einigermaßen verbindliche Grundlage abgegeben hatte - und Jugendarbeit als eigenständiges Handlungsfeld mit gesellschaftlich definierten Anforderungen gibt es zu dieser Zeit noch nicht. Es bilden sich zwar schon erste Ausschüsse für Jugendpflege und es werden die ersten „Jugendvereine“ gegründet, die man als Vorläufer von freien Trägern der Jugendarbeit betrachten kann, aber diese werden noch von Lehrern und Geistlichen dominiert, die über Schule und Konfirmandenunterricht einen institutionellen Bezug zu Kindern und Jugendlichen haben. Holek, der hundertprozentige Autodidakt in diesem Feld, macht seine Jugendarbeit allerdings nicht einfach „aus dem Bauch heraus“. Er bezieht sich ausdrücklich auf eine theoretische Grundlage, nämlich das Buch „Jugendlehre“ von Friedrich-Wilhelm Foerster. Das über siebenhundert Seiten starke Buch des Züricher Philosophie-Dozenten ist zu dieser Zeit und in den kommenden Jahren das populärste Handbuch für die pädagogische Praxis. Die 1904 erschienene erste Auflage mit zehntausend Exemplaren ist bald vergriffen, in einer zweiten Auflage 1906 kommen weitere fünftausend Exemplare dazu. Das Buch von Foerster markiert auf seine Weise die tiefgreifenden Veränderungen im Erziehungswesen. Das Buch wendet sich erklärtermaßen an „Lehrer, Eltern und Geistliche“, die in den Feldern „Schule, Haus und Kirche“, aber auch in „Korrekptionsanstalten, Gefängnissen, Internaten, Kinderhorten etc.“ Verantwortung für die „Jugendseelsorge“ tragen (Foerster 1906: VII). Auch für Foerster gibt es also weder Jugendarbeiter als mögliches Lesepublikum noch einen Bereich Jugendarbeit, Jugendpflege oder Jugendförderung als deren Betätigungsfeld. Foerster propagiert eine Erziehungsarbeit, die in ihren Formen der traditionellen moralischen Bildung in unterrichtsähnlicher Form ähnelt (der Lehrende versucht, einer größeren Gruppe von Kindern oder Jugendlichen im Gespräch Verhaltensregeln und Wertvorstellungen beizubringen), die aber in ihren wesentlichen Inhalten der Tatsache Rechnung trägt, dass die alten moralischen und religiösen Wertvorstellungen keine universelle Verbindlichkeit mehr für die Zielgruppen haben. Wenn man dann noch bedenkt, dass die körperliche Züchtigung als handgreifliches Erziehungsinstrument gerade in Verruf gerät, kann man sich vorstellen, was für ein kompliziertes Vorhaben es ist, ohne auf verbindliche zum Beispiel religiöse Maximen zurückgreifen zu können, ein kohärentes und plausibles System von Verhaltensweisen zu vermitteln, das junge Menschen durch Verinnerlichung bei ihrer Lebensgestaltung leiten kann.

Je mehr die Bewegung gegen die körperliche Züchtigung der Kinder zunimmt und dadurch den Erzieher von äußerlichen Disziplinarmitteln auf eine mehr innerliche Beeinflussung verweist, umso dringlicher wird es auch, diese innerliche Beeinflussung zu einem besonderen Gegenstand der pädagogischen Vorbereitung und Schulung zu erheben. Wenn der Verfasser

in den von ihm gebrauchten Beispielen ausschließlich soziale und natürliche Begründungen des Sittlichen verwertet und den Appell an religiöse Vorstellungen und Gefühle vermeidet, so entspricht das der besonderen Aufgabe seines Buches. (Foerster 1906: VIII)

Foersters Buch enthält neben einigen theoretischen Überlegungen insbesondere kleine Geschichten aus dem Leben, die wie traditionell die biblischen Geschichten als Material für moralische Schlussfolgerungen benutzt werden. Holek benutzt das Buch als Anregung, um in ähnlicher Weise mit den Jugendlichen, die ihm anvertraut werden, Alltagserfahrungen so zu besprechen, dass sich aus ihnen allmählich eine „ethische Gesinnung“ entwickelt, die als Überzeugung verinnerlicht wird. Holek nennt das „Gesinnungspflege“ und sieht in diesem Ansatz die Grundlage dafür, dass in seinen Jugendgruppen positive Veränderungsprozesse stattfinden. Zur Methode sagt er:

Ich war der Ansicht, daß eine gute Gesinnung die Voraussetzung der guten Zucht ist. (...) Natürlich lasen wir aus der Jugendlehre oder Lebenskunde nicht vor. Wir erzählten das, was wir auf der Straße oder sonst wo gesehen hatten, in Verbindung mit einem dazu passenden Abschnitt in der Jugendlehre. (Holek 1921: 157)

Neben den Klubabenden, die solchermaßen der moralischen Aufrüstung dienen, veranstaltet Holek mit den Jugendlichen Bastelstunden, Ausflüge, Wanderungen, Geländespiele und Theatervorstellungen. Großen Wert legt er dann auf die Bildung von Verantwortungsstrukturen. Die Jugendlichen werden in Klubs mit jeweils fünfzehn bis zwanzig Mitgliedern organisiert, in denen es jeweils die gewählten Ämter eines Vorsitzenden, eines Schriftführers, eines Kassen- und eines Spielwarts gibt. Die Klubs werden zu einem Verein zusammengefasst, in dem es einen gewählten Präsidenten mit besonderen Rechten und Pflichten gibt.

Wir waren also ein kleiner Staat, der der Boden sein sollte für praktische staatsbürgerliche Erziehung. Die Jugend sollte nicht bloß staatsbürgerliche Belehrung erhalten, sondern sich zugleich praktisch in ihrem Sinne betätigen. (Holek 1921: 162)

Holek sieht sich mit seinen strikten Vorgaben als erwachsener Erzieher und setzt sich damit in bewussten Gegensatz zu den Ansätzen der Jugendbewegung in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen, die davon ausgehen, dass die Jugendlichen ihren eigenen Ideen folgen sollen. Holek polemisiert in diesem Sinne gegen den „anarcho-individualistischen Geist der ‚Freideutschen Jugend‘ wie auch gegen den anarcho-sozialistischen Geist der Arbeiterjugend“ (Holek 1921: 163)

Ich bin immer schon so unmodern und altväterlich gewesen, daß ich den Jungen bloß eine Mitverwaltung gab, damit sie sich erst selbst verwalten lernten.

Mein Verfahren ist wie das eines jeden vernünftigen Bauers; der lehrt seinen Sohn erst richtig wirtschaften; dann übergibt er ihm das Gut. (Holek 1921: 163)

Holek hat zwar weitgehend freie Hand, die Jugendarbeit nach seinen Vorstellungen zu gestalten, aber er eckt mit seiner selbstbewussten Art immer wieder insbesondere bei den Lehrern an, die sehr konservativ sind und zum Beispiel dafür sorgen, dass die Mädchenarbeit, die Holek aufgebaut hat, wieder eingestellt werden muss. Eine sichere Stütze ist und bleibt ihm nur der Amthauptmann von Nostitz-Wallwitz, der zu ihm hält, obwohl er um seine nach wie vor sozialdemokratischen politischen Überzeugungen weiß. Als von Nostitz-Wallwitz von der sächsischen Regierung auf einen Gesandtschaftsposten nach Wien versetzt wird, fürchtet Holek deswegen wohl zu Recht, dass man ihm künftig noch mehr Steine in den Weg legen könnte. Deshalb kommt es ihm sehr entgegen, dass eine seiner (studentischen) Mitarbeiterinnen bei der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in Berlin-Ost vorfährt, die gerade auf der Suche nach einem verantwortlichen Mitarbeiter für ihre Jugendarbeit ist. Deren Leiter, Friedrich Siegmund-Schultze, bietet Holek im Zuge der Sondierungen an, nach Berlin zu kommen und diese Aufgabe zu übernehmen. Holek entscheidet sich für die Annahme dieses Angebots und zieht im Mai 1916 nach Berlin um.

Auch die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG) orientiert sich am Vorbild der englischen und amerikanischen Settlements. Sie folgt deren Vorbild allerdings sehr viel konsequenter als das Volksheim, das Holek in Leipzig kennengelernt hat, weil sie von ihren Aktivisten (vorwiegend Akademikern aus bürgerlichen Kreisen) verlangt, dass sie ihren Wohnsitz im Arbeiterviertel nehmen („setteln“) und auf diese Weise eine Verpflichtung eingehen, die ihr ganzes Leben betrifft und nicht nur eine freiwillige Freizeitaktivität ist. Die SAG macht seit dem Beginn ihrer Aktivitäten im Berliner Bezirk Friedrichshain die Erfahrung, dass es sehr schwierig ist, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Man zieht daraus einen ähnlichen Schluss wie Wenzel Holek in Leipzig, nämlich ein besonderes Gewicht auf die Kinder- und Jugendarbeit zu legen, in der die ersten Kontakte viel leichter zu knüpfen sind.

Nach dem Vorbild des Londoner Settlements Toynbee Hall versucht man, nach der ersten Kontaktaufnahme auf der Straße Formen der Gruppenarbeit zu entwickeln. Die Kinder und Jugendlichen werden zu „Klubs“ zusammengefasst, die aus jeweils zehn bis fünfzehn Mitgliedern bestehen und von den Studenten ehrenamtlich betreut werden, die zur Sozialen Arbeitsgemeinschaft gehören und in der Regel Bewohner der Wohnungen sind, die diese in Friedrichshain angemietet hat.

Diese Form der Jugendarbeit kann während des Ersten Weltkrieges nicht fortgesetzt werden, weil die jungen Akademiker eingezogen und an die Front ge-

schickt werden. Weil die Kinder- und Jugendarbeit für die Soziale Arbeitsgemeinschaft aber eine so wichtige strategische Bedeutung bekommen hat, entschließt sich Friedrich Siegmund-Schultze, vom ursprünglichen Konzept abzuweichen und als Ersatz für die fehlenden ehrenamtlichen Kräfte einen hauptamtlichen Jugendarbeiter zu suchen. Wenzel Holeks Alter, er ist inzwischen zweiundfünfzig Jahre alt, ist in dieser Situation kein Nachteil, im Gegenteil: Er braucht nicht in den Krieg zu ziehen. Mit seiner Volksheim-Erfahrung ist er zudem jemand, dem die Settlement-Idee vertraut ist, auch wenn er gewissermaßen von der „anderen Seite“ kommt; er ist kein Angehöriger der „höheren Klassen“, der sich auf die Arbeiter zu bewegt, sondern umgekehrt: ein Arbeiter, der sich darum bemüht, die Klassengegensätze von unten zu überbrücken.

Holek knüpft in der von ihm verantworteten Jugendarbeit in der SAG theoretisch und praktisch an die Erfahrungen an, die er in Leipzig gemacht hat. Das gilt für die Organisationsformen (Klubs) und für die Inhalte der praktischen Arbeit (strukturierte Gruppenabende mit Gesprächen, die sich an Foersterns Jugendlehre orientieren, Basteln, Ausflüge, Einstudieren von Theaterstücken, mehrtägige Gruppenreisen aufs Land etc.).

Holek bleibt bis zu seinem Tod 1935 trotz einiger Unterbrechungen, die auf Auseinandersetzungen mit anderen Mitarbeiterinnen der SAG zurückgehen, der Hauptverantwortliche für die offene Jugendarbeit der SAG, deren Aktivitäten sich bald auch auf andere Bereiche der Jugendhilfe ausweiten (Jugendgerichtshilfe, stationäre Arbeit mit geistig behinderten und psychisch kranken Jugendlichen, Beschulung von Lernbehinderten). Neben dieser Aufgabe hat er in der SAG die Funktion des lebendigen Beweises, dass es zu einer produktiven Zusammenarbeit zwischen Angehörigen der Arbeiterschaft und der bürgerlichen Klasse kommen kann. In diesem Sinne tritt er für die SAG in Vorträgen und Aufsätzen auf und ist zum Beispiel 1932 auf einer Internationalen Tagung der Settlementbewegung, die in Berlin stattfindet, der zweite Vertreter der SAG neben Friedrich Siegmund-Schultze.

Dieter Oelschlägel, Praktiker, Theoretiker und Chronist der Gemeinwesenarbeit, hat in einem Aufsatz 1991 Art und Vorgehensweise der Jugendarbeit der SAG als eine frühe Form von Streetwork interpretiert (vgl. Oelschlägel 1991: 14). Grund genug, genauer hinzusehen und die Ansätze von Wenzel Holek mit den Anforderungen zu vergleichen, die wir heute an diese Art von Jugendarbeit stellen.

Kontaktaufnahme im öffentlichen Raum

Das bestimmende Element der Jugendarbeit in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Ost waren die Knabenklubs, die im Wohnumfeld der Jugendlichen gegründet wurden und das Ziel hatten, eine sittlich-moralische Erziehung zu leisten, die zwar an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen anknüpft, aber gleichzeitig eine Alternative bietet zu den Gefahren der Moderne: „Statt Bande Klub, statt Schundhefte

Abenteuerliteratur, statt Rummelplatz Volksfest, statt (...), statt Kneipe Kaffeeklappe.“ (Lindner 1997: 11). Heute formulieren wir in der Straßensozialarbeit eindringlich, dass es nicht darum gehen kann, die Jugendlichen von der Straße zu holen, um sie andernorts aufzubewahren, wir begreifen den öffentlichen Raum als legitimen Aufenthaltsort (auch) für Jugendliche und erobern ihn dort, wo er kommerzialisiert und privatisiert wird, mit den Jugendlichen gemeinsam Stück für Stück zurück. Betrachtet man allerdings die heute geführten Debatten über Jugendgewalt und Jugendkriminalität, wird schnell deutlich, dass wir manchmal nicht allzu weit entfernt sind von den moralischen Kategorisierungen der damaligen Zeit:

Die „Straße“ meint mehr als die Topographie eines Raumes. Die „Straße“ ist ein „Speicher verbotenen Wissens“, eine „Schule der Unmoral“, eine „Lehranstalt der Verwilderung“. Sie suggeriert Chaos, wo Ordnung herrschen soll, und steht als „Chiffre für alles gesellschaftlich Un-Geordnete, Un-Kontrollierte, Nicht-Integrierte“. Ihr Produkt ist der „Straßenjunge“ (...). (Sabelus 1997: 97)

Die SAG-Mitarbeiter waren sich offensichtlich dessen bewusst, dass sie die Arbeiterjugendlichen zunächst dort erreichen müssen, wo diese sich in ihrem Alltag aufhalten - auf dem Straßenmittelstreifen der Friedensstraße oder der Treppe zur Gastwirtschaft. Sie entwickelten erste Ansätze aufsuchender Arbeit und ihre Schilderungen dieser Versuche machen deutlich, dass sich die Jugendarbeiter ungeachtet ihrer moralischen Bewertung dieser Aufenthaltsorte der Jugendlichen doch dessen bewusst waren, dass sie an diesen Orten als Gäste auftreten, die sich darum bemühen müssen, wiederkommen zu dürfen. So wird das Niederlassen des Jugendarbeiters auf der Parkbank nicht dem Zufall überlassen, vielmehr wird die Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen und die Möglichkeit, Tage später an diesen Erstkontakt anknüpfen zu können, genau geplant:

Welche Geschichte erzählt wurde, sollte für den Mitarbeiter keine Augenblicksentscheidung sein. Vor dem Zusammentreffen mit den Straßenkindern hatte er sich zu überlegen, was die Jungen an einer Geschichte interessant finden könnten. Es mußte ihnen „Spaß machen“ zuzuhören. Die Geschichte sollte zudem recht lang sein, so daß es an einer bestimmten womöglich besonders aufregenden Stelle heißen konnte: Fortsetzung folgt. So wurde sich dann in der nächsten Zeit an selber Stelle getroffen. (Hegner 1997: 117)

Die Jugendarbeiter setzen darauf, dass die Jungen anfangen, über sich zu erzählen und die Regelmäßigkeit der Treffen dazu führt, dass sie einen Klub, einen Verein mit festen Mitgliedschaften wie bei den Erwachsenen, gründen wollen. Das Ziel der sittlichen Erziehung in den Klubs geht allerdings an den tatsächlichen Bedürfnissen vieler Jugendlicher vorbei, viele Jugendliche gehen eher zu den Banden als in die Klubs, und

so macht sich auch in der SAG Resignation breit: Die Schuld für das Scheitern des Erziehungsgedankens wird in der sittlichen Unreife der zu Erziehenden gesucht. Auseinandersetzungen über die Offenheit der Klubs und die Ausgrenzung von Jugendlichen, weil sie eine Gefahr für Andere darstellen, führen unter anderem zu der Idee, für die „schwierigen Elemente“ gesonderte Klubs einzurichten. Die hoffnungsvollen Ansätze aufsuchender Arbeit bleiben mit ihrer Fremdbestimmung des Ziels eines entstehenden Kontaktes inkonsequent - die Jugendarbeiter wollen sich letztlich nicht in die Lebenswelt der Jugendlichen hineinbewegen, sondern diese aus ihrer Lebenswelt herausholen. Sie wollten eine sittliche Alternative bieten für das, was sie als unsittlich definiert hatten.

Dass sich gerade in dem Surrogatcharakter des Angebots die Crux des ganzen Unternehmens offenbarte, zeigt sich daran, dass es zum entscheidenden Filter hinsichtlich des Adressatenkreises wurde. Erreicht wurden die, die erreicht werden wollten, bzw. jene, denen die Teilnahme durch die Eltern nahegelegt wurde. (...) Jene aber, die über das Settlement eigentlich erreicht werden sollten, entzogen sich ihm. Der Klub war in erster Linie Hort des ehrbaren und aufstrebenden, nicht aber des oppositionellen Proletariats. (Lindner 1997: 11

Freiwilligkeit, Parteilichkeit und Vertrauen

Holek setzt in seiner Arbeit darauf, das Vertrauen der Jungen in den Arbeitersiedlungen zu erringen. Sein wichtigstes Arbeitsinstrument ist dabei seine Person - mit all seiner Lebenserfahrung, seiner selbst erfahrenen Kenntnis des Lebens als Arbeiterkind und seiner Authentizität im Umgang mit den Jugendlichen. Er versucht, viel über die Jungen, ihren Umgang und ihr Verhalten zu Hause und auf der Straße zu erfahren und er konfrontiert sie mit diesem Wissen:

Eine solche offene Auseinandersetzung kann aber bei den verschiedenen Menschen auch verschiedene Ergebnisse bringen. Mit pedantisch moralischen Vorgehensweisen ist da nichts auszurichten. Solche Naturen sind nur dann erfolgversprechend zu packen, wenn der Eindruck gewaltig genug ist, dass man sie trotz ihrer persönlichen Mängel doch lieb hat, dass man das Beste für sie will, es mit ihnen gut meint, kurz, dass man trotz aller Offenheit ein warmes Herz für sie hat. So nur gelingt es, auch die festesten Naturen zur Kapitulation zu bringen und ihr Vertrauen zu gewinnen. (Holek 1998: 29)

Auch heute setzt aufsuchende Arbeit auf den Aufbau eines stabilen Vertrauensverhältnisses zwischen Jugendlichen und Streetworkern, das in der Arbeit das wichtigste Kapital und die beste Grundlage für mögliche Veränderungsprozesse ist. Wenn Streetworker formulieren, dass immer die Tat zu verurteilen ist und nicht der Mensch, dann drückt sich darin ein Maß an Achtung und Akzeptanz der Persönlichkeit des Anderen aus, die auch in pädagogischen Beziehungen heute keine Selbstverständlichkeit ist.

Wenzel Holek und die anderen Mitarbeiter der SAG waren neben ihrer Arbeit in den Klubs und auf der Straße mit den vom Jugendgericht verfügbaren Schutzaufsichten über jugendliche Straftäter befasst. Zu diesen verordneten erzieherischen Maßnahmen nimmt Holek eine sehr kritische Haltung ein:

Ich habe von jeher, vom pädagogischen wie auch vom soziologisch-familiären Standpunkte aus betrachtet, die Schutzaufsichten nicht für so erfolgreich angesehen, wie es oft geschieht. Was kann man pädagogisch leisten - wenn man den Schützling in 14 Tagen einmal besucht, wenn man nachsieht, wo und wie er schläft, wie er arbeitet und wie er sich trägt, was für eine Gesellschaft er hat, ob er ins Kino geht, Schundliteratur liest usw.; wenn schließlich die soziologische Lage und die familiären Verhältnisse kein gutes Beispiel von sich geben; und vollends in der Familie eine pädagogische Ohnmacht herrscht! Hat da diese Arbeit etwa mehr als einen statistischen Wert? (Holek 1998: 69)

Das Prinzip der Lebensweltorientierung

Die Idee der SAG, in die Arbeiterbezirke des wilden Ostens zu ziehen und dort mit Angehörigen der gebildeten Stände, vor allem Studenten, soziale Aktivitäten zu entwickeln, fußte auch damals schon auf der Idee der Lebensweltorientierung. Doch der gute Wille allein lässt niemanden in einer fremden Welt bestehen. Selbst Holek, groß geworden in ganz ähnlichen Verhältnissen, scheitert in Berlin zunächst mit seinen aus der Siebentausend-Seelen-Gemeinde Großzschocher bei Leipzig mitgebrachten Methoden und stellt sich die Frage:

In Berlin schien damit nichts zu machen zu sein. Sind etwa die Berliner 12jährigen Jungen lebenserfahrener? Wissen sie von den ersten Seiten des Lebens mehr als jene Kinder aus Grosszschocher? (Holek 1998: 35)

Wenzel Holek war auch deshalb eine Ausnahmege-stalt, weil er der einzige unter den Mitarbeitern der SAG war, der die Lebenswelt seiner Jungen auch aus eigenem Erleben kannte. Viele der freiwilligen Helfer, die mit gutem Herzen und hohen Ansprüchen an freie Erziehung und Selbstverwaltung zu ihm kamen, hat er scheitern sehen - und so mancher hat ihn nach seiner Karriere als Beamter nicht mehr gekannt. Allerdings macht auch Holek keinen Hehl daraus, dass ihm manches Scheitern ganz lieb ist:

Ein anderer Student ist den Arbeitern so wohlwollend geworden, dass er einen 29jährigen Schlosser überredete, mit auf seiner Bude zu wohnen. Nach vier Wochen zog der Schlosser wieder zu seinen Eltern. Als ich ihn nach dem Grund fragte, weshalb er von dem Studenten fortging, sagte er mir, dass sie nicht zusammenpassen. Die Stube sei zu fein eingerichtet, er getraue sich nicht recht, wenn er von der Arbeit käme, sich darin zu waschen. Der Student sei ein verhätschelter Mensch, gehe im Schlafanzug zu Bett und ließe sich von der Wirtin hinten und vorne bedienen.

Sonst wolle der Student nirgends anfassen. In der Kritik aber war er maßlos. Als er dann von uns fort wollte und zu mir kam, um sich zu verabschieden, da sprachen wir über die Jugendbewegung und über die Arbeit in der S.A.G. bis wir auch auf den Fall mit dem Schlosser kamen. Er bedauerte das Misslingen seines guten Willens. Ich klärte ihn auf, warum es nicht ging. Dann aber offenbarte ich ihm, dass ich es nicht bedaure. Denn er wäre, wenn ihm das Experiment gelungen wäre, in Deutschland herumgereist und hätte gepredigt: „Seht, so wird es gemacht!“ (Holek 1998: 117)

Holek erlebt die naiven Gutmenschen, die Karrieretypen auf der Suche nach dem Sprungbrett, die Abenteuerlustigen auf der Suche nach dem leichten Schauer des Verruchten - und manchmal fühlt man sich beim Lesen erinnert an die Bewerbungsgespräche der frühen Neunziger, so kurz nach der Wende, als die Einen nach Kreuzberg und die Anderen am besten gleich nach Marzahn wollten und, nach ihrer Motivation befragt, das Funkeln der Abenteuerlust in ihren Augen nicht ganz verbergen konnten. Wir haben damals gerade für die Arbeit auf der Straße eher Quereinsteiger ohne formale Qualifikation eingestellt - Menschen mit eigener Migrationserfahrung und Menschen mit einer DDR-Biographie, wohl aus ähnlichen Motiven wie Holek, der über ein Scheitern mancher Helfer aus naheliegenden Gründen froh war: Weil kurzatmiger Eifer und gut gemeinter Enthusiasmus denen, die mit der Erwartung von Selbstverwirklichung und Weltverbesserung in eine fremde Lebenswelt eintauchen, nicht zu nachhaltigen Erfolgserlebnissen verhilft, wenden sich so manche, die die erhoffte Nähe zu den Bewohnern nicht erreichen oder die notwendige Distanz nicht halten können, persönlich enttäuscht recht schnell wieder ab.

Nähe und Distanz

Streetwork heute ist eine beständige Gratwanderung von Nähe und Distanz. Streetworker sind auf der Straße und in den Jugendszenen Gäste, die als Personen angenommen werden müssen und keine Sanktions- oder Ausgrenzungsmöglichkeiten haben. Sie sind einerseits erwachsene, erfahrene Personen, die sich von den Jugendlichen unterscheiden, müssen gleichzeitig aber auch als Partner von den Jugendlichen anerkannt werden. Sie werden zum „Teil der Gruppe“ ohne „einer von ihnen“ zu sein. Ihre Interventionsberechtigung in Konflikten erhalten sie von den Jugendlichen und müssen diese auch als Person in Anspruch nehmen, ohne eine Institution mit ihrem anonymisierten Regelwerk „vorschieben“ zu können. Streetworker entwickeln in ihrer Arbeit eine hohe Sensibilität beim Aufbau vertrauensvoller Nähe bei gleichzeitiger Wahrung professioneller Distanz und es gilt die ungeschriebene Regel: „Wenn ein Streetworker von einem Jugendlichen angegriffen wird, hat er einen Fehler gemacht“. Kolleginnen in Einrichtungen, vor dem Hintergrund einer anderen institutionellen

Macht, die sie ausüben, die auf das Fehlverhalten von Jugendlichen mit Hausverboten und gegebenenfalls polizeilicher Anzeige reagieren, haben meist wenig Verständnis für die Position der in solchen Konflikten oft herbeigerufenen Streetworker, die Ausgangspunkt und Entwicklung des Konfliktes hinterfragen und dabei nicht nur das Verhalten der Jugendlichen im Blick haben, sondern auch die Frage stellen, wie angemessen der Kollege reagiert hat. Nicht selten stellt sich dabei heraus, dass der Sozialarbeiter (in diesem Fall tatsächlich fast immer männlich) in der Annahme einer kumpelhaften Nähe zu den Jugendlichen den schmalen Grat zwischen Nähe und Distanz verlassen hat und so zum Konfliktbeteiligten geworden ist. Während im Ergebnis der grenzüberschreitend agierende Jugendliche alle Konsequenzen zu tragen hat, wird das Agieren der Sozialarbeiter innerhalb ihrer Institutionen kaum hinterfragt.

Wenzel Holek ist sich dieser Problematik bewusst, wenn er ein konkretes Beispiel solch einer Grenzüberschreitung beschreibt:

Ein Schweizer Student kam mit einem Knaben nach. Er wollte auch etwas von diesem Leben und Treiben kennenlernen. Als die Jungen sich eines nachmittags die Hände wuschen, fuhr er mit seinen Händen in eine von den Waschschüsseln und spritzte die Jungen ins Gesicht. Sie taten natürlicherweise dasselbe. Das vertrat seine akademische Ehre nicht und er gab einem eine Ohrfeige. Die anderen nahmen sogleich für ihren Kameraden Partei, schimpften und meinte, er habe gar nicht zu schlagen usw. Ich sah und hörte von der Ferne zu, ohne mich dreinzumischen. Erst als die Jungen fort waren, nahm ich mir den künftigen Pfarrer vor und machte ihm klar, dass, wenn er eine Distanz wahren will, so etwas nicht tun darf. Die hätten Recht! (Holek 1998: 152 f.)

Holek reagiert professionell, indem er die Auseinandersetzung mit dem Studenten im Anschluss an seine Beobachtung in Abwesenheit der Jungen führt. Wie er reagiert hätte, wäre er vor versammelter Mannschaft nach seiner Meinung gefragt worden, bleibt Spekulation. Er verbrüdet sich nicht mit den Jungen, macht aber gleichzeitig sehr deutlich, dass die Frage danach, wer Recht hat, nicht eine Frage der Hierarchie und der größeren Macht ist, sondern des Verhaltens in einer sehr konkreten Situation, in der das Fehlverhalten nicht automatisch bei den Jugendlichen liegen muss.

Anonymität und Vertraulichkeit

Wenzel Holek war nicht davor gefeit, dass junge Menschen in seinen Klubs oder in der Kaffeeklappe strafällig wurden. Immer wieder kam es zu Zwischenfällen, bei denen auch er selbst und seine Familie Opfer von Diebstählen und Einbrüchen wurden. Bemerkenswert ist die ausgesprochen nicht-moralisierende Art, in der er von diesen Vorfällen berichtet. Er stellt nicht persönliche Enttäuschung und Betroffenheit in den Mittelpunkt seiner Schilderung und macht sehr lakonisch klar, was seine Aufgabe ist und was nicht:

Als seine Flucht in unserem Umkreis bekannt wurde, meldete sich ein Beschäftigter nach dem anderen, die von ihm um 10 oder 15 Mark angepumpt wurden. Kurz, die Gesamtsumme betrug 85 Mark. Eine Anzeige bei der Polizei zu machen, fiel mir nicht ein. Habe ich doch schon in einigen Fällen vorher erfahren, dass die Polizei wohl eine Anzeige gefälligst aufnimmt, sich aber nicht weiter um solche Kleinigkeiten kümmert, und eine Vergeltung nach dem Buchstaben des Strafgesetzes war auch nicht der Zweck meiner Arbeit. (Holek 1998: 194)

Im Rahmen seiner durch die Jugendgerichtshilfe aufgetragenen Schutzaufsichten allerdings muss Holek auch bei Schulen und Pfarrern Erkundigungen über die Jungen anstellen. Er beschreibt, dass die Lehrer meist außerhalb der Stadt wohnen und wenig Kenntnis davon haben, wie ihre Schüler leben:

Für die Ermittlungsberichte sind die Erkundigungen in der Schule meist unbefriedigend. Die Lehrer wissen wohl, ob der Junge den von der Schule gestellten Anforderungen genügt oder nicht. Sie kennen aber die Familie und die Umgebung der Jungen nicht, können nicht sagen warum der oder jener so oder so geraten ist. (Holek 1998: 73)

Auch wenn er keine Scheu hat, zu den Eltern und Großeltern seiner Zöglinge Kontakt aufzunehmen, distanziert er sich doch davon, straffällig gewordene Jugendliche von allen Seiten mit Vorhaltungen über ihr Verhalten zu überziehen:

Wer sich seiner Jugendzeit erinnert, der wird aus den begangenen Fehlern eine Lehre ziehen. Auch der Junge mit schwach entwickeltem Verstand ist sich dessen bewusst, ob er recht oder unrecht gehandelt hat, er weiß es gleich oder erfährt es nach der Tat, wenn er deren Folgen beschauen kann. Es ist ganz gleich, ob er mit oder ohne Überlegung gehandelt hat, er sieht es doch ein, dass er Falsches getan, und will auch nicht immer daran erinnert werden. (Holek 1998: 86)

Grenzsetzungen (oder: Körperliche Züchtigung)

Mit der These, dass jeder Mensch auch ohne besondere Belehrung innere Maßstäbe für die Unterscheidung von Gut und Böse hat, entzieht sich Holek dem Dilemma, das daraus besteht, dass er es auf der einen Seite vermeiden will, zu moralisieren und den Jugendlichen Vorhaltungen zu machen, auf der anderen Seite aber erreichen will, dass sie in einem stabilen Wertesystem Orientierung finden. Um die Geltung eines solchen Systems durchzusetzen, scheut sich Holek nicht, das Erziehungsmittel der einfachen körperlichen Gewalt einzusetzen, das zwar in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr verpönt ist, aber in der proletarischen Erziehung dieser Zeit noch nicht problematisiert wird. Holek distanziert sich in dieser Hinsicht von den studentischen Helfern der SAG, die seiner Meinung nach viel zu gutgläubig mit Jugendlichen umzugehen pflegten, die einer starken leitenden Hand bedürften. Während sich diese SAG-Mitarbeiter immer wieder von den Jugendlichen über den Tisch ziehen ließen

und nicht in der Lage seien, ihnen in ausreichendem Maße Orientierung zugeben, will Holek in jedem Fall Herr der Lage sein und seine Autorität nicht in Frage gestellt sehen.

Holek beschreibt, wie er das im Falle einer jugendlichen Diebesbande gehandhabt hat, die im sogenannten „Kohlrübenwinter“ von 1916/17 auf dem Güterbahnhof in großem Stil Lebensmittel gestohlen und sich dafür angesichts der allgemeinen Not einen großen Abnehmerkreis aufgebaut hatte. Diese Jugendlichen sehen sich von ihren erwachsenen Kunden in einer Weise ernst genommen, wie sie das vorher nicht gekannt hatten: „Die Jungen fühlten sich nun in der Welt der Erwachsenen als hochgeschätzte Persönlichkeiten. Sie wurden mit der Steigerung dieses Gefühls immer frecher.“ Diese Haltung zeigen sie auch in der von Holek geleiteten „Kaffeeklappe“, sie sind „übermütig“, bespritzen sich gegenseitig mit Getränken, werfen Stühle und Tische um und führen „zotige Redensarten“. „Das konnte natürlich nicht geduldet werden. Aber mit beschwichtigendem Zureden war da (...) nichts zu machen.“ Holek findet einen Weg, sich trotzdem durchzusetzen:

Ich musste also nach einem anderen Mittel sinnen. Schließlich fand ich einen 35 cm langen und 8 cm breiten Riemen. Den schnitt ich in 7 Striemen, band sie an einem Ende mit Draht zusammen, hing sie an ein aus einem Wasserschlauch gemachtes Heft und ein Karwatsch war fertig. Der lag von nun an unter dem Pult an der Seite, von der aus wir bedienten. Dann gab ich ihnen zu wissen, das ich sie nur einmal um Ruhe bitten würde, was nachher folgen würde, wenn sie nicht hören sollten, das würden sie sehen. Sie ließen es aber doch hin und wieder darauf ankommen. Da tanzte jedes Mal mein Karwatsch ohne Worte, ohne Zögern auf ihren Buckeln. Allmählich zogen sie doch daraus eine Lehre und passten auf, ob ich mich nach dem Karwatsch bückte. War es der Fall, dann lief alles fluchtartig nach der Ausgangstür, und ich musste eilen, dass ich noch einige von ihnen mit dem Instrument erwischte. Das musste mit einer Entschlossenheit und Furchtlosigkeit geschehen, wie beim Blücher, wie es im Volksmunde heißt. (Holek 1998: 59)

Über die Behandlung eines anderen Missetäters schreibt Holek: „Ich nahm meinen Karwatsch, trat hinaus und erteilte ihm eine Tracht Prügel. Damit war die Sache für uns erledigt“ (Holek 1998: 66). Das ist der entscheidende Punkt: Die körperliche Bestrafung ist für Holek eine Möglichkeit, der „Rechtsordnung“ Geltung zu verschaffen, ohne moralischen Druck auf die Missetäter auszuüben und ohne nachtragend sein zu müssen. Holek straft nicht mit Liebesentzug. Er hat auch nicht die Absicht, durch sein Auftreten die unbotmäßigen Jugendlichen zu vertreiben. Im Gegenteil: die schnelle abschließende Bestrafung macht es möglich, die Beziehungen ohne große Unterbrechungen weiterzuführen:

Nach solchen Aufräumungsarbeiten hätte man befürchten können, dass diese Gesellschaft einem nie wieder zu nahe käme. Das war aber anders. Zehn Minuten später fanden sie sich gewöhnlich wieder ein. Dann benahmen sie sich wieder eine ganze Weile anständig. (Holek 1998: 60)

In der SAG, die vom radikalen Pazifismus ihres Gründers und Leiters Friedrich Siegmund-Schultze geprägt ist, findet man Holeks Erziehungsmethoden befremdlich, nur sein Sonderstatus, der sich aus seiner besonderen Nähe zur Zielgruppe ergibt, schützt ihn vor Abmahnungen. Heute könnte sich kein Träger der Jugendarbeit leisten, einen Mitarbeiter, der solchermaßen auftritt, in seinen Reihen zu dulden. Aber, was die Haltung angeht, bei Zielgruppen, die in anderen kulturellen Bezugssystemen leben, auch Mechanismen bewusst einzusetzen, die man eigentlich problematisch findet, gibt es wieder Parallelen zu heutigen Jugendarbeitern in der aufsuchenden Jugendarbeit - wenn zum Beispiel bewusst gegenüber jüngeren Desparados arabischer Herkunft die disziplinierende Rolle der älteren Brüder eingesetzt wird.

Wichtig ist, dass es dabei immer um das Wohl derjenigen geht, denen gegenüber Strenge gezeigt wird, dass also auch dahinter eine liebevolle und respektierende Grundhaltung steckt. Holek drückt das so aus:

Wenn der Sturm vorüber war, gab es auch wieder gutes Wetter. Nach solchen Unterbrechungen walteten die Höflichkeit und Liebe ihres Amtes weiter, aber Liebe, die streng und unnachsichtig ist gegen alles Unrechte. (Holek 1998: 62)

Umgang mit selbstorganisierten Gruppen und Cliques

Die SAG macht nicht nur ihre „eigene“ Kinder- und Jugendarbeit, sie bietet auch Raum für selbstorganisierte Gruppen unterschiedlicher Couleur. In den Räumen der SAG tagen regelmäßig „kommunistische Jugendgruppe(n)“, „die ‚Anarchistische Jugend‘, ‚Syndikalistische Jugend‘, ‚Sozialistische Lebensreformer‘, ‚Bund für Arbeiter- und Wanderheime‘, ‚Arbeiter-Esperanto‘, die ‚Sozialistische Jugend‘“ (Holek 1998: 158). Holek legt es bewusst darauf an, dass sich die Mitglieder dieser Gruppen unter einem Dach begegnen, weil er möchte, dass sie „sich gegenseitig nicht totbeißen, sondern vertragen“ (Holek 1998: 158). Holek steht den jugendlichen Mitgliedern dieser Gruppen mit großer Sympathie gegenüber, auch wenn er die von den Gruppen vertretenen ideologischen und politischen Positionen nicht teilt. „Da hieß es, sie in ihren Idealen zu verstehen, sie gern zu haben und als Menschen ernst zu nehmen, aber nicht daran zu glauben, dass sie das sind, wie sie reden“ (Holek 1998: 158). Diese Grundhaltung ermöglicht es Holek, mit den unterschiedlichen Gruppen im Gespräch zu bleiben, ohne mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten. Von Neutralität im Sinne von Indifferenz hält er nämlich nichts: „Neutral heißt, entweder von der Sache nichts

wissen oder sie nicht sagen wollen“ (Holek 1998: 174). Holek sieht in dem Enthusiasmus der jugendlichen Aktivisten etwas Wertvolles, aber auch Unreifes und Missbrauchbares:

Die Gutmütigkeit, der Glaube, Wille, Hoffnung, Sehnsucht und die Phantasie überwiegen auch bei der heutigen Jugend das Verstandesvermögen und die Lebenserfahrungen, wie es in unserer Jugendzeit auch der Fall gewesen ist. Wer diesen natürlichen Zustand der Jugend zu seinem persönlichen oder politischen Vorteil missbraucht, der macht sich eines Verbrechens an der Jugend schuldig. (Holek 1998: 174)

Holek sieht seine Aufgabe nicht darin, die Jugendlichen von seiner eigenen politischen oder weltanschaulichen Haltung zu überzeugen, aber er setzt sich dennoch mit ihnen auseinander und versucht sie insbesondere auf Widersprüche zwischen ihrem Denken und Handeln hinzuweisen. So macht er den Anarchisten klar, dass es sich mit ihren Idealen nicht vertrüge, sich eine Zeitung und andere Drucksachen liefern zu lassen, aber den Drucker nicht zu bezahlen. Als es in dieser Gruppe einmal einen Streit gibt, der in Handgreiflichkeiten auszuarten droht, stellt er ihnen die Frage, „ob sie auf diese Weise die bürgerliche Welt überwinden wollen“ und registriert zufrieden, dass die Frage bei Ihnen „Bestürzung“ auslöst (Holek 1998: 169). Die kommunistischen Jugendlichen verblüfft er, als er ihnen unter Berufung auf ihre kommunistische Moral eine Menge Geld (200 Mark) leiht, ohne einen Schuldschein zu verlangen:

Als ich ihnen das Geld auf den Tisch legte, fragte mich der eine, ob ich einen Schuldschein wünsche. „Was“, gab ich verwundert zurück, „ihr seid doch Kommunisten, die betrügen doch nicht!“ Beschämt gingen sie davon. Am dritten Tag brachten sie mir das Geld zurück. „Na“, fragte ich, „wollt ihr darüber eine Quittung haben?“ Das verneinten sie kleinlaut. (Holek 1998: 166 f.)

Trotz seiner politisch begründeten Distanz zu ihren inhaltlichen Vorstellungen (Holek ist nach wie vor Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und versteht sich selbst als christlicher Sozialist), fällt es ihm leicht, mit den Gruppen umzugehen, die ein politisches Selbstverständnis haben, weil er sich mit ihnen auf der Basis eines Wertesystems auseinandersetzen kann. Das funktioniert nicht mit einer „wilden Wandergruppe“, dabei handelt es sich um eine der berühmt-berüchtigten „wilden Cliques“, die im Berlin der zwanziger Jahre aus dem Boden schießen und heute als eine „proletarische Variante der bürgerlichen Wandervogelbewegung“ gedeutet werden (Lindner 1998: 173). Holek macht seine Erfahrungen mit einer Gruppe, die sich „Ostpiraten“ nennt und zweimal in der Woche Räume der SAG nutzt. Sein Fazit: „Schlimme Erfahrungen machte ich mit einer sogenannten wilden Wandergruppe.“ Die Gruppe wird von ihm folgendermaßen charakterisiert: „Junge, rohe, sinnlich

veranlagte, alkoholliebende, undisziplinierte und geistig uninteressierte Burschen und Mädchen" und „Diese Wandervögelart erkennt man schon in den Bahnzügen, die sich bemerkbar macht an ihrem frechen und rücksichtslosen Benehmen, und in den Wäldern und auf den Wiesen hausen sie wie die Heuschrecken" (Holek 1998: 171). Holek lehnt es nicht ab, sich auch mit diesen Gruppen zu beschäftigen: „Ich wollte es wagen, auch mit dieser Menschensorte mein Heil zu versuchen" (Holek 1998: 171), aber, anders als bei den Arbeiterjugendlichen (auch denen aus den untersten Schichten der Arbeiterschaft) findet er keinen rechten Zugang zu ihnen. Allerdings stellt er fest, dass sich auch diese Gruppe durch seine strengen Maßregeln durchaus disziplinieren lässt:

Ich bin mit ihnen insofern zufrieden gewesen, dass kein einziger von ihnen es wagte, mir zu widerstehen, wenn ich etwas anordnete, im Gegenteil, sie alle leisteten meinen Befehlen willig Folge. (Holek 1998: 172)

Als Streetworker hätte es Holek heute vor allem gerade mit solchen Gruppen zu tun, für die ihm zwar nicht gänzlich das Verständnis fehlt, bei denen aber seine vorzugsweise benutzte Methode der produktiven Verunsicherung und Wertebildung aus der gleichnishafte Interpretation von Alltagserfahrungen nicht greift.

Fazit

Rolf Lindner, der Herausgeber des dritten Bandes von Wenzel Holeks Autobiographie, hat diesen zutreffend einen „Randseiter" genannt (Lindner 1998: 17), jemand zwischen den Welten, jemand, der am Rande verschiedener Kulturen steht. So verwundert es nicht, dass sich Teile seines Denkens und Wirkens gegen den Versuch sperren, ihn zu einem exemplarischen Vorläufer und Vorbild unserer heutigen Streetworkansätze zu machen. Aber das heißt nicht, dass wir nicht von ihm lernen können und dass sich die Jugendarbeiter von heute nicht die eine oder andere Scheibe von

ihm abschneiden könnten. Und alle diejenigen, die auch in diesem Arbeitsfeld vor allem auf formalisierte Ausbildungsgänge und Abschlüsse blicken, können in ihm ein Beispiel dafür finden, was Szenenähe vermag, wenn sie mit einer klaren Haltung und einer überzeugenden Ethik verbunden ist.

Literatur

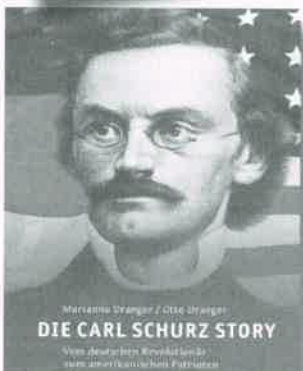
- Foerster, F.W. (1906): Jugendlehre. Berlin: Reimer
 Hegner, V. (1997): Die Suche nach der Metapher. In: Lindner, R. (Hg.): „Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land" - Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Berlin: Akademie-Verlag: 109-127
 Holek, W. (1921): Vom Handarbeiter zum Jugenderzieher - Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters - II. Teil. Jena: Diederichs
 Holek, W. (1998): Meine Erfahrungen in Berlin Ost, eingel. und hrsg. von R. Lindner, Köln/Weimar/Wien: Böhlau
 Lindner, R. (1997): „Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land" - Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Berlin: Akademie-Verlag: Vorwort: 9-11
 Oelschlägel, D.: Geistiges Ringen zweier Kulturen. In: Sozial Extra 11/91:14 f.
 Sabelus, E. (1997): Gefahr und Gefährdung, Arbeiterjugendliche um 1900 im Blick bürgerlicher Jugenderzieher. In: Lindner, R. (Hg.): „Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land" - Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Berlin: Akademie-Verlag: 95-108
 Vogelsberg, A. (1997): Wenzel Holek. In Lindner, R. (Hg.): „Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land" - Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Berlin: Akademie-Verlag: 161-177

Elvira Berndt ist Geschäftsführerin von Gangway e.V., einem Verein für aufsuchende Jugendsozialarbeit (Streetwork) in Berlin

Herbert Scherer ist als Geschäftsführer des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit auch verantwortlich für dessen Projekt Outreach / Mobile Jugendarbeit.

Anzeige

Die Autoren
 lesen auf Anfrage in
 Nachbarschaftsheimen
 vbb.mail@t-online.de



Er war enger Vertrauter Abraham Lincolns und bekleidete über die Amtszeit mehrerer Präsidenten hinweg einflussreiche politische Ämter. Seine Frau Margarete eröffnete in

Neuerscheinung

Marianne Draeger / Otto Draeger

Format: 15,0 x 22,0 cm
 Hardcover, Fadenheftung
 ISBN 3-86650-100-5 (alt)
 978-3-86650-100-3 (neu)
 304 Seiten mit 46 Abbildungen (s/w) inklusive
 historischer Fotos 24,80

Die Carl Schurz Story

Sein Leben war wie ein Abenteuerroman und ebenso bewegt wie die politischen Entwicklungen seiner Zeit. Carl Schurz war nicht nur aktiv an der deutschen Revolution 1848/49 beteiligt. Als politischer Flüchtling gelangte er über Frankreich, England und die Schweiz in die USA und wurde dort als erster deutscher Emigrant Mitglied des amerikanischen Senats.

Wisconsin den ersten amerikanischen Kindergarten, angeregt durch das in England erschienene Buch „A practical guide to the English Kindergarten“. Wie bei den Settlements werden Ideen zur Gestaltung des Sozialen aus Europa „importiert“. Am 14. Mai jährt sich der Todestag von Carl Schurz zum 100. Mal. Die Biographie vermittelt Einsichten in das Leben des berühmten Rebells und Staatsmannes und informiert gleichzeitig in unterhaltsamer Form über eine der ereignisreichsten politischen Epochen sowohl Europas als auch der USA.

Über die Autoren: Marianne Draeger studierte an der Freien Universität Berlin Theaterwissenschaft, Germanistik und Kunstgeschichte. Ihr erster Roman Sartre oder Zungenkuss erschien 1996. - Otto Draeger war leitender Feuilleton-Redakteur beim Spandauer Volksblatt, Theaterkritiker und Redakteur beim Südwestfunk. Er war Musikproduzent unter anderem von Milva und Herbert Grönemeyer. Marianne und Otto Draeger leben in Berlin.



Under one Roof - Unter einem Dach

Nachbarschaftshäuser als Brücken zwischen den Generationen

Ifs Konferenz in Berlin 04.-08.10.2006

- Einladung -

Neighbourhood Centres sind weltweit Orte, an denen Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Glaubensrichtungen, unterschiedlichen Geschlechtes und unterschiedlicher Altersgruppen zusammenkommen - freiwillig und auf der Basis verbindender Interessen.

Der demographische Wandel findet weltweit statt. Das verändert das Verhältnis der Generationen zueinander. Für den Generationenvertrag der Zukunft müssen neue Lösungen gefunden werden.

Welche Antworten haben Nachbarschaftszentren hierzulande und in anderen Ländern gefunden? Wie gelingt es ihnen, Brückenbauer zwischen den Generationen zu sein?

Erfahrungsberichte und best practice Beispiele aus vielen Ländern stehen im Mittelpunkt der Konferenz, auf der auch das 80jährige Bestehen des 1926 in Paris gegründeten Internationalen Verbandes gefeiert wird.

Hauptverständigungssprache des Seminars wird Englisch sein, aber es wird auch für Übersetzungen ins Deutsche und Russische gesorgt. Wenn entsprechender Bedarf angemeldet wird, werden wir uns darum bemühen, Übersetzungen in weitere Sprachen zu ermöglichen.

Der Unkostenbeitrag beträgt 80 Euro für Teilnehmer aus Mitgliedseinrichtungen und 95 Euro für Teilnehmer von Nichtmitgliedern. Bei Anmeldung vor dem 15. August ermäßigt sich der Betrag auf 60 bzw. 75 Euro.

Das Anmeldeformular kann unter <http://datenbank.spinnenwerk.de/vska/ifs06/response.pdf> aus dem Internet heruntergeladen werden - es gibt auch die Möglichkeit der online-Anmeldung unter <http://datenbank.spinnenwerk.de/vska/ifs06/input.asp>

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der IFS-Konferenz vom 04.-08. Oktober in Berlin ein!

Renate Wilkening (Geschäftsführerin Nachbarschaftszentrum ufafabrik, Berlin) - Paul Vlaar (Vizepräsident IFS Europa) - Georg Zinner (Vorsitzender Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Bundesverband



Programm

Mittwoch 4.10.

18:00 Begrüßung - Aufwärmaktionen

Donnerstag 5.10.

10:00 - 11:00 Eröffnungssitzung

Eingangreferat

11:30 - 13:00 Arbeitssitzung 1

ab 15:00 Projektbesuche bei Berliner Nachbarschaftszentren

19:00 Imbiss

(buntes kulturelles Abendprogramm in der Ufafabrik)

Freitag 6.10.

10:00 - 12:30 Arbeitssitzung 2
(Projektpräsentationen aus Deutschland und aller Welt)

13:00 - 14:00 Mittagessen

14:30 - 16:00 Arbeitssitzung 3
(Zusammenfassung, Ergebnissicherung)

16:30 - 17:30 Plenum

(Präsentationen aus den Arbeitsgruppen in einem "Open Space"-Arrangement)

20:00 Das GROSSE EVENT - 80 Jahre IFS - die Geburtstagsparty
Kulturelle Darbietungen aus Berliner Nachbarschaftszentren Buffet - Tanz

Samstag 7.10.

9:00 - 11:00 Stadtbesichtigungstour - <parallel tagt der IFS-Vorstand (8.30 - 13.00)>

13:00 - 14:00 Mittagessen

14:00 - 16:30 Abschlussplenum "Wohin führt uns der Weg?"

Zusammenfassung der Tagungsergebnisse und Pläne für die Zukunft es spricht Tony Wagner, IFS-Präsident, Minneapolis / USA

19:00 Abschiedsabend

Buffet und Musik, präsentiert von Seminar-Teilnehmer/innen, live oder CD

Sonntag 8.10.

10:00 - 13:00 Touristisches Programm

Der **AKSD** im Nachbarschaftshaus bietet Ihnen vertrauenswürdige Hilfen an, damit das Leben zu Hause etwas leichter wird

- Hilfen im Haushalt
- Hilfen im persönlichen Bereich
- Sonstige Hilfen

Wir

- kommen ins Haus
- richten uns weitestgehend nach Ihren Wünschen

Für psychisch veränderte (z. B. altersverwirrte) Menschen bieten wir

Gerontopsychiatrische Hauspflege

Für diesen Aufgabenbereich können wir speziell fortgebildetes Personal einsetzen.



Projektbüro

Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.
Rathausstraße 10
65203 Wiesbaden-Biebrich

Ihre Ansprechpartnerin

Tanja Haubert
Raum 35 (Erdgeschoß)

Telefon 06 11/ 9 67 21 – 21

Handy 01 51/ 11 18 49 50

Telefax 06 11/ 9 67 21 – 50

Das Projekt

Hilfsbedürftige Senioren möchten ihren Lebensabend unabhängig und autonom in ihrer Wohnung oder in ihrem vertrauten Viertel verbringen.

Damit dieser Wunsch realisiert werden kann, hat der Verband für sozial-kulturelle Arbeit in Berlin das dreijährige Projekt Community Care mit finanzieller Unterstützung der ARD Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ ins Leben gerufen. Gefördert wird dieses Modellprojekt ebenso in den Partnerstädten Berlin und Wiesbaden.

Ziel des Projektes

Unter der Trägerschaft des Quäker Nachbarschaftsheim e. V. knüpfen wir in der Kölner Innenstadt ein soziales Netz.

In Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften, Geschäftsleuten, Pflegediensten, Ärzten und Mitarbeitern aus dem Seniorenbereich erhalten betagte Senioren Unterstützung.

Freiwillig engagierte Bürger stehen mit praktischen Hilfen zur Seite oder als Gesprächspartner, die begleiten und beraten.

Ansprechpartnerin:
Claudia Hansen
Dipl. Sozialarbeiterin
care@quaker-nbh.de

Büro: Venloer Str. 46
50672 Köln
Fon: 0221- 82 32 82 03
Mo.-Fr.: 9.00-12.00 Uhr

Leben in der Nachbarschaft bis ins hohe Alter

Projekt Community Care

Wir bieten ...

... unsere Erfahrung

- im Aufbau und der Förderung von nachbarschaftlichen Selbsthilfestrukturen
- bei der Entwicklung ehrenamtlicher Hilfeleistungen
- für die Initiierung von Veranstaltungen vor Ort wie zum Beispiel Freizeitgruppen, Kurse, Vorträge

... unsere Angebote

- rechtliche Betreuungen
- Beratung bei der Formulierung von Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten
- Beratung rund um die Pflege
- Kontakte zu weiteren Kooperationspartnern

... unsere Dienstleistungen

- Tagespflege
- Sozialstation
- ambulante Hospizbegleitung
- Betreuung von Wohngemeinschaften demenziell erkrankter oder anderweitig pflegebedürftiger Menschen

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die für Ihre Mietersituation passenden Netzwerke schaffen und Ressourcen verstärken, die das gemeinschaftliche Zusammenleben fördern.

Haben Sie Interesse?

Vielleicht sogar schon konkrete Ideen, für deren Umsetzung Ihnen aber in der täglichen Arbeit die Zeit fehlt?

Sind Sie offen für die Entwicklung neuer Konzepte?

Neugierig auf Initiativen, die wir Ihnen vorschlagen können?



**NACHBARSCHAFTSHEIM
SCHÖNEBERG E.V.**
Leben in der Nachbarschaft bis ins hohe Alter - Community Care

Ihr Ansprechpartner

Markus Fleischmann
Nachbarschaftsheim Schöneberg
Holsteinsche Str. 30, 12161 Berlin
Telefon 85 99 51 - 18
Telefax 85 99 51 - 11
community-care@nachbarschaftsheim-schoeneberg.de
www.nachbarschaftsheim-schoeneberg.de



**NACHBARSCHAFTSHEIM
SCHÖNEBERG E.V.**

Modellprojekt

Alt werden in Nachbarschaft – Community Care

gefördert durch die Stiftung Deutsches Hilfswerk aus Mitteln der ARD-Fernsehlotterie



Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband
Mitglied im Verband für sozial-kulturelle Arbeit

Das Projekt

In der Biebricher Siedlung Parkfeld leben besonders viele Seniorinnen und Senioren, von denen viele alleine wohnen.

Unser Ziel

Wir wollen ältere Menschen in ihrem Wunsch unterstützen, möglichst lange und selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung wohnen zu können. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Intensivierung nachbarschaftlicher Strukturen.

Das tun wir bereits

- In Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Dienstleistern und Institutionen, arbeiten wir an der Unterstützung und Erweiterung der Netzwerke und Strukturen, die dies ermöglichen.
- Vernetzung und Erhöhung des Bekanntheitsgrades vorhandener und neuer Angebote
- Bei der geplanten Zusammenarbeit mit einer Wohnbaugesellschaft wollen wir die Wohnzufriedenheit der Mieter steigern. Hierzu sollen die Mieter in Planung und Gestaltung einbezogen, das sozial-kulturelle Angebot ausgeweitet und Synergieeffekte genutzt werden.

- „Per Telefon zu Besuch“
- Vermittlung von Hilfe (z. B. einem Einkaufsservice) und Beratung

Offen für Neues ...

Das Projekt orientiert sich stets an den Bedürfnissen der Menschen und arbeitet fortlaufend an Möglichkeiten diesen gerecht zu werden. Dabei setzen wir auf unsere Erfahrungen, die Unterstützung von bürgerschaftlich engagierten und die Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern.

Wenn Sie konkrete Ideen haben, eine Hürde für alle Menschen erkannt haben, die gelöst werden sollte und auf die Sie uns aufmerksam machen wollen, Engagements kennen, von denen wir wissen sollten, melden Sie sich bei uns!

Wir suchen auch stets tatkräftige Unterstützung für Geplantes. Wir freuen uns von Ihnen zu hören, wenn Sie mehr über die aktuellen Projekte erfahren wollen!



Wir informieren Sie gerne über uns und Angebote im Parkfeld sowie in Biebrich!

- Im Halbjahresprogramm können Sie mehr über das vielfältige Kurs-, Gruppen- und Beratungsangebot des Nachbarschaftshauses erfahren.
- Über die vielfältigen Angebote des Seniorentreffs informieren Sie unsere Mitarbeiter gerne!
Telefon: 06 11/ 9 67 21 20

Projekträger:

Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.

Projektpartner:

Freunde alter Menschen e.V.

Das Modellprojekt wird zeitgleich in den Nachbarschaftsheimen in Berlin und Köln gefördert.

Unser soziales Netz braucht Unterstützung

• von ambulanten Diensten und Ärzten

... wünschen wir uns, dass sie erkennen, wann alte Menschen ergänzende Hilfen brauchen und sich bei uns melden.

• von Mitarbeitern im Seniorenbereich

... wünschen wir uns, dass sie interessierte Menschen auf unser Projekt aufmerksam machen. Wir möchten eine Kooperation, die für alle Beteiligten bereichernd ist.

• von Geschäftsleuten

... wünschen wir uns, dass sie alten Menschen in ihrer Nachbarschaft kompetente Hilfen und Dienstleistungen zu Hause anbieten.

• von Wohnungsbaugesellschaften

... wünschen wir uns eine Zusammenarbeit, die eine Kontaktaufnahme zu hilfsbedürftigen Mietern fördert und die die Initiierung von Hilfsangeboten in ihrem Wohnungsbestand unterstützt.

Sie brauchen Hilfe oder kennen jemanden der Unterstützung braucht?

Dann melden Sie sich bitte bei uns!

Nur ein Modell?

Haben Sie Interesse, Community Care zu unterstützen?

Möchten Sie Ihre Ideen einbringen und mit uns zukunftsweisende Konzepte umsetzen?

Wir freuen uns, wenn Sie sich bei uns melden und wir uns gemeinsam auf den Weg machen, um für hilfsbedürftige Senioren im Viertel ein Netz aufzubauen, das ihnen Sicherheit im Alltag vermittelt.



Engagement in der Nachbarschaftshilfe

• Sie haben Zeit und Lust sich für hilfsbedürftige Senioren zu engagieren?

Ihre Unterstützung kann darin bestehen, Senioren bei der Bewältigung des Schriftverkehrs oder bei handwerklichen Tätigkeiten zur Seite zu stehen. Genauso wichtig ist es bei einer Tasse Kaffee zu plaudern, Beratungen anzubieten oder alte Menschen zu Terminen oder Spaziergängen zu begleiten.

• Sie möchten das gesellschaftliche Miteinander fördern, um das Leben zukünftig sicherer und lebenswerter zu machen?

Wir bieten Ihnen Gesprächsrunden und Fortbildungen an zu Themen, die Sie interessieren und die sich mit der Lebenslage von Senioren beschäftigen.

• Sie möchten Ihre Ideen und Fähigkeiten einbringen, um an einem Netzwerk mitzuarbeiten?

Wir treffen uns alle zwei Wochen in gemütlicher Atmosphäre um ein Tätigkeitsfeld zu entwickeln, uns auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam an der Nachbarschaftshilfe zu arbeiten.

Ziele des Projektes sind ...

... die Schaffung und Unterstützung von Netzwerken und Strukturen, die es alten und zunehmend pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in ihrer Wohnung oder zumindest in ihrem vertrauten Kiez wohnen zu bleiben – sofern dies ihr Wunsch ist.

Hierzu gehören

- die Intensivierung nachbarschaftlicher Strukturen
- die Einrichtung von ehrenamtlichen Besuchsdiensten
- das Initiieren und die Unterstützung von Selbsthilfegruppen
- die Einbeziehung bereits vorhandener Unterstützungsmöglichkeiten
- die barrierefreie, kommunikationsfördernde Gestaltung des Umfeldes
- die kurzfristige Verfügbarkeit von Dienstleistungen
- die leichte Erreichbarkeit von Beratungsangeboten

Weitere Initiativen können sein

- die Einrichtung eines „Hilfelotensystems“ bei aktuellen Problemen
- die Förderung von Patenschaften zwischen jungen und alten Menschen

Wir suchen im Rahmen dieses Projektes die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften

Denn insbesondere hier findet sich die Bereitschaft, im Interesse der Mieterinnen und Mieter nach neuen Wegen zu suchen, um die Wohnzufriedenheit zu steigern. Die Unternehmen haben ein Interesse ihrer alternden Mieterschaft Sicherheit und Wohlbefinden zu garantieren.



Prinzipien unserer Arbeit

1. Integration
Probleme werden vor Ort mit den vorhandenen Hilfepotentialen des unmittelbaren Wohnumfeldes gelöst.
2. Kleinräumigkeit
Altengerechte Infrastruktur im unmittelbaren Wohnumfeld muss aufgebaut und genutzt werden.
3. Selbstorganisation
Langfristig werden Hilfen und Unterstützung von einer selbstständig agierenden Nachbarschaft getragen.

Das Modellprojekt wird zeitgleich gefördert in

Wiesbaden unter der Trägerschaft des Nachbarschaftshauses Wiesbaden e.V.

Köln unter der Trägerschaft des Quäker Nachbarschaftsheim e.V.

Projektkoordination: Verein Freunde alter Menschen e.V.



Glücksspirale

Der Rundbrief erscheint mit
finanzieller Unterstützung
der Glücksspirale

